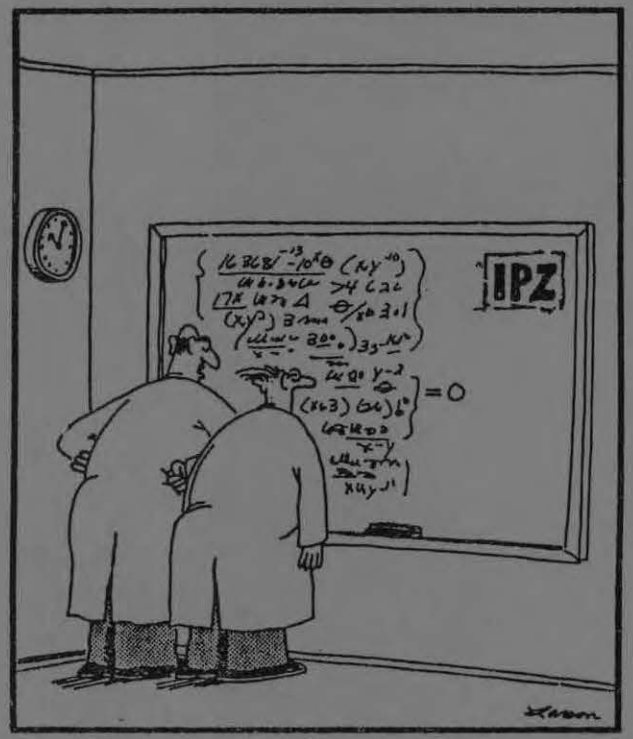

»Kein Zweifel, Ellington, wir haben den Sinn des Universums mathematisch ausgedrückt. Gott – wie ich die Erregung bei einer neuen wissenschaftlichen Entdeckung liebe!«

hochschule ost

politisch-
akademisches
journal aus
ostdeutschland

Leipzig September 1992

Herausgeber:
Arbeitskreis
Hochschul-
politische
Öffentlichkeit

9/92

THEMEN:

Streitsache Latinum

Wissenschaft Ost
1989/90 Teil V

AUTOREN:

Schneider * Kößling
Klenner * Herneck
Werner
u.a.

Editorial

In den Diskussionen um die Curricula, die seit geraumer Zeit an den ostdeutschen Hochschulen geführt werden, spielt auch die Frage des Latinums in geisteswissenschaftlichen Studiengängen eine Rolle. Uns hat damit eine Diskussion erreicht, die seit Jahren im Westteil der Republik geführt wird. In Ostdeutschland kommt eine Besonderheit hinzu. Es gibt vielfach ein starkes Bedürfnis, die Neudefinierung der Rolle von Universitäten an die Wiederbesinnung auf akademische Traditionen zu binden, nicht zuletzt das Sichtbarmachen dieser Wiederbesinnung als äußeren Ausweis für Erneuerungsfähigkeit zu verwenden. Hier kann wohl auch die dominierende Tendenz hin zum Latinum eingeordnet werden. Wir veröffentlichen zwei kontroverse Debattenbeiträge

In der Artikelserie "Wissenschaft Ost 1989/90" stellt in vorliegendem Heft der Moderator des Runden Tisches der Akademie der Wissenschaften, Hermann Klenner, seine rückblickende Sicht auf die bewegten Monate vor. Zusammen mit dem Beitrag des letzten Akademiepräsidenten Klinkmann (vgl. hso 7/92) gelesen, ergibt sich eine umfassende Gesamtschau auf diesen Bereich von "Wissenschaft Ost"

Kaum thematisiert sind bislang die zahllosen freischwebenden, meist auf ABM-Basis funktionierenden Wissenschaftsprojekte in Ostdeutschland unter einem hochschul- und wissenschaftspolitischen Blickwinkel. Deshalb seien die Thesen von Harald Werner besonders zur Lektüre empfohlen.

IMPRESSUM
hochschule ost. politisch-akademisches journal aus ostdeutschland
Herausgegeben vom Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeit
beim StudentInnenRat der Universität Leipzig, PSF 920, O-7010 Leipzig, Tel. 719 22 61, Uni-Fax 209325.
Verantwortlich: Peer Pasternack.
Redaktion: Dirk Behr, Frank Geißler, Monika Gibas, Erika Jäger, Matthias Middell, Peer Pasternack.
hso erscheint monatlich.
Schutzgebühren: Einzelheft DM 5,- (ostdeutsche PrivatbestellerInnen 3,-). Jahresabo (12 Ausgaben) DM 55,- (ostdeutsche PrivatabonnentInnen / StudentInnenabo 33,-; in der akademischen/studentischen Selbstverwaltung in den FNL aktive Studierende 20,-)
Mitarbeit aller Art ist erwünscht. Insbesondere zum Schreiben von Artikeln und LeserInnenbriefen wird ermuntert. - Selbstverständlich geben die Artikel nicht in jedem Falle Meinungen des Arbeitskreises HPÖ bzw. der Redaktion wieder.
Nachdruck mit Quellenangabe ("aus 'hochschule ost' Leipzig, Nr. ") gestattet. Belegexemplar erbeten.

hochschule ost

politisch-
akademisches
journal aus
ostdeutschland

INHALT

THEMA I: Streitsache Latinum
Wolf Schneider
Cui bono linguae latina studere? 5
Rainer Koßling
Gegenrede zu Wolf Schneider 9

THEMA II: Wissenschaft Ost 1989/90 Teil V
Hermann Klenner
Entstehung und Tatigkeit des RUNDEN TISCHES der weiland Akademie der Wissenschaften der DDR (1989/1990) 13

Rufablehnung 24

INTERVIEW mit *Friedrich Herneck*: Leben fur die Wahrheit 25

DISKUSSION
Harald Werner: Thesen zur Entwicklung selbstorganisierter Wissenschaftsprojekte in den neuen Landern 32

BERICHTE
Universitat Rostock: Zwischenbilanz zur Jahresmitte *(E. Wachholz/K.H. Kutz)* 35
Keine Kunsthochschule in Mecklenburg-Vorpommern 37
OP ohne Betaubung: Fusion der Berliner Vet.-med. Fakultaten *(juliane/lotte)* 38
Brandenburg setzt auf eine differenzierte Hochschullandschaft 40
Forschungsverbund Berlin e.V. 43
Potentielle Studienberechtigte in den neuen Ländern *(Irene Lischka)* 45

DOKUMENTATION
Uber die Halfte der ehemaligen DDR-Professoren in Sachsen nicht mehr im Amt 48

NACHRICHT
Hochschulerneuerungsprogramm aufgestockt 52

DOKUMENTATION
Erklarung des Senats der Uni Leipzig zu den Rentenbezügen emiritierter Hochschullehrer in Ostdeutschland 54
Antwort desBundesministeriums fur Arbeit und Sozialordnung 55

ZITIERT: *Dieter Simon* in einem "Wochenpost"-Interview 57

DOKUMENTATION
Zivilklauseln an der TU Magdeburg und der TU Ilmenau 59

PUBLIKATIONEN

ZUM SCHLUSS
Sächsischer Landtag beriet Gesetz uber Verwaltungsfachhochschule 64

In den Diskussionen um die Curricula, die seit geraumer Zeit an den ostdeutschen Hochschulen geführt werden, spielt auch die Frage des Latinums in geisteswissenschaftlichen Studiengängen eine Rolle. Uns hat damit eine Diskussion erreicht, die seit Jahren im Westteil der Republik geführt wird. In Ostdeutschland kommt hinzu, daß es vielfach ein starkes Bedürfnis gibt, die Neudefinierung der Rolle von Universitäten an die Wiederbesinnung auf akademische Traditionen zu binden, auch das Sichtbarmachen dieser Wiederbesinnung als äußeren Ausweis für Erneuerungsfähigkeit zu verwenden. Hier kann wohl auch die dominierende Tendenz hin zum Latinum eingeordnet werden. Wir veröffentlichen zwei kontroverse Debattenbeiträge.

Wolf Schneider (Hamburg):

Cui bono linguae latinae studere?

Damit wir uns recht verstehen: Natürlich ist es gut, wenn viele Leute "eine ladeinische Fozzen" haben, mit Jozef Filser zu reden. Man braucht Latein, nach Bundesländern verschieden, um zu bestimmten Studiengängen zugelassen zu werden; man braucht es, um das Kreuzworträtsel der Times zu lösen und die gebildeten Redensarten zu verstehen, mit denen Absolventen Humanistischer Gymnasien manche Geselligkeit zu verschönern wissen. So stimmt es uns froh, daß an westdeutschen Gymnasien immer noch die Hälfte aller Schüler Cäsars Sprache lernt. Ihre Lehrer führen dafür sogar noch gewichtigere Gründe als die eben genannten in die Schlacht, und es lohnt sich wirklich, sie zu prüfen.

1. "Die lateinische Sprache erschließt uns die Antike, die Mutter der europäischen Kultur." In der Tat, die Antike ist es wert, studiert und lebendig erhalten zu werden. Nur taucht in den zahlreichen Schriften und Reden des emsigen Altphilologenverbandes merkwürdigerweise ein elementarer Gedanke

niemals auf: Muß ich eigentlich eine fremde Sprache lernen, um mich in eine fremde Kultur zu versenken? Hat Marx seinen Einfluß auf Lenin, Mao oder Castro etwa in deutscher Sprache ausgeübt? Konnten Nietzsche, Thomas Mann, André Gide auch nur ein Wort Russisch, als sie ihre überwältigenden Eindrücke von den Romanen Dostojewskis empfingen? Wie viele von denen, die Luthers Bibel lesen, kommen auf die Idee, dem hebräisch-griechischen Original nachzutrauern? Natürlich, die letzten Feinheiten lassen sich nur der Ursprache entnehmen. Aber wie viele Gymnasiasten, um Himmels willen, lernen denn Latein bis zu dem Grade, daß sie von einem lateinischen Cicero einen höheren Genuß oder Informationsgewinn hätten als von einer guten deutschen Übersetzung? Ja, stunde für das Eindringen in die antike Kultur nicht mehr Zeit zur Verfügung, wenn die Schüler Übersetzungen lasen, statt ihre begrenzten Stunden mit dem Einpauken lateinischer unregelmäßiger Verben zu verplempern?

2 "Die lateinische Sprache bietet den kürzesten Zugang zu allen lebenden romanischen Sprachen." Nein, nur einen kurzen. Sobald einer Spanisch lernen will, hat er große Vorteile davon, wenn er schon Portugiesisch, Französisch, Italienisch oder Lateinisch kann; also, warum hat er sich nicht gleich auf Französische geworfen, eine lebende Sprache von Weltrang und ein anderes Sammelbecken höchster kultureller Werte?

3. "Lateinisch ist die hohe Schule der Logik." Nun ja. Die Logik hat in allen Sprachen einen schweren Stand, und dramatische Unterschiede des Lateinischen sind nicht zu erkennbar. "Altus" heißt erstens "hoch, erhaben"; zweitens "breit, weit"; drittens "tief, versteckt". Es ließe sich also mit demselben Wort ein hoher Turm bezeichnen, der sich breit und tief im Land vergräbt. "Cum" heißt einerseits "weil" und andererseits "obwohl"; nicht gerechnet, daß es auch "mit, nebst, seit, jedesmal wenn" und "zur Zeit, als" bedeutet. Und dann die sogenannten Deponentia - Verben in Leideform, die das Leiden irgendwo deponiert haben: "admiror" hat die grammatische Gestalt "ich werde bestaunt", aber den Inhalt "ich staune" - logisch der schiere Skandal.

4 "Erst mit Hilfe der lateinischen Grammatik gewinnen viele Schüler das richtige Verständnis der deutschen Grammatik." Das ist einerseits wahr - andererseits eine vernichtende Aussage über die Qualität unseres Deutschunterrichts. Natürlich stünde überhaupt nichts im Wege, die Unterweisung in deutscher Grammatik mit lateinischen Beispielen anzureichern; so, wie es auch den Sprachverstand schärfte, wenn man Schülern im Deutschunterricht demonstrieren würde, daß und warum so schlichte Aussagen wie "ich war" oder "ich hatte" ins Spanische auf vielerlei verschiedene Weise übersetzt werden können und müssen oder daß unser Satz "Ich lebe seit zehn Jahren in München" logisch bedenklich und

schrecklich simpel ist, verglichen mit dem Englischen "I have been living in Munich for ten years", das den ganzen Zeitraum ausschöpft, während wir die zehn Jahre behandeln, als ob sie Gegenwart wären.

Natürlich gehört Cäsars sprachliche Glanzleistung "Veni, vidi, Vici" (Ich kam, ich sah, ich siegte) in den Deutschunterricht - als Hinweis auf eine beneidenswerte Kürze, die wir nicht erreichen können, der wir aber nacheifern sollten. Was statt dessen das Deutsche durchdrungen hat, ist leider das andere Extrem lateinischer Möglichkeiten: die unsägliche Verschachtelung der Sätze. Millionen von Schülern hat sie den Schweiß auf die Stirn getrieben, schon den alten Klopstock hat sie geärgert: Er beklagte den Zeitverlust, den das Zusammensuchen "der getrennt herumtaumelnden Worte" mit sich bringe und übersetzte eine Stück Horaz in der Wortfolge des Originals: "Ihn von der Mauer feindlichen das Weib des kriegenden Fürsten erblickend, und ihre reife Tochter seufzte: Weh uns, wenn nur nicht der unerfahrne in Schlachten Bräutigam reizt königliche den wütenden beim Berühren Löwen, welchen der blutige mitten durch fortreißt Grimm das Würgen."

So bunt treiben wir es mit der Wortstellung nicht, doch was immer sich nach deutscher Grammatik an Unübersichtlichkeit in einem Satz unterbringen läßt, das lieben wir. Was vermögen die alten Sprachen zu leisten? hätte der Vorsitzenden des Altphilologenverbandes in deutscher Klarheit fragen können. Aber, vom lateinischen Vorbild befeuert, stopfte er zwischen die Sprachen und das Leisten nicht weniger als 34 Wörter, darunter sechs auf das beliebte -ung und eines von acht Silben: "Was vermögen die alten Sprachen im Hinblick auf die intellektuelle Ausbildung der deutschen Gymnasiasten und in der Vermittlung von Schlüsselqualifikationen, die für die Bewährung in einer wissenschaftlichen Ausbildung, im Berufsleben, in der Behauptung im europäischen Konkurrenzkampf die Voraussetzung bilden, zu leisten?"

Wer so schreibt, hat zuviel Cicero gelesen und zu wenig Luther, Lessing, Lichtenberg und Brecht. Er hat nichts davon vernommen, daß die deutsche Grammatik auch Sätze von Durchsichtigkeit und Kraft zuläßt und daß es erstrebenswert wäre, um solche Sätze zu ringen. Statt dessen: "Für den Unterricht an Gymnasien ist die kognitive Durchdringung einer modernen Fremdsprache eine schulformspezifische Aufgabe." Da haben wir ihn, den circulus latinus. Wer Latein gelernt hat, kommt in die Versuchung, das Kognitive ins Deutsche zu importieren und die schöne Überraschung vor uns auszubreiten, daß der Unterricht an Gymnasien schulformspezifisch ist - und nun ficht er für die Erlernung des Lateinischen, damit man seine Importe verstehen und seine Umständlichkeiten würdigen kann. So ziehen Lateinlehrer

Lateinschüler und die nächste Generation von Lateinlernern nach sich.

Bei alledem bleibt es durchaus nützlich, Latein zu lernen - so, wie der Umgang mit jeder Fremdsprache Nutzen bringt. Es genügt jedoch nicht, zugunsten eines Lehrstoffs ins Feld zu führen, daß er nützlich sei. Vielmehr muß jeder Stoff nachweisen, daß er nützlicher ist als diejenigen Stoffe, die in derselben Zeit seinetwegen nicht gelehrt werden können. Und nach diesem Maßstab fällt, 2000 Jahre nach Cäsar, das Lateinische durch. Jeder lebende romanische Sprache bringt mehr Gewinn, und vielleicht sollte die Hälfte der eingesparten Stunden überhaupt dem Deutschunterricht zugeschlagen werden.

Wolf Schneider, ist Leiter der Henri-Nannen-Journalistenschule in Hamburg

(aus: Süddeutsche Zeitung Magazin, 21.2.1992)

Rainer Kößling (Leipzig):

Gegenrede zu Wolf Schneider

Gleich den didaktischen Methoden bedürfen Lehrgehalt und Lehrstoffe im schulischen wie im akademischen Bereich einer ständigen kritischen Sichtung im Hinblick auf ihre Aktualität und ihren Nutzen.

Über Ziele, inhaltliche Akzente, Stundenvolumina des Lateinunterrichts wurde in Deutschland bereits während des vorigen Jahrhunderts debattiert. Später kam die grundsätzliche Frage nach Sinn und Zweck einer lateinsprachigen Ausbildung hinzu. Sie stellt sich heute in dem Maße immer dringlicher, wie moderne wissenschaftliche Erkenntnisse, technische Errungenschaften, politische und soziale Erfahrungen nachdrücklich und mit Recht eine Aufnahme in die Lehrprogramme fordern, jene aber nur zu Lasten herkömmlicher Lehrgegenstände erfolgen kann.

Der Leiter der Henri-Nannen-Journalistenschule in Hamburg, Wolf Schneider, hat in einem Beitrag für das Magazin der "Süddeutschen Zeitung" dem Lateinunterricht eine im Vergleich mit anderen Fächern höhere Nützlichkeit abgesprochen und zum Verzicht auf ihn an den Gymnasien geraten.

Da sich die Schulen wie die Hochschulen der neuen Bundesländer gegenwärtig in einem komplizierten und vielfältigen Prozeß der Erneuerung befinden, in dessen Verlauf hier bislang nicht gelehrte Fächer, neue Lehrstoffe und -inhalte sowie traditionelles humanistisches Bildungsgut in den Unterricht einbezogen werden, erhebt sich in ihnen mitunter die lange Zeit nicht als opportun angesehene Frage nach Wert oder Unwert der Lateinausbildung. Deshalb sollen im folgenden Schneiders Ausführungen einer Prüfung unterzogen und anschließend einige Gedanken über den besonderen Nutzen von Lateinkenntnissen dargelegt werden.

Wolf Schneider erklärt zunächst, es sei gut, wenn jemand Lateinkenntnisse besitzt. Zur Begründung führt er aus, sie öffneten den Zugang zu bestimmten Studiengängen, seien zum Lösen des Kreuzworträtsels der "Times" dienlich und befähigten zum Verständnis bildungsschweren Parlierens. Anschließend greift er einige der von Lehrern zur Rechtfertigung des Lateinlernens vorgebrachten Gründe auf, um sie zu widerlegen. Endlich gelangt er zu dem Schluß, der Lateinunterricht sei zwar nützlich, doch von geringerem Nutzen als die Aneignung anderer Stoffe, sei mithin entbehrlich und die von ihm beanspruchten Stunden kämen tunlichst anderen Fächern zugute.

Befürworter wie Gegner des Lateinunterrichts haben seit langem ganze Arsenals unterschiedlich gewichtiger Argumente angelegt, wer immer über unser Problem handelt, pflegt sich daraus zu bedienen.

1. Schneiders erstem Argument, der Inter-

essierte könne sich heutzutage die geistig-kulturellen Werte der (griechisch-)römischen Antike - bis zu einem gewissen Grade - mit Hilfe von Übersetzungen aneignen, wird man schwerlich widersprechen. Die Anzahl der Übertragungen antiker Werke in moderne Sprachen wächst ständig und schließt in zunehmendem Maße auch weniger allgemein bekannte Texte ein; Hilfsmittel wie Lexika, kulturgeschichtliche u.a. Darstellungen erleichtern die Hinwendung zur Antike. Ungeklärt bleibt nur, wer denn das Interesse für die Antike, die "studiert und lebendig erhalten zu werden" verdient, wecken und beleben soll. An den Schulen käme dies dann wohl vorrangig dem Geschichts- und dem Deutschunterricht zu. Vermag er tatsächlich einen wirksamen Beitrag dafür zu leisten?

2. Ob die - gründliche - Kenntnis der Muttersprache Latein den kürzesten Zugang zu deren romanischen Tochtersprachen ermöglicht, oder ob es etwa vom Spanischen zum Portugiesischen einen knapperen Weg der Aneignung gibt - mögen Romanisten entscheiden. Unbestritten aber ist, daß Lateinkenntnisse das solideste Fundament für ein gründliches Erlernen jeder romanischen Sprache bilden.

3. Die Behauptung, das Lateinische sei "die hohe Schule der Logik" erweist sich wegen der in ihr enthaltenen Verabsolutierungen von vornherein als absurd. Jedes Studium einer wissenschaftlichen oder technischen Disziplin entwickelt logisches Denken auf spezifische Weise. Die allgemeinen Grundlagen hierfür werden in den verschiedenen Lehrfächern an den Schulen gelegt. Eine wichtige Rolle kommt hierbei der Arbeit am Aufsatz, der Beschäftigung mit mathematischen wie naturwissenschaftlichen Problemen, dem Fremdsprachen- und dabei nun in der Tat vornehmlich dem Lateinunterricht zu! Den Grund dafür, daß die Beschäftigung mit der lateinischen Sprache als eine hervorragende Schule (sprach)logischen Denkens gilt, hat man in der Spezifik ihres inneren Sprachbaus in der Einheit von Syntax, Morphologie und Semantik zu sehen.

Die von Schneider in diesem Zusammenhang geltend gemachten Argumente mögen auf belustigende Weise beeindrucken. Doch diese ihre Wirkung wird mit dem Verzicht auf wichtige Aspekte erkauft. Die semantischen Varietäten des lateinischen Adjektivs "altus", der Konjunktion "cum" sowie der gleichlautenden Präposition lassen sich etymologisch erklären, die Entstehung der Deponentien hat die Sprachgeschichte erforscht und bei Homonymie wie Polysemie handelt es sich um sprachliche Phänomene schlechthin. Diese Erkenntnisse sind auch Schülern ohne ein Übermaß an Zeitaufwand im Lateinunterricht zu vermitteln. Einen ernsten Einwand gegen die Auffassung von der "Logozität" des Lateinischen bedeuten die Argumente nicht.

4. Daß zahlreiche Schüler erst über die Kenntnis der lateinischen Grammatik zu einem tieferen Verständnis der deutschen gelangen, ist eine Erfahrungstatsache. Wer die Schuld dafür dem Unterricht in der Muttersprache anlastet, sollte wenigstens nicht unberücksichtigt lassen, daß sich das Deutsche weithin in Anlehnung an das Lateinische entwickelt hat und dessen Grammatik gleichsam einen Rahmen bot, der dem Deutschen ebenfalls adäquat zu sein schien.

Über die folgenden Ausführungen zur Auswirkung lateinischer Lektüre auf die Formung des deutschen Stils kann rasch hinweggegangen werden. Die Beschäftigung gerade mit Ciceros Werken und Satzperioden pflegt heute an den Gymnasien kaum stilbildend zu wirken, im übrigen hat darunter weder Luthers noch Lessings deutscher Stil gelitten, und daß wir Deutschen lieben, "was

immer sich nach deutscher Grammatik an Unübersichtlichkeit in einem Satz unterbringen läßt", ist mindestens in dieser Ausschließlichkeit eine unhaltbare Feststellung. Genauigkeit, Durchsichtigkeit und Form dürften durchaus noch immer weithin als Qualitätsmerkmale sprachlicher Darstellung Gültigkeit haben, wie schwer sie auch immer zu erreichen sein mögen! Soviel zu Wolf Schneiders Ausführungen.

In den neuen Bundesländern sind Lateinkenntnisse der Studierenden sehr rar. Die Ursache dafür sind in der Schul- und Bildungspolitik der letzten Jahrzehnte zu suchen. Etwa in der Mitte der sechziger Jahre begann man an den meisten Erweiterten Oberschulen den altsprachlichen Unterricht kontinuierlich einzuschränken, um ihm schließlich im Fächerkanon lediglich am Rande einen Platz zu gewähren. Die Beschäftigung mit dem Latein blieb nicht selten - ähnlich dem Schachspiel oder der Elektronik - einer "AG", einer außerschulischen Arbeitsgemeinschaft überlassen. Die geringe Anzahl jener Schulen, an denen gleichwohl Latein (und gelegentlich auch Griechisch) gelehrt wurde, bestätigt nur die Regel. Latein lernte man im allgemeinen an der Volkshochschule, sofern es dort angeboten wurde.

Zur Rechtfertigung dieses bildungspolitisch fatalen Kahlschlags sollten hauptsächlich zwei Behauptungen dienen.
1. die gesellschaftliche Entwicklung habe in der sozialistischen DDR eine Phase erreicht, in welcher es erforderlich (und möglich) sei, den Ballast bürgerlicher Bildung über Bord zu werfen,
2. die drastische Reduzierung des Altsprachenunterrichts schaffe zusätzliche Stunden für den Unterricht in den Naturwissenschaften und den modernen Fremdsprachen; dies sei es, was "unsere Menschen" brauchten. Der politische Witz legte damals einem prominenten Parteichef, um dessen Halbbildung zu kennzeichnen, die Worte in den bartgeschmückten Mund: "Quo vadis, ja, Wem nützt das?"

Für eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Studiengängen waren die Folgen dieser Maßnahmen letzten Endes verheerend. Die Wissenschaftlichkeit des akademischen Unterrichts mußte darunter leiden, und wo Lateinkenntnisse unverzichtbar waren, mußten sie die Studierenden zusätzlich zu den weiteren Studienverpflichtungen erwerben.

Wir haben nunmehr die Möglichkeit, jedem interessierten Schüler am Gymnasium Lateinunterricht zu erteilen, oder sollten diese Möglichkeiten schaffen! Ich betone zugleich, daß nicht jeder Studiengang Lateinkenntnisse erfordert und daß auch nicht jeder Gymnasiast Latein zu lernen hat. Aber jeder sollte, bevor er sich entscheidet, auch wissen, welchen Nutzen Latein bringen kann.

1. In der lateinischen Grammatik und Syntax sind wesentliche Eigenheiten der indoeuropäischen Sprachen in exemplarischer Form erfaßt und kategorisiert. Ein solider Lateinunterricht schafft daher wichtige geistige Voraussetzungen für eine linguistisch wohlfundierte und erleichterte Aneignung nun nicht allein jeder romanischen, sondern auch jeder slavischen oder germanischen Sprache. Stilistik und Rhetorik in ihrer modernen Ausprägung erschließen sich jedenfalls, aber wohl nicht nur, im deutschsprachigen Bereich ohne eine ständige Bezugnahme auf das (griechisch-)römische Vorbild nur einer oberflächlichen Betrachtung.

2. Lateinische Sprachkenntnisse, und hier ist immer von guten Kenntnissen die Rede, wie man sie bei intensiver Arbeit in etwa

zwei bis drei Jahren erlangen kann, ermöglichen einen unvermittelten, eigenständigen Zugang zu den bedeutendsten geistig-kulturellen Schöpfungen und, weil es über das Medium der originären Sprache erfolgt, ein tieferes Eindringen in die geistige Welt der Antike.

3. Während des Mittelalters und während der frühen Neuzeit, jener historischen Epoche, durch deren Leistungen das geistige Profil des modernen Europas entscheidend mitgeprägt wurde, diente Latein nicht nur als Sprache der römischen Kirche und des diplomatischen Verkehrs, sondern auch als Sprache der Philosophie und der Wissenschaften - deren Terminologien infolgedessen auch weiterhin auf dem (griechischen und) lateinischen Begriffs- und Wortschatz grundeten - sowie last, not least als sprachliches Medium einer inhaltlich wie formal überaus breitgefächerten Literatur und Poesie, von der zum Teil ein sehr starker Einfluß auf die zeitgenössische volkssprachige Dichtung ausging und von der bisher übrigens nur ein kleiner Teil in Übersetzung vorliegt.

Studierende der Theologie, Philosophie und historischer oder philologischer Wissenschaften benötigen daher Lateinkenntnisse! Mediziner, Naturwissenschaftler, Techniker mögen sich über den Nutzen von Lateinkenntnissen für ein Studium ihrer Disziplinen selbst äußern.

Wenn der Philologe von dem Nutzen des Lateinischen handelt, gerät er leicht in den Verdacht pro domo zu sprechen. Ich erlaube mir zu betonen, daß mir derlei fernliegt. Ich fühle mich vielmehr durch die schmerzliche Erfahrung eines Niederganges wissenschaftlicher Studien auf bestimmten Fachgebieten, die nicht nur ich während der vergangenen Jahrzehnte sammeln mußte, gedrängt, dafür zu sprechen, daß die Vermittlung und Pflege der lateinischen Sprache an unseren Bildungsstätten wieder Heimatrecht erlangt. Den Nutzen werden daraus nicht wenige Wissenschaften ziehen.

Rainer Koßling, Prof. Dr. phil. habil., lehrt an der Universität Leipzig Ältere deutsche Literatur und lateinische Literatur des Mittelalters und der frühen Neuzeit

THEMA: Wissenschaft Ost 1989/90 Teil V

Hermann Klenner (Berlin):

Entstehung und Tätigkeit des RUNDEN TISCHES der weiland Akademie der Wissenschaften der DDR (1989/1990)

Die Existenzkrise, in die seit geraumer Zeit der realexperimentierende Sozialismus ökonomisch, politisch, kulturell und nicht zuletzt auch moralisch geraten war, und die sich als ein ungeheurer Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit in nahezu allen Sphären der Gesellschaft zunehmend explodierend offenbarte, erfaßte im Spätherbst 1989 auch die Akademie. Man kann deren Umgestaltungsprozesse, beginnend mit dem Infragestellen und dem sich anschließenden Aufbrechen der autoritären Leitungsstrukturen nur auf dem Hintergrund der gesamtgesellschaftlichen Umbruchsvorgänge verstehen. Das unter den Mitarbeitern und Mitgliedern der Akademie (natürlich ungleich verteilt!) angesammelte Protest- und Destruktionspotential, die Bereitschaft zu extralegalem bis hin zu illegalem Handeln war Bestandteil entsprechender Denk- und Verhaltensweisen allüberall im Lande. Die Veränderungsnotwendigkeit der Gesellschaft kontrastierte freilich mit der Reformunwilligkeit, ja -unfähigkeit der für die untragbaren Zustände Verantwortlichen. Damit war der Nährboden für einen Umbruch gegeben. Wie die Dinge lagen, konnte dieser Umbruch nicht von oben kommen. Also kam er von unten.

Im Gründungsaufruf der Bürgerbewegung *Neues Forum* vom 10. September 1989, die sich selbst als politische Plattform für die ganze DDR verstand, um es Menschen aus allen Berufen, Lebenskreisen, Parteien und Gruppen zu ermöglichen, sich an der Diskussion und Bearbeitung lebenswichtiger Probleme in diesem Land zu beteiligen, werden "Spielraum für wirtschaftliche Initiative, aber keine Entartung in eine Ellenbogengesellschaft ( ), geordnete Verhältnisse, aber keine Bevormundung" gefordert, Schutz vor Gewalt, aber kein Staat von Butteln und Spitzeln. Erhaltung des Bewährten, doch Platz für Erneuerung, gebraucht werde ein Dialog selbst- und gemeinschaftsbewußt handelnder Menschen über die Aufgaben des Rechtsstaates, der Wirtschaft und der Kultur. In einer Flugschrift der Bürgerbewegung *Demokratie jetzt* vom 12. September 1989, in der offen das "Machtmonopol einer zentralistischen Staatspartei, die staatliche Verfügung über die Produktionsmittel, die staatliche Durchdringung und Uniformierung der Gesellschaft und die Entmündigungen der Bürgerinnen und Bürger" angeprangert wird, lauten die nach vorn hinlenkenden Sätze, daß der Sozialismus nun seine eigentliche, demokratische

Gestalt finden müsse, wenn er nicht geschichtlich verloren gehen soll, und er dürfe nicht verloren gehen, weil die bedrohte Menschheit auf der Suche nach überlebensfähigen Formen menschlichen Zusammenlebens Alternativen zur westlichen Konsumgesellschaft braucht, deren Wohlstand die übrige Welt bezahlen muß; die demokratische Umgestaltung in der DDR sei als eine Weiterführung der in der Verstaatlichung stehengebliebene sozialistische Revolution zu verstehen, die einen nicht vormundschaftlichen, sondern auf dem Grundkonsens der Gesellschaft gegründeten Staat brauche; die Deutschen in der Bundesrepublik aber werden auf eine Umgestaltung ihrer Gesellschaft hinzuwirken eingeladen, die eine neue Einheit des deutschen Volkes in der Hausgemeinschaft der europäischen Völker ermöglichen könnte, damit sich schließlich beide Staaten um der Einheit willen aufeinander zu reformieren. - Im Aufruf der *Initiativgruppe Sozialdemokratische Partei in der DDR* vom 26. September 1989 heißt es, daß die notwendige Demokratisierung der DDR die grundsätzliche Bestreitung des Wahrheits- und Machtanspruches der herrschenden Partei zur Voraussetzung habe und das Ziel einer zu bildenden sozialdemokratische Partei in einer ökologisch orientierten sozialen Demokratie mit sozialen, kulturellen und politischen Grundrechten der Bürger, mit Rechtsstaat, strikter Gewaltenteilung, parlamentarischer Demokratie und Parteienpluralität, mit sozialer Marktwirtschaft und striktem Monopolverbot zu Verhinderung undemokratischer Konzentration ökonomischer Macht, mit Gewerkschaftsfreiheit und Streikrecht bestehe.

Ist es ein Zufall daß die voranstehend genannten (und anderen vergleichbaren) Forderungsprogrammen aus der Frühphase der Umbruchsbewegung im Herbst 1989 die "Wissenschaft" (im Unterschied zu "Ökonomie", "Politik" und "Kultur") keine Rolle spielt? Das zweifellose Manko möge hier nur festgestellt und auch nicht hinterfragt werden, in welchem Verhältnis sich in solchen Katalogen Naivität und Klarsicht, Strategie und Taktik mischten. Stimmte Gesagtes und Gemeintes überein? Wußte man, was man sagte? Nicht hier ist der Ort einer Antwort. Schließlich sind ein Politikum und ein Szientifikum zwei gar sehr verschiedene Dinge. Was hingegen zu berichten ist: in diese sogenannte friedliche Revolution hat sich die Akademie der Wissenschaften der DDR nur zögernd, und halbherzig überdies, eingebracht. Dabei ging es um zwei ihrem Wesen nach identische, in ihrer Konkretion aber durchaus unterscheidungsbedürftige Vorgänge, nämlich:

a) um das Einbringen der wissenschaftlichen Autorität sowie des Erfahrungs- und des Intelligenzpotentials der Mitglieder und Mitarbeiter der Akademie in den unumgänglich gewordenen gesamtgesellschaftlichen Umwälzungsprozeß, und

b) um den nicht weniger erforderlichen Wandlungsprozeß innerhalb der Wissenschaftsakademie selbst.

Auch hier kontrastierten Anspruch und Wirklichkeit, Sollen und Sein. Gemäß ihrem Statut (§ 1) definierte sich die Akademie der Wissenschaften der DDR als deren doppelläufiges Wissenschaftszentrum, und zwar als Gelehrtengesellschaft der Akademiemitglieder einerseits und andererseits als Institutsverbund mit seien Akademiemitarbeitern. Die etwa 150 Ordentlichen und etwa 90 Korrespondierenden Akademiemitglieder Gelehrtengesellschaft sowie die etwa 18.000 in der Forschung tätigen Akademiemitglieder des Institutsverbundes stellten nicht nur 17% des Forschungspotentials der DDR dar, sondern beanspruchten zugleich eine führende, zuweilen auch eine dominierende Rolle zumindest in der Grundlagenforschung. Ihrer damit verbundenen wissenschafts*politischen* Verantwortung ist die Akademie als Ganzes im Herbst 1989 jedenfalls nicht gerecht geworden.

Wie überall im Lande wurde auch an der Akademie die Reformbewegung nicht von ihrer Leitung, dem Präsidenten, dem Vizepräsidenten, dem Präsidium, dem Kollegium, den Sekretären für die Wissenschaftsgebiete, den Institutsdirektoren auch nicht vom Plenum und den Klassen der Gelehrtengesellschaft getragen, geschweige denn von den SED- und Gewerschaftsleitungen, auch wenn es in den genannten Gremien einzelne Persönlichkeiten gab, die sich für die überfälligen Reformen innerhalb wie außerhalb der Akademie einsetzten oder zumindest dem Aufbrechen der verkrusteten Strukturen keinen oder wenigstens wenig Widerstand leisteten.

Entscheidend war jedoch - besonders ausgeprägt in der Anfangsphase - der Druck von unten. Die Reform- und Demokratiebewegung, die Wissenschaftswende an der Akademie hatte ihre Basis, den ständigen Zustrom neuer Ideen und Forderungen bei den Mitarbeitern in den Instituten. Spontan hatten sich in den Akademieinstituten informelle Gruppen gebildet, die von den Proteststimmungen innerhalb wie außerhalb der Dienstgebäude getragen sich zu etablieren begannen, kategorisch eine Demokratisierung der bisher auf Einzelleitung und "demokratischen Zentralismus" angelegten Akademiestrukturen verlangten sowie eine eingreifende "Positionierung" (wie das wenig schöne Schlagwort damals hieß) der Gelehrtengesellschaft und des Akademie-Präsidiums in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen der Zeit.

Die Akademiemitarbeiter agierten, die Akademieleitungen reagierten. Wenn aber diese - endlich, endlich! - reagierten, waren jene längst bei radikaleren Forderungen angelangt, so daß die inzwischen eingenommene Leitungseinsicht als Schnee von gestern erschien, erscheinen mußte, und also der Ablehnung verfiel. Wenn die Erklärung des Akademie-Präsidiums vom 31. Oktober 1989* vier Wochen früher so verfaßt worden wäre, hätten sich vermutlich in ihr die Akademiemitarbeiter in ihren Auffassungen, Hoffnungen und Zielen wiedererkannt. Ende Oktober aber erschien sie als Anpassungs- und Abwiegelungspapier. In dieser Erklärung wurde unter anderem

- die im Lande (aber eben nicht von der Akademie) eingeleitete Wende begrüßt und "nachdrücklich" unterstützt,
- von einer bevorstehenden ZK-Tagung der SED (aber eben nicht von der Akademie selbst) ein wesentlicher Beitrag erwartet, um die Gesellschaftskrise zu analysieren, die Verantwortlichen zu benennen und die notwendigen Konsequenzen zu ziehen,
- kritisches Nachdenken über die Grundwerte des Sozialismus für erforderlich gehalten,
- verlangt, die Ausübung leitender Funktionen in Politik und Staat (aber nicht in der Akademie!) auf zwei aufeinander folgende Wahl- bzw. Berufungsperioden zu begrenzen,
- leitende Kader verpflichtet, auch die Auffassungen ernsthaft prüfen zu lernen (!), die ihrer eigenen Meinung entgegen gesetzt sind,
- das wissenschaftliche Leistungsvermögen der Akademie in die Erarbeitung und Verwirklichung einer erneuerten Gesellschaftsstrategie einzubringen ebenso für bedeutsam erklärt wie die Einbeziehung der Gesellschaftswissenschaften in die politischen Entscheidungsprozesse. - Soweit der Erkenntnisstand im höchsten Beratungsgremium des Akademie-Präsidenten am letzten Oktobertag von 1989, als Massendemonstrationen das ganze Land erschütterten

---

* vgl. *hso* 7/92, S. 42-46

Aber abgefahrenen Zügen ihren Fahrplan hinterherzurufen lohnt sich nicht. So kam es, wie es kommen mußte. Die Präsidiumserklärung vom 31. Oktober 1989, die gegen Ende noch auf die in den Arbeitskollektiven der Institute entbrannte leidenschaftliche Diskussion um alle Fragen der gesellschaftlichen Erneuerung verwiesen hatte, wurde rascher beantwortet, als deren Autoren es vorgesehen hatten. Vor allem inhaltlich anders und überdies aus anderer Richtung, nicht gut gefiltert und angemessen entschärft auf dem Weg durch die diversen Instanzen, sondern direkt durch das Akademievolk. Die genannte "leidenschaftliche Diskussion" hatte sichnämlich längst extralegal zu institutionalisieren und damit als Gegenmacht von unten gegen die Offizialmacht von oben zu bilden begonnen. Bereits am 3. November 1989 rief eine locker strukturierte, immerhin aber bereits mit vier gewählten Sprechern versehene "Initiativgruppe Wissenschaft" ohne übrigens auf die Präsidiumserklärung von drei Tagen zuvor überhaupt bezug zu nehmen, zu einer Kundgebung am 10. November um 18 Uhr auf dem Platz der Akademie auf. Zu dieser öffentlichen Kundgebung lud die "Initiativgruppe" auch das Präsidium der Akademie, den Minister für Wissenschaft und Technik, den Zentralvorstand der Gewerkschaft Wissenschaft sowie Vertreter der SED-Bezirksleitung ein.

Von der Einsicht getragen, daß in der Vergangenheit Wissenschaftler als Nachvollzieher beschlossener Maßnahmen mißbraucht worden seien, in der Gegenwart jedoch nur wenige der Prominenten unter ihnen sich mit eigenen Ideen und Aktivitäten der Massenbewegung für eine Demokratisierung von Staat und Gesellschaft angeschlossen hätten, was nicht der tatsächlichen Bereitschaft innerhalb der Forschungsinstitute entsprach, sollten und wurden auf dieser emotionsgeladenen Kundgebung inner- und außerakademische Forderungen erhoben, die insgesamt als eine Weichenstellung charakterisiert werden können. Sichtbar (und hörbar!) handelte es sich dabei um eine Einbettung des zu vollziehenden Wissenschaftswandels an der DDR-Akademie in dem sich vollziehenden Gesellschaftswandel in der DDR. Wie auf anderen Demonstrationen allüberall im Lande wurde also auch am 10. November am Platz der Akademie eine Offenlegung der ökonomischen und ökologischen Gesamtsituation, eine Aufklärung des Wahlbetrugs vom 7. Mai 1989, eine Bestrafung der für die Übergriffe der Sicherheitsorgane gegenüber der protestierenden Bevölkerung Verantwortlichen wie auch der korrupten Politiker, die Bildung freier Gewerkschaften, die Auflösung der Kampfgruppen, die Meinungs-, Versammlungs-, Vereinigungs- und Religionsfreiheit verlangt, darüber hinaus aber eine Neubestimmung des Platzes der Wissenschaft und der Wissenschaftler in der Gesellschaft, eine Akademiereform sowie die Rehabilitierung von Robert Havemann.

Die folgenreichste Konsequenz dieser Kundgebung aber bestand darin, daß deren Initiatoren, eben die "Initiativgruppe Wissenschaft", sich als Keimzelle eines durch geheime Wahl in den Forschungseinrichtungen der Akademie zu bildenden Rates der Institutsvertreter verstand, und dessen Marschroute für die nächsten drei Monate von vornherein auf einem Forderungsdekalog basierte, der auf eine Permanenzerklärung von Veränderungen hinauslief. Er enthielt unter anderem:
- Anerkennung des Rates der Institutsvertreter als Vertretungsorgan der Akademiemitarbeiter gegenüber der Akademieleitung,
- Teilnahme diese Rates an den Präsidiumssitzungen der Akademie,
-Anerkennung der sich bildenden Institutsrate als Instrumente demokratischer Mitbestimmung an den Instituten;

- Auflösung der SED-Grundorganisationen an der Akademie,
- Offenlegung der Ökonomie, des Devisenhaushalts und der Kaderunterlagen innerhalb der Akademie,
- keine Einschränkung der Handlungsfähigkeit künftiger Akademieleitungen durch Verabschiedung langfristiger Konzeptionen,
- Auflösung der Bereiche des Ersten Vizepräsidenten und des Generalsekretärs der Akademie sowie des Direktorats Kader und Bildung.

Auch wenn die konstituierende Sitzung des Rates der Institutsvertreter erst am 19. Dezember 1989 und die von diesem einberufende Tagung zur "Wissenschaftsstrategie der DDR" erst am 17. Januar stattfanden - beide übrigens bei Anwesenheit mindestens je eines Präsidiumsmitgliedes der Akademie -, spätestens seit der Novemberkundgebung waren die statutenmäßigen Leitungsorgane der Akademie in der Durchsetzungsfähigkeit ihrer Entscheidungen in Folge der virulenten Präsenz der Initiativgruppe limitiert. Diese Initiativgruppe und der sich daraus entwickelnde Rat der Institutsvertreter hinwiederum limitierte seine Aufgaben nicht im herkömmlichen Sinne auf eine Mitwirkung beim Tätigwerden der "eigentlich" zuständigen Organe, ließ sich nicht bloß "einbeziehen" in die Entscheidungsfindung der Oberen, sondern dachte und plante als genuin selbständiges, originär-demokratisches Organ.

Wir groß aber die Unterschiede, ja Gegensätze im Gesellschafts-, Demokratie- und Wissenschaftsverständnis zwischen Akademieleitung und den Institutsvertretern auch sein mochten, in einer Fundamentalfrage gab es Übereinstimmung: der erforderliche Wissenschaftswandel an der Akademie konnte und sollte die Sache derer sein, die an dieser Akademie forschten und arbeiteten. Wir wissen, was notwendig ist, und wir wollen das, was notwendig ist, selber in die Tat umsetzen (in der radikalen Sprechweise der Institutsvertreter: "unsere Fesseln wickeln wir selber ab!") - das, und nichts anderes war die opinio communis der ganzen Scientific community in Berlin und in Dresden, in Leipzig und in Jena. Diese Gemeinsamkeit verband die Otto-Nuschke-Straße 22 mit denjenigen, die an der Basis in allerschönster Aufbruchstimmung Sturm liefen gegen die zentralistischen und bürokratischen Wissenschaftsstrukturen, gegen ideologische Reglementierungen, gegen inkompetente Leiter und deren Bevormundungen, gegen Zensur und Reiseverweigerungen. Zwischen etwas wollen und es können liegen wie zwischen etwas können und es dürfen freilich zuweilen Welten. Wir werden sehen.

Knapp eine Woche nach der weichenstellenden Kundgebung der Akademiemitarbeiter tagte am 16. November 1989 turnusgemäß das Plenum der Akademiemitglieder. Auf der sturmisch verlaufenden, auf eine Reform der Akademie an Haupt und Gliedern drängenden Beratung wurde zunächst der Philosoph Ernst Bloch (1885-1977), Ordentliches Mitglied seit 1955, ausgeschlossen vom Plenum der Ordentlichen Mitglieder am 26. 10. 1961, ebenso wie der Chemiker Robert Havemann (1910-1982), Korrespondierendes Mitglied seit 1961, post mortem rehabilitiert, indem die seinerzeitigen Ausschlüsse annuliert wurden. Eine Analyse der höchstwarscheinlich nicht nur immoralischen, sondern auch illegalen Ausschlußvorgänge fand weder statt noch wurde sie wenigstens in die Wege geleitet, auch wurden weder die seinerzeit Verantwortlichen genannt noch zu einer Stellungnahme veranlaßt.

Eines der langjährigen Akademiemitglieder forderte das Akademiepräsidium in toto zum Rücktritt auf, und ein anderes Ordent-

liches Mitglied ersuchte den Akademiepräsidenten, den Sekretär des Wissenschaftsbereichs (vormals Leiter des Forschungsbereichs) Gesellschaftswissenschaften, zugleich einer der Akademievizepräsidenten, abzuberufen. Beidem wurde, um einen leitungslosen Zustand an der Akademie zu vermeiden, nicht stattgegeben. Doch wurde durch die Ordentlichen Akademiemitglieder in einer geheimen Abstimmung auf dem Dezember-Plenum dem Präsidenten, den Vizepräsidenten (außer dem für die Gesellschaftswissenschaften zuständigen, für den nur eine kleine Anzahl votierte) und dem Generalsekretär das Vertrauen zur Weiterführung der Amtsgeschäfte bis zur Klärung der mit der Neuformierung der Akademieleitung verbundenen Fragen, d.h. für die Dauer von voraussichtlich drei Monaten ausgesprochen.

Hingegen gab es kein Wenn und Aber, was die Reformbedürftigkeit der Akademie und die Notwendigkeit, ein neues Akademiestatut auszuarbeiten, betraf. Auch der Akademiepräsident stimmte sofort der vorgetragenen Auffassung zu, daß das alte Akademiestatut wegen des immanenten autoritären Gehalts schlechthin nicht reformfähig sei. Auch darüber, daß die im noch geltenden Statut in der Präambel und den §§ 3 und 29 enthaltenen Bezüge auf die SED und den Marxismus-Leninismus schon vorab zu streichen seien, herrschte Einmütigkeit, jedenfalls in den geäußerten Meinungen. (Übrigens hat dann die am 2. Dezember 1989 stattfindende SED-Delegiertenkonferenz die Entflechtung von Partei und Wissenschaft von ihrer Seite aus beschlossen sowie über den Rundfunk an das SED-ZK appelliert, sofort zurückzutreten, was dann ja auch am 3. Dezember unter dem Eindruck entsprechender Demonstrationen geschah.)

Wie wirr und widersprüchlich auch immer das Novemberplenum der Akademiemitglieder im einzelnen verlief - jedenfalls bildete es die Grundlage, auf der Präsident und Präsidium der Akademie sich legitimiert fühlten, sich auf die Forderungen der Akademiebasis zuzubewegen. Auch wenn weder der "Offene Brief des Präsidiums der AdW der DDR" vom 28. November 1989 mit den untersetzten Behauptungen,
a) Die Akademie trägt den Erneuerungsprozeß mit;
b) Die Akademie tritt für die Freiheit der Wissenschaft ein;
c) Die Gesellschaftswissenschaften stehen in neuer Verantwortung;
d) Die Akademie gestaltet ihre Arbeit demokratisch;
e) Die Akademie erhöht die Selbständigkeit ihrer Institute;
f) Die Akademie internationalisiert ihre Forschung
noch auch die von einen Ausschuß des Akademieplenums für die künftige Arbeitsweise der Gelehrtengesellschaft und der Forschungsgemeinschaft Mitte Dezember 1989 vorgelegten Vorschläge im entferntesten an die Vorstellungswelt der Radikalreformer in den Akademieinstituten heranreichten, so handelte es sich jedenfalls in beiden Fällen um Gedanken, die einem Miteinander derer von oben und derer von unten nicht im Wege standen, sondern es, von beiden Seiten aus gesehen, als sinnvoll erscheinen lassen mußten.

Das wird exemplarisch deutlich in dem Orientierungs-Brief des Akademiepräsidenten an die Vizepräsidenten, die Sekretäre für die verschiedenen Wissenschaftsgebiete und die Institutsdirektoren vom 4. Januar 1990. Ausgehend zwar vom geltenden Recht, (dieses jedoch als in Bewegung begreifend) wird unter ausdrücklicher Erwähnung von Diskussionen mit der "Initiativgruppe Wissenschaft", deren Ergebnisse eingeflossen seien, empfohlen (nicht etwa angewiesen!), daß in allen Akademie-Instituten Institutsräte zur Vertretung der Mitarbeiter und zur Mitbestimmung im Leitungsprozeß (einschließlich der Gesamtentwicklung des Instituts, nicht etwa nur in Personalfragen) sowie Wissenschaftliche Räte gebildet werden sollen, die teils vom Direktor zu berufen, teils aber in geheimer Abstimmung von den Mitarbeitern zu wählen seien; beiden Räten wird das Recht zugebilligt, gegen Entscheidungen des jeweiligen Institutsdirektors beim Akademiepräsidenten zu intervenieren. Ferner wird, und auch das geht auf Gedanken der "Initiativgruppe Wissenschaft" zurück, eine "Versammlung der Institutsvertreter" gebildet, die, selbst in geheimer Wahl von den Mitarbeitern der Institute gewählt, ihrerseits einen Sprecher wählt, der gleichberechtigt an den Beratungen des Akademiepräsidenten und -kollegiums teilzunehmen eingeladen wird. Mit diesen Veränderungen der Entscheidungsmechanismen wurde zwar die bisherige Präsidialstruktur nicht ausgehebelt, wohl aber das geltende Akademiestatut mehr als nur ausgeschöpft. In manchen Instituten wurde die Brisanz dieser Maßnahmen nur zögernd begriffen, in anderen hingegen noch radikalisiert.

Weitere zehn Tage später erarbeitete die Abteilung Forschungsplanung der Akademieleitung eine detaillierte Antwort auf den oben erwähnten Forderungskatalog der "Initiativgruppe Wissenschaft" vom November 1989, und noch Ende Januar übergab der erste Vizepräsident der Akademie dem Sprecher der "Initiativgruppe Wissenschaft" eine Übersicht über die Ausgaben/Einnahmen der Akademie für das Jahr 1990 zur Kenntnis; zugleich eröffnete er ihr auch Einblick in die Gesamtheit der Plandokumente für das laufende Jahr.

Die Zeit war reif für eine neue Phase des Wissenschaftswandels an der Akademie. Diese neue Phase begann am 8. Februar 1990 in den Räumen des Instituts für Pathologische Anatomie der Humboldt-Universität, und zwar mit einem Paukenschlag.

Als sich nämlich an jenem Tag und Ort die etwa 20 Beratungsteilnehmer mehrheitlich in der Meinung einfanden, als Arbeitsgruppe des Akademiepräsidiums die Anleitung einer erst zu bildenden Expertengruppe für die Ausarbeitung eines neuen Akademiestatuts zu übernehmen, wurden sie mit einem mündlich vorgetragenen und schriftlich vorgelegten Positionspapier der anwesenden Mitglieder des Rates der Institutsvertreter konfrontiert, wonach es sich bei der anstehenden Beratungsrunde nicht um eine Arbeitsgruppe des Akademiepräsidiums handele, sondern um einen *Runden Tisch*. Das Selbstverständnis dieses Runden Tisches, so wurde vorsorglich definiert, bestehe darin
- daß der Akademiepräsident Vorschläge für grundsätzliche Entscheidungen dem Runden Tisch vorlegt,
- daß die Beschlüsse des Runden Tisches gelten, wenn dieser den Vorschlägen des Akademiepräsidenten die Zustimmung versagt,
- daß die Beschlüsse des Runden Tisches ohne Verzug zu Entscheidungen des Akademiepräsidenten führen,
- daß der Rat der Institutsvertreter durch Abstimmung dann endgültig entscheidet, wenn der Akademiepräsident den Beschlüssen des Runden Tisches nicht zu folgen bereit ist. - Die sich von vornherein als Delegierte des Rates der Institutsvertreter zum Runden Tisch der Akademie verstehenden Mitarbeiter stellten überdies sogleich den Antrag: "Der Akademiepräsident wird aufgefordert, zurückzutreten."

Naturgemäß erklärten die anderen Beratungsteilnehmer, die vom Plenum der Gelehrtengesellschaft in einem Selektionsverfahren gewählten Akademiemitglieder so-

wie die beauftragten Vertreter der verschiedenen Wissenschaftsgebiete und des Präsidiums, daß sie keine Vollmachten hätten, sich an einem Runden Tisch zu beteiligen. Gleichzeitig bot der Präsidiumsvertreter einen späteren Termin für einen zu bildenden und mit welchen Zuständigkeiten auch immer zu versehenden Runden Tisch an, und ein Vertreter des Plenums der Akademiemitglieder signalisierte, daß man völlig offen sei, was die Gestaltung des künftigen Akademiestatuts betreffe.

So fand denn also die konstituierende Sitzung des Runden Tisches am 16. Februar 1990 statt. Seine am gleichen Tag angenommene Geschäftsordnung legte u.a. fest,
- daß sich seine Teilnehmer aus Vertretern der Akademieleitung [a) Vertreter des Plenums der Akademiemitglieder, b) Vertreter der Wissenschaftsgebiete, c) Vertreter des Präsidiums] und Vertretern der Akademiemitarbeiter [a) Sprecher des Rates der Institutsvertreter, b) Vertreter der Gewerkschaft Wissenschaft, c) Vertreter der Initiative Frauen in der Wissenschaft] zusammensetzen,
- daß weitere Gruppierungem berechtigt sind, ihre Zulassung zum Runden Tisch zu beantragen,
- daß beim Votieren stimmenmäßige Parität zwischen den Vertretern der Akademieleitung und den Vertretern der Akademiemitarbeiter herzustellen ist (später wurde vereinbart, daß bei Abstimmungen das Prinzip der einfachen Mehrheit und die Versagung durch mehr als die Hälfte der Stimmen der Leitungs- oder der Mitarbeitervertreter als Veto gilt);
- daß der Akademiepräsident oder die von ihm benannten Vertreter dem Runden Tisch Vorschläge für grundsätzliche Entscheidungen vorlegen,
- daß die Vorschläge neu zu verhandeln sind, sofern diesen der Runde Tisch seine Zustimmung versagt.
- daß der Runde Tisch berechtigt ist, Entscheidungsvorschläge im Akademiepräsidium und -kollegium einzubringen;
- daß die Institutsdirektoren verpflichtet sind, das von jeder Beratung des Runden Tisches angefertigte Protokoll ihren Mitarbeitern zur Kenntnis zu bringen.

Damit trat die Akademie in die Phase einer durch wechselseitige (nichtrepressive) Toleranz temperierten Doppelherrschaft ein. Diese verstand sich von Beginn an bis zu ihrem Ende als Übergangsregime. Es galt eine den Erfordernissen der Gesellschafts- und Wissenschaftsentwicklung gemäße Akademiekonzeption auszuarbeiten und eine dieser Konzeption entsprechende Leitungsstruktur auf demokratische Weise zu etablieren. Dieser Wissenschaftswandel erforderte als Blick zurück eine selbstkritische Analyse der vorangegangenen Leistungen und Fehlleistungen sowie als Blick nach vorn ein Einbringen des intellektuellen Potentials von etwa 50 Forschungsinstituten in das Wissenschaftsgefüge eines sich vereinigenden Deutschlands. In einem Atemzug also: Schadensabwicklung nach hinten, Wissenschaftsaufwicklung nach vorn! Das war nur möglich, wenn der Runde Tisch sich nicht als Beratungsorgan einer in ihrer Entscheidung souveränen staatlichen Leitung verstand, sondern als ein dieser Leitung in allen Grundsatzüberlegungen und -entscheidungen gleichberechtigtes Organ originär-demokratischer Willensbildung agierte. Seinem Demokratieverständnis widersprach es aber auch, sich selbst als Embryo einer künftigen Akademieleitung zu verstehen und sich allmählich in deren Funktion hineinzumanövrieren. Ein solches An-die-Macht-Schleichen wäre ein tödlicher Schlag gegen die Idee des Runden Tisches gewesen. Hier galt es von vornherein Barrieren zu setzen.

Es ist hier nicht der Ort, um die Beratungen und Beschlußfassungen des Runden Tisches der Akademie der Wissenschaften nachzuzeichnen. Unter dem Vorsitz eines einstimmig hierfür gewählten (nicht nur moderierenden, sondern auch mit abstimmenden) Ordentlichen Akademiemitgliedes (der als frischgewählter Vorsitzender des Wissenschaftlichen Rates eines Instituts zugleich auch Akademiemitarbeiter war) tagte der Runde Tisch in der Folgewochen in der Zusammensetzung: 5 Vertreter des Plenums der Akademiemitglieder, 2 Vertreter des Akademiepräsidiums, 9 Vertreter der Wissenschaftsgebiete, zwei Vertreter der Initiative Frauen in der Wissenschaft, 2 Vertreter der Gewerkschaft Wissenschaft und - last but without any doubt not least - 7 Delegierte des Rates der Institutsvertreter. Beraten und beschlossen wurden vom Runden Tisch in jeweils nichtöffentlicher Sitzung zu unter anderem folgenden Tagesordnungspunkten:
- Empfehlungen zur Ausgestaltung einer Gesprächskonzeption der Akademieleitung mit DDR-Ministerpräsident Modrow am 19. Februar 1990 (Sozialvertrag für die Wissenschaft; Bildung eines nationalen Wissenschaftsrates; Erarbeitung eines Wissenschaftsgesetzes; deutsch-deutsche Wissenschaftskommission);
- Bericht des Akademiepräsidenten über die Kontakte der Akademieleitung zu Wissenschaftseinrichtungen in der BRD und Westberlin;
- Etablierung einer "Initiativgruppe Forschungsgemeinschaft der AdW" zur Konzipierung eines künftigen Forschungsprofils der Akademieinstitute;
- Erfordernis, daß in allen Akademieinstituten die bisherigen Direktoren auch einem vom jeweiligen Wissenschaftlichen Rat bzw. den Mitarbeitervertretungen zu entscheidenden Modus die Vertrauensfrage zu stellen haben (worauf etwa die Hälfte aller Direktoren abberufen wurden);
- Wissenschaftsgesetz;
- Auflösung der ehemaligen Hauptabteilung Auswertung und Kontrolle zum 31. 12. 1989;
- Tarifliche Regelungen.

Die mit Abstand problemgeladenste und zeitaufwendigste Beratung und Beschlußfassung aber war naturgemäß dem Grundkonzept für die Neuprofilierung und Neustrukturierung der Akademie der Wissenschaften sowie der einem auszuarbeitenden und demokratisch legitimierten Akademiestatut gemäßen Wahl der akademischen Entscheidungsinstanzen gewidmet. Doch konnte der Runde Tisch bereits am 16. März 1990 mit 21 Stimmen bei 2 Gegenstimmen den Entwurf eines neuen Akademie-Statuts verabschieden, der nach entsprechender Diskussion unter den Akademiemitarbeitern und -mitgliedern (auch Akademiepräsidium und -kollegium hatten dem Entwurf am 28. März prinzipiell zugestimmt) am 26. April 1990 vom Konsilium der Akademie als "Provisorisches Reglement" auch angenommen wurde.

Dieses Konsilium, das erste seiner Art in der Berliner Akademie-Geschichte, vereinigte in drei getrennten Wahlblöcken die Akademiemitglieder, den Wissenschaftlichen Rat der Forschungsgemeinschaft (die Direktoren und die Vorsitzenden der Wissenschaftlichen Räte der Akademieinstitute) und die Mitarbeitervertretungen. Eröffnet wurde dieses Konsilium vom Vorsitzenden des Runden Tisches in dessen Auftrag, zugleich aber auch im Auftrag des Akademiepräsidiums (dem er nicht angehörte) mit einem Gedanken aus der ersten Fassung des Akademieprojekts von Leibniz: Hoffnung sei ein Glaube des Zukünftigen gleichwie der Glaube eine Hoffnung des Vergangenen sei, doch beide seien gegründet auf Erkenntnis. Die Erkenntnis des Konsiliums, aus Vergangenheitserfahrungen gespeist und auf Zukunftsgestaltung gerichtet, war

ein eindeutiges Credo. Dieses Credo bezog sich vor allem auf:
- das Selbstbestimmungsrecht der Akademie, ihrer Mitglieder und Mitarbeiter (Freiheit als Grundvoraussetzung von Kreativität);
- das Miteinander von Natur- und Geisteswissenschaften, also auf den enzyklopädischen Charakter der Akademieforschung;
- das Miteinander der Gelehrtengesellschaft der Akademiemitglieder und des Institutsverbundes der Akademiemitarbeiter;
- die sich aus den voranstehenden Wissenschafts- und Demokratieerfordernissen abzuleitende Gliederung und Leitungsstruktur der Akademie.

Entsprechend den Festlegungen des vom Konsilium angenommenen "Provisorischen Reglements" fanden dann die jeweiligen Wahlen statt, vor allem die des Senats der Akademie, die des Vorstandes der Forschungsgemeinschaft, die der Klassensekretäre und - am 17. Mai durch das Konsilium - die des Akademiepräsidenten. Ihnen waren hearings vorausgegangen, um die grundsätzlich als Auswahl unter mehreren Kandidaten gestaltete geheime Wahl demokratischen Gepflogenheiten gemäß vorzubereiten. Am Leibniztag, dem 29. Juni 1990 wurden dann - endlich, endlich - durch Frank Terpe, Minister für Forschung und Technologie, die Mitglieder der alten Akademieleitung einschließlich des seit Juli 1979 amtierenden Akademiepräsidenten *Werner Scheler* aus ihrer Funktion abberufen und entsprechend einem Beschluß der DDR-Regierung de Maizière der vom Konsilium bereits im ersten Wahlgang Auserkorene, das Ordentliche Akademiemitglied *Horst Klinkmann* zum Akademiepräsidenten berufen.

Nach der Machtübergabe und -annahme an und durch die nach dem "Provisorischen Reglement" Gewählten hatte aber auch der Runde Tisch seine wichtigste Aufgabe, eine von Demokratie und Kompetenz getragene Legitimation der Leitungsgremien der Akademie herbeiführen zu helfen, erfüllt und damit sich selbst überflüssig gemacht. Die Selbstauflösung des Runden Tisches als extralegaler Organisationsform der Akademie war mit der Erkenntnis verbunden, daß, wie auch beim großen Runden Tisch der DDR, nicht alle seine Blütenträume gereift sind. Immerhin hatte er dazu beigetragen, daß die gesellschaftlich verursachten und individuell verständlichen Destruktionspotenzen nicht überhand nahmen und in ein vertretbares Verhältnis zu den dringendst erforderlichen Konstruktionspotenzen gerückt wurden. Das Selbstwertgefühl vor allem derer, die auch persönliche Risiken auf sich genommen hatten, um den Wissenschaftswandel an der Akademie offiziell werden zu lassen, indem sie ein von "unten" legitimiertes "Oben" etablieren halfen, war mit einer zukunftsträchtigen Erfahrung verbunden: nur der erhält und verdient sich die Freiheit, der sie zu erstreiten auch bereit ist.

Freilich: Die vom Runden Tisch auf den Weg gebrachte Freiheit der Wissenschaften in Gestalt eines ausgeübten Selbstbestimmungsrechts der Wissenschaftler der Akademie war nur von kurzer Dauer. Im Ergebnis des sich "Einigungsvertrag" nennenden Übereinkommens zwischen der BRD und der DDR vom 31. August 1990, das tatsächlich der Beginn einer Einverleibung, einer occupation pacifica war, wurde eine flächendeckende Devaluation und Devaluation akademischer Forschungsstrukturen, Forschungsinstitute und Forschungsmitarbeiter in die Wege geleitet, die ihresgleichen sucht in der Wissenschaftsentwicklung eines Landes. Das Selbstbestimmungsrecht der Wissenschaftler wurde, nunmehr im Widerspruch zu Artikel 3, 5 und 33 des Grundgesetzes, systematisch verletzt und die Akademie-Institute zuhauf abgewickelt.

In seiner Präambel erwies der sogenannte Einigungsvertrag denjenigen "dankbaren Respekt, die auf friedliche Weise der Freiheit zum Durchbruch verholfen haben". Letzteres kann der Runde Tisch für sich wohl in Anspruch nehmen. In seinem Wirkungskreis ist allerdings das Ergebnis dieser Freiheitswahrnehmung längst liquidiert worden. Von außen: Eine Akademie der Wissenschaften gibt es seit dem 1. Januar 1992 in Ostdeutschland nicht mehr.

Hermann Klenner, Prof. Dr. jur. habil., Rechtsphilosoph, war 1990 Moderator des Runden Tisches der Akademie der Wissenschaften der DDR

Prof. Dr. Hans Robert Hansen, derzeit Prorektor der Wirtschaftsuniversität Wien, hat den an ihn ergangenen Ruf auf eine C4-Professur für Wirtschaftsinformatik, insbesondere Informationsmanagement, an der Technischen Universität Dresden abgelehnt.

In seinem Absageschreiben an den Sächsischen Staatsminister für Wissenschaft und Kunst schreibt er:

"Maßgeblich hierfür sind die rechtsradikalen Ausschreitungen gegenüber Asylbewerbern in Rostock während der vergangenen Tage. Vor allem die in diesem Zusammenhang zutage getretene Fremdenfeindlichkeit der nicht unmittelbar Beteiligten hat mich zutiefst schockiert. In ein Land, in dem solche Grundeinstellungen toleriert werden und in dem Regierung, Polizei und Bevölkerung so tatenlos die Gewalt gegenüber Menschen mit ansehen, möchte ich nicht zurückkehren. Die Parallelen zu den Ereignissen zu Beginn des Dritten Reiches sind zu offensichtlich.

Bitte haben Sie Verständnis, daß ich über diese Begründung nicht nur die am Berufungsverfahren Beteiligten, sondern auch die Medien informieren werde."

Leben für die Wahrheit
Interview mit Friedrich Herneck (Berlin)

"Im April 1958, zum 100 Geburtstag von Max Planck, hatte ich eine Begegnung mit Lise Meitner. Ich stand mit ihr seit einiger Zeit im Briefwechsel. Wir trafen uns in der Frühstücksstube des kleinen Westberliner Hotels "Frühling am Zoo". Ich hatte mich mit ihr unterhalten über den Physiker Ludwig Boltzmann, ihren Lehrer und Doktorvater in Wien, über Max Planck, dessen Assistentin sie war, und über andere Gelehrte. Dieses Gespräch war für die Vorbereitung meines Buches "Bahnbrecher des Atomzeitalters" sehr wichtig.

Als wir eine Zeitlang saßen, kam vom Nebentisch Otto Hahn herüber. Und er begrüßte mich mit den Worten: "Grüß Gott, Herr Herneck, raucht der Scheiterhaufen schon?" Ich entgegnete: "Herr Professor Hahn, er raucht nicht mehr."

Der diese Begebenheit mit der stimmlichen Ausdrucksfülle eines Bühnenschauspielers erzählt, schrieb Wissenschaftsgeschichte eines halben Jahrhunderts mit. Seine Ruhe ausstrahlende Haltung und sein schlohweißes, schulterlanges Haar vermitteln das Bild eines "weisen Gelehrten", wie er im Buche steht. Friedrich Herneck, Naturwissenschaftler und Philosoph. Der 84jährige lebt mit seiner Katze Minka in der Berliner Karl-Marx-Allee, in einer der Wohnbauten, die seinerzeit als Sinnbilder für den Aufbau des Sozialismus erschaffen worden waren. Er berichtet von Begegnungen mit bedeutenden Denkern seiner Epoche, von Erkenntnissuchenden ebenso wie von Wirklichkeitsfremden oder -verfälschenden, auch der Berliner Universität.

Wie begann der wissenschaftliche Weg des Friedrich Herneck?

Durch meinen Vater, der Lehrer für Geographie und Geschichte an einem Gymnasium in Westböhmen war, wurde ich frühzeitig mit den Wissenschaften der Natur vertraut. Ich begleitete ihn auf Exkursionen und legte mir eine Gesteinsammlung an. Nach dem Abitur ging ich nach Prag, um Geologie zu studieren.

Diesen Weg setzte ich so lange fort, bis der neopositivistische Philosoph Rudolf Carnap an die Naturwissenschaftliche Fakultät der Prager Deutschen Universität als Professor für Naturphilosophie berufen wurde.

Ein Erlebnis mit Carnap war für meinen weiteren Werdegang prägend. Ich hörte

seine Antrittsvorlesung in der Prager "Urania". Carnap hatte dabei eine Art ethischen Nihilismus vertreten. Auf den Einwand eines Studenten: "Wenn das so ist, daß Sittengesetze nicht naturgemäß sind, wie sie das behaupten, daß sie sich ändern können oder daß man sie nicht befolgen müsse, dann können sie auch morden", entgegnete Carnap: "das macht mir keinen Spaß!" - man kann sich denken, was für einen Tumult das im Saal auslöste. Doch Carnap blieb ganz ruhig sitzen und nahm alles gelassen zur Kenntnis.

Das hat mir so gut gefallen - obwohl ich nicht der Meinung war, daß Carnap recht hatte -, daß ich mich 1931 entschloß, bei ihm zu promovieren - und zwar über Wilhelm Ostwald.

Carnap war für mich ausschlaggebend in einer theoretischen, rationellen Sicht. Ich habe von seinem Neopositivismus eine Mengegelernt, Sein methodologisches Herangehen, sein kritisches Verhalten zur Erkenntnis, zur Umwelt, zu den vorgegebenen Lehren, Sätzen und Lebensarten waren für mich wichtig.

Wie kommt man vom Neopositivismus zum Marxismus?

In der sowjetischen Kriegsgefangenschaft begann ich, Marx zu lesen. Ich hatte mir "Das Kapital" zugelegt: es war jedoch nicht geeignet, mich für den Marxismus zu begeistern, die Darstellung ist zu kompliziert, und es beschäftigt sich mit Fragen, die mich damals wenig interessierten. Mir ging es mehr um philosophische Fragen.

Ich habe den Marxismus erst durch Lenin verstehen gelernt, durch die Schrift "Materialismus und Empiriokritizismus", die später durch die Marxisten/Leninisten zu sehr verabsolutiert wurde. Lenins Auffassungen waren einst eine Kritik an die Machisten. Um diese Zeit 1908/09 war diese Kritik schon berechtigt. Lenin war kein Philosoph, das übersieht man manchmal; er war Jurist, hatte einige Zeit den Beruf des Rechtsanwaltes ausgeübt, bis er Politiker wurde. Als Nichtnaturwissenschaftler hatte er jedoch einiges mißverstanden am Physiker und Philosophen Ernst Mach.

Diese Fragen begannen mich zu beschäftigen, als mich in den 50er Jahren in die Handschrift von Ostwald vertiefte. Ostwald hatte Mach sehr geschätzt und hatte auch einiges von ihm veröffentlicht, wurde zugleich aber von Lenin kritisiert.

Im Ostwald-Archiv in Großbothen bei Grimma fand ich eine Selbstbiografie von Ernst Mach. Ostwald hatte damals die Absicht, einige Schriften bedeutender Naturwissenschaftler herauszugeben und bat den Physiker Mach, seine Autobiografie zu schreiben. Das war etwa 1912/13, Mach war schon gelähmt, er konnte nicht mehr in dem Maße schreiben, wie er es früher getan hätte. Und so meinte Ostwald, man solle die Biografie noch einmal überarbeiten. Diese Biografie hatte ich später im Ostwald-Archiv entdeckt, mitsamt den Begleitbriefen. Ich hatte damals mit meiner Frau mehrere Wochen dort gearbeitet. All diese Schriften und Briefe haben mich in meiner Ansicht bestärkt, daß Ostwald nicht nur ein bedeutender Chemiker war - ihm wurde auch der Nobelpreis verliehen -, sondern daß er auch als philosophischer Denker ernstzunehmen ist. 1961 habe ich mich über Wilhelm Ostwald und seine Philosophie an der Humboldt-Universität habilitiert.

Doch bevor es dazu kam, gab es um ihre Person an der Humboldt-Universität große ideologische Auseinandersetzungen. Was waren die Ursachen?

Sei 1953 habe ich an der Humboldt-Universität Vorlesungen über dialektischen und historischen Materialismus gehalten. 1956 schrieb ich einen Artikel im "SONNTAG", der die Empörung der damaligen Parteiführung der Universität hervorrief. Der "SONNTAG" galt als eine Zeitung, in der man sich freimütig äußern konnte. Der Artikel trug die Überschrift "Am entscheidenden Punkt vorbei". Ich habe kritisiert, daß die übliche Auseinandersetzung mit dem Dogmatismus wesentliche Punkte, auf die es ankam, nicht berührte. Dies suchte ich nun aufzuweisen.

Der Artikel wurde zunächst mit großem Erstaunen an der Universität aufgenommen. Als ich jedoch die Ernst-Mach-Biografie mit einem sehr ausführlichen Kommentar in der wissenschaftlichen Zeitschrift der Humboldt-Universität veröffentlichte, ging der Kampf gegen mich los. Es war die Zeit, als Chruschtschov seine berühmt gewordene Kritik an Stalin übte. Diese Kritik, die in den Zeitungen der DDR nicht veröffentlicht wurde, kursierte allerdings in besonderen Druckschriften. Sie gab mir Hinweise auf die wirklichen Zustände in der Sowjetunion. Vieles, was dort gedruckt war, entsprach meinen Ansichten. Das hat mich dann ermutigt, die Kritik Lenins an Mach zu überprüfen.

Hinzu kam, daß ich Briefe Einsteins fand, in denen er sich zu Mach bekannte und sich bei der Begründung der Relativitätstheorie auf ihn stützte. Das konnte man nun nicht mehr leugnen. Ich veröffentlichte die Einstein-Briefe in den "Physikalischen Blättern" in Westdeutschland.

Die Darstellungen Machs in seiner Selbstbiografie machten auf die Wissenschaftler einen starken Eindruck. Ich habe darauf aufmerksam gemacht, daß er in manchem von Lenin abwich. Lenin kannte diese Biografie nicht und wußte nicht, daß Machs Lehren in bestimmten Fragen für Einstein wichtig waren. Lenin ließ Machs linke Auffassungen in seiner Polemik unberücksichtigt. Mach hatte die österreichischen Sozialdemokraten unterstützt, auch materiell.

Im "Neuen Deutschland" erschien daraufhin eine ganzseitige Gegendarstellung, in der man mich als Revisionisten beschimpfte und meine Ansichten mit denen westlicher imperialistischer Philosophen verglich. Auch in der Universitätszeitung erschien ein Artikel: "Dr. Herneck auf der Linie unserer Feinde".

Das Resultat war, daß ich vom Rektor entlassen wurde, obwohl er dazu nicht berechtigt war. Auf Intervention des Staatssekretärs für Hoch- und Fachschulwesen W. Girnus konnte die Entlassung nicht wirksam werden. So blieb ich also Dozent, aber mit Lehrverbot.

Auch meine persönliche Bekanntschaft mit Max von Laue verhinderte Schlimmeres. Der Nobelpreisträger und Physiker besuchte mich in meiner Wohnung in der "Stalinallee" und in der Charité. Er schrieb mir in einem Brief, daß er meinen Artikel über Plancks Religiosität für sehr wertvoll halte. Das war für mich ein sehr großes Lob, denn Laue war ein Schüler Plancks und hatte noch vor seinem Lehrer den Nobelpreis erhalten.

Da man Sie nicht entlassen konnte, welche Arbeitsaufgabe billigte man ihnen zu?

Es wurde jemand gesucht, der anläßlich der 150-Jahr-Feier der Humboldt-Universität zu Berlin eine Festschrift organisierte. Für diese dreibändige Festschrift "Forschen und Wirken" war ich vom ersten bis zum letzten Buchstaben verantwortlich. Die Universitätsparteileitung übergab mir Ende 1958 diese Aufgabe. Es sollte sich wohl

mehr um Schreibarbeit handeln als um eine wissenschaftliche Aufgabe. Eine brauchbare Konzeption gab es nicht, ein Plan sah vor, daß sich die neue Festschrift an die bereits vorhandene der 100-Jahr-Feier von 1910 anschließen sollte. Da mußte ich den "teuren Genossen" klarmachen, daß wir die Urteile, die im monarchistischen Deutschen Reich über die Entwicklung der Wissenschaft gefällt worden waren, nicht einfach übernehmen und gelten lassen konnten.

Was stand im Zentrum der Festschrift?

Wir, der Direktor der Universitätsbibliothek W. Göber und ich, konzipierten die Bände nach wissenschaftsgeschichtlichen Gesichtspunkten, nach dem Einfluß von Persönlichkeiten auf die Entwicklung der Wissenschaften. Der erste Band beinhaltet Beiträge zur Universitätsgeschichte, der zweite ist ein Auswahlband zu naturwissenschaftlich-medizinischen Abhandlungen, und die geisteswissenschaftlichen Texte bilden den dritten Band. Jeder umfaßt etwa 700 bis 800 Seiten. Das Buch wurde als "Bestes Buch des Jahres" prämiert.

Sie bereiteten nach dieser Arbeit Ihre Habilitationsschrift über Wilhelm Ostwald vor?

Der Professor, der damals dafür zuständig war, war Robert Havemann. Er war Mitglied der Volkskammer und Institutsdirektor. Daß er in hohem Ansehen war, kam mir später zugute.

Einigen Mitgliedern der Parteileitung war aber die Tatsache, daß ich mich habilitierte, nicht recht, denn es wäre irgendwann einmal ein Professur fällig geworden. So erreichten sie, daß ein Physiker, der Mitglied des Zentralkomitees war, beim Dekanat vorstellig wurde und mitteilte, das ZK wünsche meine Habilitation nicht. Havemann als Prodekan lehnte diese Verfahrensweise ab, er und die beiden anderen Gutachter hatten die Arbeit für "sehr gut" befunden. So wurde ich nach dem Habilitationsvortrag einstimmig als "Habilitiert für Geschichte der Naturwissenschaften" bezeichnet.

Eine Ernennung zum Dozenten für Geschichte der Naturwissenschaften erfolgte erst drei Jahre später. Ich habe dann noch einmal drei Jahre warten müssen, bis ich zum Professor mit Lehrauftrag ernannt wurde. Da war ich 58 Jahre alt. Zwei Jahre später berief man mich zum Professor mit Lehrstuhl für Geschichte der Naturwissenschaften, da war ich 60, und mit 65 Jahren mußte ich aus dem Lehrbetrieb ausscheiden.

Trotz dieser Behinderung ihrer Tätigkeit publizierten sie Bücher, wobei ihre Bücher über Einstein und das Buch "Bahnbrecher des Atomzeitalters" die höchsten Auflagen erreichten.

Zehn meiner Bücher sind in Fremdsprachen übersetzt worden, darunter dreimal ins Russische. Das war zu dieser Zeit ein Werturteil. Über eine Million Exemplare haben einen Leser gefunden. Dennoch war die "Obrigkeit" nicht bereit, diese Leistung in angemessener Weise zu würdigen. Auch die Akademie der Wissenschaften lehnte mich 1965 als Mitglied ab.

Was hat Sie die vielen Jahre hindurch motiviert weiterzuforschen?

Der Wahrheit immer näher zu kommen, auf allen Gebieten. Es ist so vieles Unwahres auf der Welt, nicht erst durch den Marxismus/Leninismus, der auch allerhand Verfälschungen hereinbrachte. Auch die anderen wissenschaftlichen oder pseudowissenschaftlichen Lehren haben viel verfälscht. Mir ging es darum, eine von Lügen freie, wirklich klare und richtige, wahrheitsgetreue Weltauffassung zu entwickeln, immer wieder zu vergleichen, an die Wurzeln heranzugehen und nicht einfach etwas zu übernehmen, was andere vor uns schon sagten. Ich habe meine ganzen Forschungen auf Quellenforschung gestützt, das war das Wichtigste. Dabei ergab sich, daß manches ganz anders aussieht, wenn man es von den Quellen her betrachtet, anders, als es die "weisen Lehren" für sich beansprucht haben. Viele Angriffe, die im Namen des M/L gegen manche Wissenschaftler geführt wurden, waren unbegründet und nicht genügend fachkundlich fundiert. Das Nachplappern von Beschlüssen und Parteidokumenten, das völlig unkritische Übernehmen dieser Dinge war für viele die Hauptsache.

Sie zitieren gern Einsteins Worte: "Die Wahrheit in diesen Dingen (der Erforschung der Forscherpersönlichkeit - d.A.) muß immer und immer wieder von kräftigen Naturen neu gemeißelt werden, immer entsprechend den Bedürfnissen der Zeit, für die der Bildner arbeitet." Ist der Weg zur Wahrheit eine Suche oder ein Nachweis? Gab es auch Irrtümer?

Es ist eine ununterbrochene Suche, wobei man sich auch irren kann. Man muß sich auch selbst korrigieren können.

Ich habe zum Beispiel viele Gelehrte zu Beginn überbewertet. Nietzsche habe ich als junger Mensch sehr hoch geschätzt. Später konnte ich seine Auffasungen von Wahrheit nicht mehr teilen. Ich begriff, daß sehr vieles Pathos war, glänzend geschrieben. Er war ein wunderbarer Schriftsteller, was bei den Philosophen nicht oft vorkam.

Schopenhauers bittere Erkenntnisse haben mir schon als Gymnasiast zugesagt, dabei habe ich damals nicht genügend erkannt, daß er manches zu einseitig sah. Manches von seinem "Weiberhaß" hat seine Lehren verfälscht. Mit seinen Aphorismen zur Lebensweisheit, die ich ebenfalls sehr achtete, muß man jedoch sehr vorsichtig sein. Obschon vieles sehr schätzenswert ist - vor allem sein für Philosophen ungewöhnlicher Stil - mangelt es ihm nicht an Vorurteilen.

Ich hatte schon frühzeitig eine recht breite Palette von Büchern und Denkweisen kennengelernt. Ernst Haeckel war für mich wegen seines Atheismus wichtig. Seine "Welträtsel" gehörten als Schüler zu meinem Lieblingsbuch. Heute weiß ich, daß Haeckels Materialismus ein sehr mechanischer und undialektischer war.

An meinem Weltbild, der realistisch-materialistischen Philosophie, ändert sich nichts, auch die Dialektik hat Wertvolles, selbst für naturwissenschaftliche Erkenntnisse.

Was ist für sie das Interessante an einer Forscherpersönlichkeit? Was fließt ein in dieses Bild vom Menschen?

Schon als Student habe ich mich für die Biografien bedeutender Forscher interessiert. Ich wollte wissen, wie diese Forscher zu ihren Erkenntnissen kamen, nicht nur was sie vorlegten. Ich habe über die großen Geologen, über Humboldt, Darwin und verschiedene andere große Denker und Forscher auf dem Gebiet der Naturwissen-

schaften gearbeitet und ihre Bücher gelesen, aber ich wollte wissen, wie sie zu ihren Ergebnissen kamen und warum sie an manchen Punkten gescheitert sind, warum sie viele Sachen nicht erreicht haben. Das hat mich interessiert, das suchte ich auch im Weltanschaulichen und zum Teil im Ethischen zu finden. Die burgerlichen und politischen Verhältnisse habe ich in meine Betrachtungen mit einbezogen. Ich glaube, diese Suche war durchaus richtig.

Biografie war für mich ein Zusammenfassen aller Faktoren, nicht nur der reinen Lebensdaten. Bei der Einstein-Forschung kam es zu Erkenntnissen, die über das hinaus gingen, was man von ihm wußte. Ich fand Briefe, Dokumente, aus denen hervorging, warum er zu einer bestimmten Zeit das und das machte, warum er zu bestimmten Problemen erst viel später kam.

Es ist ein Fehler, auch vieler westlicher Wissenschaftshistoriker, daß sie zu wenig Psychologen sind.

Sie erwähnten, daß ihnen Robert Havemann im Prozeß ihrer Habilitation sehr behilflich war. Zu Beginn der 60er Jahre formulierte er eine Kritik am realen Sozialismus. Wie wurde das in der Humboldt-Universität aufgenommen?

Als Havemann begann, sich mit ideologischen Fragen zu befassen, hatte er sich von Anfang an kritisch verhalten zu dieser Dogmatik, die hier gezüchtet wurde. Ich habe seinerzeit versucht, den Marxismus richtig zu verstehen, und dabei war mir Havemann sehr wertvoll, in den Anfangen. Wir haben im "SONNTAG" Artikel verfaßt. In einem Punkt war ich nicht mit ihm einverstanden. Er kannte die sozialistischen, auch klassischen Schriften, die er angriff, nicht genügend genau. Ich kannte sie genauer. In vielen seiner Ausführungen zeigte er, daß er zu oberflächlich heranging und die Fragen nicht genügend verstanden hatte. Das habe ich ihm gelegentlich auch gesagt.

1964 wurde Havemann aus der Partei ausgeschlossen, und auch an der Universität setzte eine Kampagne gegen ihn ein. War diesbezüglich ein Widerstand denkbar?

Es gab kaum eine Möglichkeit dazu. Es hätte auch nichts genutzt, die Leute, die ihm helfen wollten, waren nachher genauso machtlos wie er selbst. Ich war der Meinung, daß er manches übertrieben hatte. Er mußte wissen, daß es politisch einfach nicht geht, so wie er es wollte. Er hätte es bei seiner Autorität und bei seiner Vergangenheit anders tun konnen. Er hätte manches nicht so unmittelbar machen sollen. Auch daß er seine Schriften in Westdeutschland veröffentlichte, war taktisch nicht sehr geschickt. Er tat etwas, was ihm nur seine Tätigkeit erschwerte. Die Auffassungen, die hier gelehrt worden sind, waren zum Teil unhaltbar. Und trotzdem mußte man sehen, daß man nicht dadurch, daß man sich selbst außer Gefecht setzt, noch mehr Schaden stiftet. Das tat Havemann, sonst hätte man ihn nicht so schnell angreifen können.

Dennoch brachte Havemann Mut auf, wozu andere nicht fähig waren.

Wenn man mehr als 80 Jahre mit der "heiligen Neugier" auf der Suche nach der Wahrheit ist, wo ist man da angelangt?

Da ist man angelangt bei sehr katastrophalen Erkenntnissen, was die Menschheit betrifft. Wo bin ich denn jetzt wieder? - Bei den Zuständen, die an die Weimarer Republik erinnern! Dieses mißlungene Experiment des Sozialismus, ich weiß nicht, ob es hätte mißlingen müssen. Ich war jedenfalls der Meinung, daß der Sozialismus eine bessere Ordnung sei. Damals, als ich aus der Kriegsgefangenschaft kam, hatte ich den Sozialismus mit aufbauen wollen, und zwar ohne Spekulation auf materielle Vorteile. Das Wesentliche schien mir zu sein, daß hier eine Gesellschaft entsteht, die nicht mehr von Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg lebt. Später zeigte sich, daß das nicht der Fall war, es gab auch wieder Krieg. Das war eine herbe Enttauschung. Es war falsch, den Marxismus, wie ihn Lenin für sein Land und sein Volk modifizierte, als allgemein verbindlich anzuerkennen und auf alle Länder adaquat übertragen zu wollen. Aber auch der Kapitalismus ist ja nicht besser geworden.

Daß ihn die "Gewaltigen" der jungeren Universitätsgeschichte eher duldeten als wunschten, hat ihn nicht verbittert. Daß er auch heute "offiziell" vergessen bleibt, stimmt Prof. Herneck vielmehr traurig. Lediglich das Interdisziplinäre Institut für Wissenschaftsphilosophie und Humanontogenetik weiß die Verdienste des international anerkannten Wissenschaftshistorikers zu schätzen. Hier arbeitet man an der Herausgabe des umfangreichen Briefwechsels mit Lise Meitner, Otto Hahn, Max von Laue. Die Humboldt-Universität erklärte sich erst bereit, Hernecks Bibliothek als Nachlaß zu übernehmen, als bereits aus Amerika ein ausdrückliches Interesse bekundet wurde.

Das Gespräch führte
Heike Zappe

Ich danke Dr. Martin Koch für seine hilfreiche Unterstützung.

(aus "Humboldt-Universitat" 18-1991/92)

Harald Werner (Bremen):

Thesen zur Entwicklung selbstorganisierter Wissenschafts-Projekte in den neuen Ländern

1.

Formen selbstorganisierter Wissenschaft sind in der BRD und in Westeuropa verstärkt vom Anfang der siebziger Jahre an entstanden. Sie sind meist im Zuge der neuen sozialen Bewegungen gegründet worden und haben sich als Alternativen zur herkömmlichen Wissenschaft verstanden, weshalb sich auch der Begriff "Alternative Wissenschaft" durchgesetzt hat. Dabei haben sich in der BRD zwei verschiedene Organisationsformen herausgebildet, die sich jeweils eigene Dachorganisationen schufen. Ökologische Forschungsinstitute, zusammengeschlossen in der AGÖF und die Wissenschaftsläden der Arbeitsgemeinschaft Wissenschaftsläden (Awila). Während sich die ökologischen Forschungsinstitute verstärkt um Forschungsaufgaben aus den Bewegungen bemühten, verstanden sich die Wissenschaftsläden hauptsächlich als Mittler zwischen den Bedürfnissen einer Region oder Stadt und den Wissenschaften, ohne selbst Forschungsarbeit zu betreiben. Eine klare Trennung scheint jedoch kaum möglich.

Heute sind die Wissenschaftsläden in der alten BRD auf weniger als ein Dutzend geschrumpft, aber in zahlreichen Städten existieren Gesundheitsläden, die sich als Partner der Selbsthilfebewegung verstehen, medizinische Aufklärung betreiben und dem alternativen Ansatz treu geblieben sind. Die ökologischen Forschungsinstitute haben sich weitgehend etabliert und auch kommerzialisiert. Nach Angaben der AGÖF haben sie zusammen etwa 700 Beschäftigte. Gleichzeitig existieren jedoch ungezählte Einrichtungen in den Bereichen Weiterbildung, soziale Prävention, Stadtsanierung etc., die empirisch nicht erfaßt sind. Ihre Existenzgrundlage wird überwiegend durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen gesichert und nur wenige Institute wie das Freiburger Öko-Institut tragen sich aus eingeworbenen Forschungsmitteln oder speziellen Aufträgen aus Politik und Bewegungen.

2.

Insgesamt kann die Entwicklung so eingeschätzt werden, daß sich die Bewegung etabliert hat und gleichzeitig ihren Bewegungscharakter verlor. Der Anspruch alternativer Wissenschaft wird beibehalten, aber die Gegenstände und das Methodenverständnis haben Eingang in das traditionelle Wissenschaftssystem gefunden, so daß als Besonderheit nur die Organisationsform geblieben ist. Warscheinlich entspricht sie einer Tendenz, die auch in anderen Bereichen beobachtbar ist, so etwa bei der Gründung von Technologieparks. Die heutigen vielfältig miteinander verbundenen Umbruch- und Modernisierungsprozesse begünstigen die Ausdifferenzierung qualifizierter Dienstleistungen und bringen eine neue Selbständigengruppe hervor, die überwiegend wissenschaftlich qualifiziert ist. Ob diese Tendenz erfolgreich für die Modernisierungsprozesse ist, vermag zur Zeit niemand zu sagen. Hier, wie in anderen Entwicklungen dieser Art, spielen ideologische Stimuli eine entscheidende Rolle, so daß sich erst nach einer gewissen Zeit herausstellen wird, ob die Tendenz objektiver Notwendigkeit entspricht.

3.

Der Umbau des Wissenschaftssystems in den neuen Ländern ist von einer kaum zu überbietenden Spontaneität und Planlosigkeit gekennzeichnet, in dem die Verknappung der Haushaltsmittel und der Wille zum Zerschlagen des alten Wissenschaftssystems die einzig verläßlichen Parameter sind. In dieser für das Wissenschaftssystem und für die WissenschaftlerInnen katastrophalen Situation ist die Entwicklung selbstorganisierter Wissenschaftsprojekte wenig mehr als Selbsthilfe. Es ist eine von niemandem gezählte Gruppe von Projekten entstanden, die sich fast ausschließlich auf ABM-Mittel stützt. Der wissenschaftliche Gegenstand wird in erster Linie in einem Wechselspiel zwischen der hilflosen Arbeitsverwaltung und der marktorientierten Suchbewegung der Antragsteller gefunden, die, wenn sie tatsächlich ihren Bewilligungsbescheid haben, Wochen und Monate damit beschäftigt sind, ihre Administration zu entwickeln und ihre Aufgabe neu zu definieren. Wahrscheinlich wird die Mehrzahl der Projekte beendet, ohne daß wissenschaftlich bedeutsame Ergebnisse produziert wurden.

4.

Im Unterschied zur selbstorganisierten Wissenschaft in der alten BRD finden sich in den Projekten der neuen Länder zahlreiche WissenschaftlerInnen mit hoher Qualifikation, internationaler Bekanntheit und Erfahrungen in einem geschlossenen Wissenschaftssystem. Sie haben sich weder aus Begeisterung für selbstorganisierte Projekte an diese Grundertätigkeit gemacht, noch verfügen sie über die dafür notwendige Motivation und Kompetenz. Ihnen ist weder die in den neuen sozialen Bewegungen des Westens entstandene Verbindung von Politik, Öffentlichkeitsarbeit und wissenschaftlicher Tätigkeit vertraut, noch die so erzwungene Flexibilität. Existenzangst und Verunsicherung tun ein übriges, um die Labilität der Projekte zu erhöhen. Auch darf nicht vergessen werden, daß die Akteure des alternativen Wissenschaftssektors in der alten BRD überwiegend Berufsanfänger waren, kaum durch Familien und diverse gewachsene Verpflichtungen gebunden waren und sich von daher probeweise auf eine höchst unsichere Existenz einlassen konnten.

5.

Trotz dieser insgesamt verheerenden Ausgangssituation beginnt sich ein Verständnis alternativer Wissenschaft herauszubilden. Die gesellschaftlichen Umbruchprozesse sind von einer solchen Gewalt, daß sich der Wissenschaft zahlreiche Fragen stellen, die in einem regulären Studien- und Forschungsprozeß sehr viel langsamer aufgegriffen werden. Deshalb besteht durchaus Grund zu der Annahme, daß sich einige Projekte als höchst produktiv für die wissenschaftliche Diskussion und warscheinlich auch für die Verbindung von Wissenschaft und Politik erweisen werden. Da die WissenschaftlerInnen in diesen Projekten selbst betroffen sind, meist auch das Bedürfnis stark ist, den gegenwärtigen Prozeß wissenschaftlich zu begreifen, kann sich hier und da eine Arbeitsatmosphäre entwik-

keln, in der das wissenschaftliche Interesse über die reine Beschäftigungssicherung hinausgeht

6.

Ein weiterer Grund für die Hoffnung auf eine produktive Entwicklung der selbstorganisierten Projekte ist die tiefe Verunsicherung in Bezug auf die bisherige wissenschaftliche Arbeit. Wer in dieser Situation nicht resigniert, wird durch die Fortsetzung seiner wissenschaftlichen Tätigkeit in einen ausgesprochen dynamischen Prozeß geworfen, der mit der Aneignung vieler neuer theoretischer Ansätze verbunden ist. Die insgesamt offene Situation wird dazu führen, daß diese Ansätze mit völlig neuen Augen gesehen werden, als dies im Westen der Fall war und ist. Eine wissenschaftliche Aussage anderer wird im eigenen Denken umso mehr verändert, je mehr sie auf eine andere Situation stoßt. Ein Teil der Projekte wird von daher ein neues Verständnis alternativer Wissenschaft entwickeln.

7.

Ein produktiver Prozeß wird im entscheidenden Maße von der Fähigkeit der Betroffenen abhängen, ihre eigene Vernetzung zu organisieren, Zugänge zur Politik und zu den Bewegungen zu finden und in den gesellschaftlichen Diskurs in den neuen Ländern einzugreifen.

8.

Alle positiven Verlaufsmöglichkeiten sind an die Bedingung geknüpft, daß die Projekte über eine nach Jahren und nicht nur nach Monaten rechnende Finanzierungsbasis verfügen.

Harald Werner, Dr., arbeitet als Sozialwissenschaftler in Bremen

Universität Rostock: Zwischenbilanz zur Jahresmitte

Nach vielen Stürmen, die in letzter Zeit die Universität Rostock beutelten, kommt das Sommersemester 1992 - so der Rektor Prof. Dr. Gerhard Maeß auf dem 10. außerordentlichen Konzil (am 16. Juli 1992) - "nun doch zu einem vernünftigen Abschluß. Die Alma mater konnte ihr universitäres Fächerspektrum wahren und - denkt man an die Wiedereröffnung der Juristenfakultät, an die erfolgte bzw. bevorstehende Wiedergründung der Institute für Altertumswissenschaften und für Romanistik sowie an die Eingliederung der ehemaligen Hochschulen Güstrow und Warnemünde/Wustrow - sogar erweitert. Die Kämpfe um die zeitweilig in ihrer Existenz bedrohten Fakultäten (Medizin und Technik) haben viel Kraft gekostet und sind im Falle der Agrarwissenschaftlichen Fakultät, der Hochschulfremdsprachenausbildung und des Studentensports auch noch nicht ganz ausgestanden, aber der Fortbestand nicht nur der Universität Rostock, sondern auch der Universität Greifswald in Mecklenburg-Vorpommern kann nunmehr als gesichert angesehen werden."

Neben dieser - zugegebenermaßen bescheidenen, aber immerhin positiven - Semesterbilanz widerspiegelten sich auf dem Konzil ungleich stärker die mittlerweile allseits bekannten Probleme der Personalreduzierung von ehemals rund 4000 Mitarbeitern (einschließlich Güstrow, Warnemünde/Wustrow und des ehemaligen Instituts für Lehrerbildung Rostock-Lichtenhagen) auf rund 1500 ab 1. Oktober 1992, denn von den 1784 vom Landeskultusministerium bewilligten Stellen sind mehr als 200 vorläufig gesperrt, wobei das Ringen um die "Entsperrung" in erster Linie mit dem Finanzministerium ausgetragen werden muß.

Die Medizinische Fakultät, die mit den eben genannten Planstellen nicht erfaßt ist, muß ihr Personal auf 85 Prozent reduzieren, was mit einer Verringerung der Bettenkapazität in den Kliniken verbunden sein wird. Sofern dafür im kommunalen Gesundheitswesen die Zahl der Krankenbetten in gleichem Maße steigt, wäre die Versorgung der Patienten dennoch gewährleistet. Doch die Sorge der Mediziner ist es, daß der vorgeschriebene Abbau in den Universitätskliniken schneller vonstatten gehen muß als die Aufstokkung im kommunalen Gesundheitswesen.

Trotz der mit dem Personalabbau einhergehenden Verunsicherung der Universitätsmitarbeiter verzeichnet die Universität Rostock eine zunehmende Zahl von Studienbewerbern und Forschungsvorgängen. So teilte Prorektor Prof. Dr. Hans Kelling mit, daß sich für das kommende Wintersemester 1992/93 bereits rund 1800 Abiturienten um einen Studienplatz in Rostock beworben haben, und mit rund 300 weiteren Studienanfängern rechnet die Universität durch die Zentrale Zuweisungstelle Dortmund für die limitierten Fächer Medizin, Zahnmedizin und Biologie.

Obwohl schon viele Hochschullehrer die Universität Rostock aus den unterschiedlichsten Gründen verlassen haben, hat sich bis jetzt die Studienzeit noch nicht verlängert. Insbesondere bei den inhaltlich neugestalteten Studiengängen, man denke z B an den geisteswissenschaftlichen Bereich, gehört das auf jeden Fall zur Positivbilanz des zu Ende gehenden Semesters. In Gefahr geraten kann dieser Sachverhalt allerdings, wenn die schon freien oder noch frei werdenden Hochschullehrerstellen nicht rechtzeitig besetzt werden können. "Das schwierigste Jahr steht uns deshalb jetzt bevor", sagte Prof. Kelling. 40 Prozent der Hochschullehrer wurden nicht übergeleitet, d h., sie wurden aus fachlichen Gründen "ausgemustert", und neue stehen weder in ausreichender Zahl noch mit der geforderten Qualifikation zur Verfügung. Man wird also stark auf Stellvertretungen, auf die Vergabe von Lehraufträgen und auf Gast-lehrkräfte angewiesen sein. Eine leichte Entspannung ist erst in zwei bis drei Jahren in Sicht, zumal dann auch die auslaufenden Studiengänge von Güstrow und Warnemün-de/Wustrow abgeschlossen sein werden.

Arbeit der Ehrenkommission

Stellvertretend für den Vorsitzenden der Ehrenkommission, Erik Voermanek, berichtete Prof. Dr. Hans-Dieter Rösler über die bisher geleistete Arbeit dieser Kommission. Er wies noch einmal darauf hin, daß die Ehrenkommission auf der Grundlage des Hochschulerneuerungsgesetzes arbeitet, ausschließlich Empfehlungen ausspricht und keine strafrechtlichen Entscheidungen fällt.

Bis zum 15. Juli 1992 wurden insgesamt 2255 Ehrenverfahren durchgeführt. Dabei wurde in 1871 Fällen kein Fehlverhalten festgestellt. Bei 140 Universitätsangehörigen empfahl die Ehrenkommission wegen geringfügigen Fehlverhaltens keine Maßnahme. Bei 76 Mitarbeitern empfahl sie eine Mißbilligung. Für 69 Mitarbeiter wurde empfohlen, daß sie zeitweilig kein Amt in der akademischen Selbstverwaltung ausuben sollen; bei 27 Mitarbeitern lautete die Empfehlung auf dauerhafte Aberkennung der Mitarbeit in der akademischen Selbstverwaltung. In 35 Fällen wurde empfohlen, daß die betreffenden Mitarbeiter eine andere Tatigkeit innerhalb der Universität aufnehmen sollen. In 27 Fällen wurde die Kündigung und in 10 Fällen die außerordentliche (fristlose) Kündigung empfohlen.

Damit hat die Ehrenkommission für nahezu die Hälfte der Universitätsmitarbeiter die Ehrenverfahren abgeschlossen.

In tabellarischer Form sind die Ehrenverfahren wie folgt ausgewiesen:

I (kein Fehlverhalten)	1871
II (Fehlverhalten, keine Maßnahme)	140
III (Fehlverhalten, Mißbilligung)	76
IV (Fehlverhalten, zeitweilige Aberkennung)	69
V (Fehlverhalten, dauernde Aberkennung)	27
VI (Fehlverhalten, Änderung des Arbeitsverhältnisses)	35
VII (Fehlverhalten, Kündigung)	27
VIII (Fehlverhalten, außerordentliche Kündigung)	10

Editha Wachholz / Karl-Heinz Kutz (Rostock)

Keine Kunsthochschule in Mecklenburg-Vorpommern

"Die Studenten des Instituts für Musik und Theater haben Vertrauensschutz, wir müssen ihnen also Möglichkeiten zur Beendigung des Studiums aufzeigen", sagte Kultusministerin Steffie Schnoor heute in Rostock vor der Presse, "ich habe meine Vorstellungen dazu heute den Studenten erläutert und hoffe, daß damit trotz allem eine für alle einigermaßen verträgliche Lösung gefunden wurde." Zur Umsetzung der Vorschläge muß eine Rechtsverordnung erstellt werden. Diese ist von der Bestätigung durch das Kabinett abhängig.

Die Landesregierung hatte vor einer Woche beschlossen, keine künstlerische Hochschule im Lande einzurichten. Damit wird auch die Ausbildung am Institut für Musik und Theater mit zur Zeit noch 150 Studenten auslaufen.

"Meine Vorstellung ist, das auslaufende Institut für Musik und Theater zum neuen Studienjahr in die Universität Rostock zu integrieren", erläuterte die Ministerin, "die Universität hat bereits Zustimmung dazu signalisiert." Der Studienbereich Schwerin muß umgehend geschlossen werden. "Ich bemühe mich aber, daß die Studenten möglichst den Hauptfachunterricht weiterhin in Schwerin nehmen können", so die Ministerin.

Die Ausbildung der Schulmusiker wird weiterhin vom Institut für Musikwissenschaft an der Universität Rostock getragen. Hierzu wird aus dem ursprünglich für die künstlerische Hochschule vorgesehenen Stellenkontingent ein Teil abgezweigt und der Universität zur Neubesetzung bzw. Übernahme zugewiesen.

Für die reine Musikausbildung und für den Studienbereich Schauspiel werden befristete Stellen geschaffen, die spätestens zum Sommersemester 1995 auslaufen und auf die sich die Institutsmitarbeiter bewerben können. Eine Grobstrukturierung des für die auslaufende Ausbildung qualitativ und quantitativ notwendigen Personals wurde mit dem Leiter des Instituts für Musik und Theater und dem Leiter des Studienbereichs Schauspiel bereits entwickelt. "Zur Stellenbesetzung wird in den nachsten Tagen eine unabhängige Personalkommission eingesetzt", erläuterte die Ministerin, "die notwendigen Sachmittel müssen dann mit einer Nachschiebeliste im Haushalt 1993 bereitgestellt werden."

"Ich habe mich bemuht, mit diesem Konzept trotz allem den Studenten einen hochwertigen Abschluß zu ermöglichen und auch einem Teil der Mitarbeiter eine, wenn auch befristete, Beschäftigung zu sichern", sagte die Ministerin. "Auch wenn das für die jetzigen Studenten und Mitarbeiter kein Trost mehr sein wird, so hoffe ich dennoch, daß in absehbarer Zeit der Landeshaushalt sich etwas konsolidiert hat und damit die Diskussion um eine künstlerische Hochschule noch einmal aufgenommen werden kann."

(PI des Kultusministeriums Mecklenburg-Vorpommern vom 27.7.92)

OP ohne Betäubung
Wie aus zwei Patienten einer wird

Symptome

Nach der Vereinigung gibt es zwei Veterinärmedizinische Fakultäten im Lande Berlin - eine zuviel in Anbetracht der ohnehin großen Zahl der arbeitslosen Tierärzte (etwa 20 %) und der ungebrochenen Attraktivität dieses Berufes, der bei Frauen sogar an erster Stelle steht.

Diagnose

Zur Kur wurde empfohlen, die gesamtberliner Immatrikulationszahlen von 350 auf 200 zurückzuschrauben. Weiterhin riet der Wissenschaftsrat dem Senat, die neue Fakultät unter dem Dach der Humboldt-Universität zu installieren, das Gelände in Dahlem bliebe und erhielte ein neues Türschild. Dies nicht nur "zur psychologischen Beruhigung der Humboldt-Universität", sondern wegen des "besseren Forschungsprofils" und "günstigeren Varianten der Lehre". Darunter fällt das allgemeine Ostspezifikum der kleineren Studentenzahlen pro Dozent, sowie als tierärztliche Besonderheit die Diplomarbeit als Grundlage der wissenschaftlichen Forschung, von jedem Studenten am Abschluß seines Studiums gefordert (und jetzt auf dem Deutschen Tierärztetag in Mainz als Vorschlag zur Studienreform mit aufgenommen).

Therapie

Senator Ehrhardt verspricht die Umsetzung des Verschlags. Er läßt ein Gesetz erarbeiten, das schließlich im 10. Entwurf die Besitzstandswahrung aller Mitarbeiter zu annehmbaren Konditionen organisiert. Die veterinärmedizinische Fakultät an der HUB scheint gesichert, der Plan wird an der HUB entsprechend (wohl als Ausnahmefall) gefeiert, von der FU als besonders schmerzlich empfunden.

Krankheitsbericht FU

Asbestalarm! Am 1. August 1990 mußten wegen gefährlicher Asbestbelastung innerhalb von zwei Stunden die Gebäude der FU-Veterinärmedizin geräumt werden. Langzeituntersuchungen mußten abgebrochen werden, wissenschaftliche Literaturkarteien wurden mitentsorgt, und vor allem konnte der ordnungsgemäße Studienbetrieb für das kommende WS 90/91 nicht gewährleistet werden. So kamen schon vor der offiziellen Vereinigung von DDR und Alt-Bundesrepublik Gedanken an eine mögliche Zusammenlegung mit dem entsprechenden Fachbereich der Humboldt-Uni auf. Die Lehrveranstaltungen wurden in Kellern erteilt, man wartete auf Geld für den beschleunigten Ausbau der Tierklinik Dahlem-Düppel als neue Heimstatt und gespannt auf die Entscheidungen des Wissenschaftsrates. Im Mai 1991 sollte dieser endgültig bestätigen, daß man den angehenden Westveterinären unmöglich "Ostbedingungen" zumuten könne. Der angesehene Wissenschaftsrat besuchte als beide Fachbereiche und entschied: An der Humboldt-Universität wird unter schlechteren Bedingungen die bessere Forschung betrieben.

Das war die Höhe! Obwohl die Raumprobleme und Provisorien kaum zu ertragen waren, war man sich einige - niemals diese Ostlösung. Man war beleidigt, fühlte sich als "Opfer der Einheit" und verstieg sich wütend in eine unsachliche Gegenoffensive: Die Tiermedizin gehöre zu den politisch besonders belasteten Bereichen und die Veterinäre der HUB seien fachlich jedem Zweifel unterliegende Wesen.

Es wurden Resolutionen verabschiedet, die den Standort Düppel sichern und alle Entscheidungen von einer umfassenden Überprüfung der Ostlehrenden abhängig machen sollte.

Bis Weihnachten 1991 demonstrierten die FU-Kommilitonen lautstark ihre Abneigung gegen die östlichen Kollegen und in trauter Zweisamkeit mit ihren Profs portestierten und protestierten - und (nach Humboldt-Erfahrungen kaum faßbar) hatten beim politischen Senat Erfolg.

Rückfall

Eine Woche vor der Kommunalwahl bestellt der Senat die Dekane beider Fakultäten zu einer inoffiziellen Sitzung, auf der als möglich angedeutet wird, was dann ab Juli als per Gesetz beschlossen gilt. Künftig werden Tierärzte an der FU ausgebildet, die Lehre an der HUB "läuft aus" mit dem '92 immatrikulierten Jahrgang. Der offiziellen Erklärung dazu haftet ein leichter Geruch an - im Wortessinne: Tiermedizin stehe einer Stadt in ihrem Zentrum nicht gut zu Gesicht (wer riecht schon gern Kuh, wenn es mittags vom Turme schallt) und der Stadtverkehr sei den Vierbeinern nicht zumutbar.

Die Veterinäre der HUB betrachten aber laut Professor Hartmann von der Pathologie ihre zentrale Lage und Nähe zur Charité als Standortvorteil, wegen vergleichbarer Forschung. "Die Entwicklung von Methoden der Herz-, Leber- und Lungentransplantation z.B. bedarf der Mitarbeit von Borstenvieh. In Bezug auf die physiologischen Funktionen sind Schweine und Menschen nun einmal ausgesprochen ähnlich." (*Neues Deutschland* vom 26.6.1990)

Der weitaus einleuchtendere Grund scheint das Vorhandensein von 10 ha (!) äußerst attraktivem Bauland in Nähe Friedrichstraße zu sein, die nutzen zu wollen dem "Senator der Platznot" nicht zu verdenken ist.

juliane und lotte (Berlin)

(aus "UnAUFGEFORDERT", Studentenzeitung der HUB, 39/1992)

Hinrich Enderlein:
"Brandenburg setzt mit Erfolg auf eine differenzierte Hochschullandschaft"

Die Grundlage für die Neuordnung des Hochschulwesens in Brandenburg bildet das im Mai 1991 einmütig - bei einer Enthaltung - vom Landtag beschlossen Brandenburgische Hochschulgesetz. Es ist das erste vollständige Hochschulgesetz in den ostdeutschen Bundesländern.

Das Gesetz sichert, als notwendige Voraussetzung für Neugründungen und Ausbauentscheidungen, in wesentlichen Bereichen die Anpassung des Landesrechts an das Hochschulrahmengesetz des Bundes (HRG). Im Rahmen des durch das Bundesgesetz eröffneten Spielraums werden hochschulpolitische Akzente gesetzt, die Anregungen für andere Länder in Ost- und Westdeutschland geben können. Als ein Beispiel ist die in diesem Umfang in keinem west- oder ostdeutschen Bundesland bestehende Freiheit der Hochschulen zu erwähnen, zwischen vier verschiedenen Leitungsverfassungen zu wählen - einer Rektor- oder Rektoratsverfassung, einer Präsidenten- oder einer kollegialen Präsidialverfassung. In diesen Zusammenhang sind auch die Regelungen des Brandenburgischen Hochschulgesetzes zu stellen, nach denen die Hochschulen selbst entscheiden, ob sie unterhalb der Ebene der zentralen Hochschulorgane Fakultäten oder Fachbereiche bilden wollen. Soweit dies rechtlich, auch nach dem HRG, zulässig ist, sind die Aufsichtsbefugnisse des Staates durch das Brandenburgische Hochschulgesetz ganz allgemein stark reduziert worden. Das Gesetz weist eine geringe Regelungsdichte auf - es ist das kürzeste Hochschulgesetz in Deutschland.

Durch das Brandenburgische Hochschulgesetz ist, um ein weiteres Beispiel für überregional vorbildliche Regelungen anzuführen, die Stellung der neuen Fachhochschulen gestärkt worden. Das gilt für die Aufgaben der Fachhochschulen in der angewandten Forschung, für die Ausstattung der Fachhochschulen mit wissenschaftlichen Mitarbeitern und für den verbesserten Zugang von Fachhochschulabsolventen zur Promotion.

Ein Jahr nach der Errichtung der drei brandenburgischen Universitäten stellte Minister Enderlein mit großer Befriedigung fest, daß die damals eingeleiteten Gründungsmaßnahmen außerordentlich erfolgreich waren und daß insbesondere die Gründungsorgane (Gründungsrektoren, Gründungssenate, Senatskommissionen) zügig, effizient und kompetent gewirkt haben, zumal die Gründungssenateder drei Universitäten ihre Denkschriften zur Struktur und zu den Aufbauplänen der Hochschulen binnen Jahresfrist vorlegen konnten. Der Minister zeigte sich wegen der Qualität der Denkschriften in bezug auf die Aufnahme der TU Cottbus und der Europa-Universität Frankfurt/Oder in das Hochschulverzeichnis zuversichtlich. Zur Bedeutung dieses Vorgangs erklärte der Minister, daß das Hochschulverzeichnis die Maßnahmen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe "Hochschulbau" - konkret bedeutet das die Kostenteilung zwischen Bund und Land - erfaßt. Er wies darauf hin, daß die Universität Potsdam schon in das Vorläufige Hochschulverzeichnis aufgenommen wurde und daß der Wissenschaftsrat beschlossen hat, zur Vorbereitung der Aufnahme der TU Cottbus und der Frankfurter Universität in das Hochschulverzeichnis eine Arbeitsgruppe einzusetzen.

Zur geleisteten Aufbauarbeit in Zahlen einige Daten: Bisher wurden annähernd 200 Professuren ausgeschrieben, von den Berufungskommissionen war eine Zahl von nahezu 5.000 Bewerbungen zu bearbeiten, an der Uni Potsdam studieren zur Zeit bereits über 6.000 Studenten - die Bewerbernachfrage für das Wintersemester 1992/93 deutet auf einen weiteren Anstieg hin; die TU Cottbus erwartet mehr als 1.000 Erstsemester und die Europa-Universität Frankfurt/Oder zieht nicht in Zweifel, daß ihre 600 Anfängerplätze - darunter 30 % für polnische Studenten - voll ausgeschöpft werden.

Die neuen Universitäten werden mit unterschiedlichen Schwerpunkten versehen, die ihnen jeweils eine spezifischen Charakter verleihen. Für die Universität Potsdam werden profilbestimmend sein:
- die Zusammenarbeit mit den in Potsdam vorhandenen außeruniversitären natur- und geisteswissenschaftlichen Forschungseinrichtungen in Forschung und Lehre,
- die Lehrerausbildung für das Land Brandenburg nach einem eigenen Modell, das der Ausbildung für das Lehramt neue Wege weisen und Berufsfeldfähigkeit der Absolventen erweitern wird,
- eine die Fächerisolierung aufbrechende Zusammenarbeit von Fakultäten und Fächern bei der Erfullung von Querschnittsaufgaben.

Die Aufbauvorstellungen sehen fünf Fakultaten (Juristische, Philosophische I und II, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche, Mathematisch-Naturwissenschaftliche), 250 Professoren, 650 wissenschaftliche Mitarbeiter und 13.000 Studenten vor. Damit entsteht in Potsdam eine Universität, die sich aufgrund ihres fachlichen Profils und als Alternative zur Massenuniversität neben den großen Berliner Universitäten behaupten wird.

Die Gründungskonzepte der Technischen Universität Cottbus und der Europa-Universität Frankfurt/Oder sind ebenfalls überzeugend. Mit der TU Cottbus (Fakultät Mathematik, Naturwissenschaften und Informatik, Fakultät Architektur und Bauingenieurwesen, Fakultät Maschinenwesen, Elektrotechnik und Produktionstechnik, Fakultät Umweltwissenschaften, Fakultät Philosophie und Sozialwissenschaften, 133 Professoren, 435 wissenschaftliche Mitarbeiter, 7500 Studenten) entsteht eine in Forschung und Lehre efffizienzbetonte, den Interessen des Landes auf ingenieurwissenschaftlichem Gebiet entsprechende technische Hochschule. Die Europa-Universität Frankfurt/Oder (Juristische Fakultät, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Kulturwissenschaftliche Fakultät, 48 Professoren, 110 wissenschaftliche Mitarbeiter, 4500 Studenten) hat aufgrund der internationalen Schwerpunktsetzung gute Aussichten, eine über die Landesgrenzen hinausgehende Attraktivität fur Studenten, Graduierte und Wissenschaftler zu erlangen.

Auch die vom Land fortgeführte Hochschule für Film und Fernsehen in Potsdam hat als künstlerische Hochschule mit unikalem Charakter gute Aussichten, eine anerkannten Platz in der deutschen Hochschullandschaft einzunehmen. Der Wissenschaftsrat hat sich von der Tragfähigkeit des Entwicklungskonzepts überzeugt.

Die Gründungsmodelle der neuen Univer-

sitäten sind von Leitideen geformt, die ihnen den Charakter von Reformuniversitäten verleihen. Die Abkehr von der Massenuniversität, das Bemühen um die Studierbarkeit der Fächer innerhalb der Regelstudienzeit, der die interdisziplinäre Kooperation fördernde Fakultätsaufbau und die Betonung von Binnendifferenzierung der Studiengänge sind Belege hierfür. Die brandenburgischen Universitäten beschreiten neue Wege der Hochschulentwicklung. Die bestehenden Ansätze sind geeignet, die Diskussion über die Hochschulentwicklung in Deutschland positiv zu beeinflussen.

Neue Fachhochschulen werden künftig in der Stadt Brandenburg, in Potsdam, Wildau, Eberswalde und an dem Doppelstandort Senftenberg/Cottbus Bewerbern aus Brandenburg und aus anderen Ländern zur Verfügung stehen. Damit sind etwa ein Drittel der neuen Fachhochschulen in Ostdeutschland im Land Brandenburg gegründet worden.

Zu diesen auch überregional herausragenden Aufbauleistungen im Hochschulwesen kommt der Asubau der außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Brandenburg.

Gestützt auf die Empfehlungen des Wissenschaftsrates wurden u. a. eine neue geowissenschaftliche Großforschungseinrichtung auf dem Telegraphenberg in Potsdam und die Forschungsstelle Zeuthen des Deutschen Elektronen-Synchrotrons (DESY) Hamburg/Zeuthen - ebenfalls eine Großforschungseinrichtung - gegründet, deren Kosten zu 90 % vom Bund und zu 10 % vom Land getragen werden. Als Institute der Blauen Liste, bei denen sich Bund und Land die Kosten teilen, sind das Deutsche Institut für Ernährungsforschung in Potsdam-Rehbrücke, das Astrophysikalische Institut Potsdam und das Institut für Klimafolgenforschung auf dem Telegraphenberg in Potsdam, das Institut für Halbleiterphysik in Frankfurt/Oder und das Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung, das Forschungszentrum für Agrarlandschaftsforschung und Agrarlandschaftsgestaltung Müncheberg/Eberswalde, das Institut für Gemüse und Zierpflanzen Großbeeren/Erfurt und das Institut für Agrartechnik Potsdam-Bornim errichtet worden. Ergänzt werden diese Forschungskapazitäten u. a. durch das Institut für angewandte Polymerforschung der Fraunhofer-Gesellschaft in Teltow und durch die vorgesehene Errichtung des Max-Planck-Instituts für Kolloid- und Grenzflächenforschung. Vor allem die Einrichtungen der Fraunhofer-Gesellschaft - neben dem bereits genannten Institut für angewandte Polymerforschung noch die beiden Außenstellen für Polymerverbunde und Biochemische Ökotoxikologie - streben eine enge Kooperation mit der örtlichen Industrie an; sie haben deshalb besondere Bedeutung für den regionalen wirtschaftlichen Aufbau.

Der Anteil Brandenburgs an den Forschungseinrichtungen in Ostdeutschland ist nach dieser Neuordnung auf über 18 % angewachsen. Er weist damit im Vergleich zu allen anderen ostdeutschen Ländern die höchste Steigerungsrate auf.

Die in Potsdam auf dem Telegraphenberg errichteten Forschungseinrichtungen werden, unter Einbeziehung der Universität Potsdam, im "Wissenschaftspark Albert Einstein" zusammenarbeiten. Auf diese Weise werden die Wissenschaftsinstitutionen bei der Nutzung gemeinsamer Einrichtungen und, soweit dies zweckmäßig erscheint, auch bei der Durchführung von Projekten in Forschung und Lehre verbunden werden können.

(nach Pressemitteilungen des Brandenburgischen Wissenschaftsministeriums)

Forschungsverbund Berlin e.V.
Ein neuer administrativer Modellansatz zur institutionellen Forschungsförderung

Am 21. November 1991 gegründet, arbeitet seit 1. Januar 1992 der Forschungsverbund Berlin e.V. Er umfaßt acht naturwissenschaftliche Forschungseinrichtungen, die nach Evaluierung der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR durch den Wissenschaftsrat zur Förderung nach dem Modell der Blauen Liste in Berlin empfohlen wurden. Eine Gemeinsame Verwaltung mit Sitz im Wissenschaftsforum am Gendarmenmarkt übernimmt wichtige Management-, Service- und Beratungsaufgaben für die vom wissenschaftlichen Profil her sehr unterschiedlichen neuen Forschungseinrichtungen. Den Schwerpunkt ihrer Arbeit bilden die Ressorts Personal, Finanzen, Recht und Einkauf. Zusätzlich will das Team Beratungsaufgaben wahrnehmen und außerdem Konferenzmanagement, Patentbearbeitung, Technologietransfer, Drittmittelverwaltung, Nachwuchsförderung, Weiterbildung und Öffentlichkeitsarbeit anbieten.

Die wissenschaftliche Autonomie der Institute wird im Forschungsverbund gewahrt und gestützt. Eine leistungsfähige Verwaltung begünstigt eine leistungsfähige Forschung. Die Vorbehalte gegen eine gemeinsame Verwaltung - manchen an die alten *Zentralen Leitungsorgane* (ZLO) der AdW erinnernd - konnten bereits zu einem beträchtlichen Teil abgebaut werden. Wesentlich dafür ist die praktisch nachvollziehbare Einsicht, daß diese Gemeinsame Verwaltung das leistet, was jedes einzelne Institut nur schwer zu leisten in der Lage ist bzw. aufgrund der Stellenausstattung nicht leisten kann. Das wesentliche Problem reduziert sich dabei auf das Verhältnis von zentraler und dezentraler Verwaltung. Beides hat Vor- und auch Nachteile.

Sinnvoll ist vor allem, gemeinsam für alle Institute anfallende Verwaltungstätigkeiten auch gemeinsam zu erledigen. Das betrifft die Bereiche Personalverwaltung, Finanzverwaltung, Einkauf, Allgemeine Dienste. Sinnvoll ist weiter, den Verbund nach außen und innen zu stärken durch einen Service- und Managementbereich, wie z. B. in Fragen der Rechtsberatung, des Patentwesens, der Öffentlichkeitsarbeit, der Planung und Organisation, im Baubereich usw. Indem die Verwaltung durch das institutionalisierte Modell auch für jedes Institut billiger und stabiler ist, werden Freiräume für mehr Wissenschaft geschaffen. Die vielen Probleme, die auf andere Institute der Blauen Liste in den ostdeutschen Ländern einstürm(t)en, sind in den Berliner Instituten erst gar nicht aufgetreten. Der fehlenden "Bürgernähe" einer Gemeinsamen Verwaltung wird versucht durch ein System von Institutsbeauftragten entgegenzuwirken. Schließlich existiert natürlich in jedem Institut auch eine "Vor-Ort-Verwaltung", die die speziellen administrativen Aufgaben des Instituts, die unbedingt dort bearbeitet werden müssen, erledigt.

Mit seiner vereinsrechtlichen Stellung spiegelt der Forschungsverbund nicht schlechthin eine praktikable Organisationsform wider. Vielmehr versteht er sich als neuer administrativer Modellansatz zur institutionellen Forschungsförderung. Das Finanzvolumen des Forschungsverbundes Berlin umfaßt für 1992 einschließlich Investitionen rund 98 Millionen Mark.

Die neuartige Trägerorganisation ist zunächst auf fünf Jahre begrenzt. Dann werden die Institute erneut evaluiert und Entscheidungen über ihren Fortbestand getroffen.

Die Gründung des Forschungsverbundes Berlin e.V. erfolgte am 21.11.1991

Gründungsmitglieder:

Der Bundesminister für Forschung und Technologie

Der Senator für Wissenschaft und Forschung des Landes Berlin

Die Vorsitzenden der Gründungskomitees

Sprecher des Vorstandes:
Prof. Dr. Erich Gornik
Prof. Dr. Peter Mauersberger

Geschäftsführer:
Falk Fabich

Forschungsinstitut für Molekulare Pharmakologie

bisherige Forschungsschwerpunkte
- o Adaptions- und Suchtforschung
- o Peptidforschung
- o Medizinische Chemie

Alfred Kowalke-Str. 4
O-1136 Berlin
Tel.: 516 3290
Fax.: 512 8014
Gründungsbeauftragter:
Prof. Dr. Franz Hofmann

Institut für Angewandte Analysis und Stochastik

Forschungsschwerpunkte
- o Partielle Differentialgleichungen
- o Wissenschaftliches Rechnen
- o Stochastische Analysis
- o Integralgleichungen, Gewöhnliche Differentialgleichungen
- o Stochastische Systeme mit Wechselwirkung

Mohrenstr. 39
O-1086 Berlin
Tel.: 203 77 596
Fax.: 2004 975
Gründungsbeauftragter:
Dr. Andreas Reich

Adressen der Institute im Kurzporträt

Institut für Gewässerökologie und Binnenfischerei

Forschungsschwerpunkte
- o Struktur und Dynamik aquatischer Ökosysteme
- o Limnologie von Flußseen und geschichteten Seen
- o Biologie und Ökologie der Fische; Fischzucht, Fischpathologie

Müggelseedamm 310
O-1162 Berlin
Tel.: 645 2803
Fax.: 645 2803
Direktor:
Prof. Dr. Peter Mauersberger

Paul-Drude-Institut für Festkörperelektronik

Forschungsschwerpunkte
- o Herstellung dimensionsreduzierter halbleitender Strukturen
- o Elektrische und optische Charakterisierung
- o Untersuchung phononischer und elektrischer Elementaranregungen
- o Elektrische Transportuntersuchungen in diesen Strukturen

Hausvogteiplatz 5-7
O-1086 Berlin
Tel.: 203 77 0
Fax.: 238 4328
Direktor: Prof. Dr. Klaus Ploog

Institut für Nichtlineare Optik und Kurzzeitspektroskopie

Forschungsschwerpunkte
- o Dynamik der nichtlinearen Wechselwirkung zwischen Lichtfeld und Materie vom Infraroten bis zum Röntgengebiet
- o Erzeugung ultrakurzer Lichtimpulse hoher Leistung im kurzwelligen Spektralbereich und deren Anwendung auf die Spektroskopie komplexer Systeme
- o Hochleistungslaser-Entwicklung, Laser-Plasma-Wechselwirkung

Rudower Chaussee 6
O-1199 Berlin
Tel.: 6701 3951
Fax.: 6701 2386
Kommissarischer Direktor:
Prof. Dr. Willolf Brunner

Institut für Wild- und Zootierforschung

Forschungsschwerpunkte
- o Vergleichende Pathologie, Reproduktionsphysiologie und Pathologie
- o Mikrobiologie, Parasitologie
- o Physiologie

Alfred Kowalke Str. 17
O-1136 Berlin
Tel.: 5100 111
Fax.: 512 6101
Kommissarischer Direktor:
Prof. Dr. Rudolf Ippen

Ferdinand-Braun-Institut für Höchstfrequenztechnik

Forschungsschwerpunkte
- o Anwendungsorientierte Grundlagenforschung im Vorfeld der Industrieforschung
- o Mobile und stationäre Funknetze (öffentlich und privat) im Bereich der Höchstfrequenztechnik
- o Funksensortechnik
- o Systemtechnische und technologische Aufgaben

Rudower Chaussee 5
O-1199 Berlin
Tel.: 6701 5715
Fax.: 238 45 25
Kommissarischer Direktor:
Dr. Reinhard Gründler

Institut für Kristallzüchtung

Forschungsschwerpunkte
- o Züchtung und Charakterisierung kristalliner Werkstoffe für die Informationstechnik, Leistungselektronik, Photovoltaik und Sensorik
- o Verfahrens- und Anlagenentwicklung zur Herstellung dieser Werkstoffe
- o Entwicklung spezieller Verfahren zur Schichtabscheidung auf Basis von Si- und anderen Halbleitermaterialien

Rudower Chaussee 6
O-1199 Berlin
Tel.: 6701 2893
Fax.: 6701 5921
Direktor:
Dr.-Ing. sc. Winfried Schröder

Forschungsverbund Berlin e.V.

Gemeinsame Verwaltung

Jägerstr. 22/23, O-1086 Berlin

Fax.: Ost 200 571

Tel.: Ost 20370-0

(nach "Verbund" April 1992)

Die Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst hat mit ihrem Projektbericht 2/1992 eine Studie zu ***"Potentielle(n) Studienberechtigte(n) in den neuen Bundesländern"*** *vorgelegt. Die Autorin ist* ***Irene Lischka****. Wir drucken im folgenden den abschließenden Abschnitt "Zusammenfassung" der Studie*

Ziel der vorliegenden Auswertung einer Befragung von Schülern der gymnasialen Oberstufe in den neuen Bundesländern war es, Hinweise auf die Entwicklung des Bildungsverhaltens künftiger Studienberechtigter unter den Bedingungen des politisch-wirtschaftlichen-sozialen Umbruchs zu erhalten. Dazu erfolgte ein Vergleich der künftigen Abiturjahrgänge 1992 und 1994/95 sowie der Geschlechter. Die Ergebnisse spiegeln die Bildungsabsichten zum Zeitpunkt des Abschlusses der 9. sowie der 11. Klasse wider (Juni 1991), die sich mithin noch deutlich verändern können. Das relativiert ihre Relevanz für langfristige Bildungsplanungen. [ ]

Die Öffnung der gymnasialen Oberstufe in den neuen Bundesländern wurde von den Schülern und ihren Eltern sofort angenommen. Während der Abiturjahrgang 1992 in den untersuchten Ländern (Sachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Berlin-Ost) noch einen Anteil von 12,5 bis etwa 20 % am Altersjahrgang ausmacht, beträgt diese Quote beim Abiturientenjahrgang 1994 (bzw. 1995 bei 13 Schuljahren) 29 bis etwa 35 %. Aus dieser Entwicklung wären für 1994/95 bei einer 75%igen Erfolgsrate Studienberechtigungsquoten von 22 % (Sachsen-Anhalt, Brandenburg) bis 26 % (Berlin-Ost) zuerwarten. Die Öffnung der gymnasialen Oberstufe wird von Mädchen und Jungen in unveränderter Relation (gegenüber der limitierten Abiturstufe der DDR) angenommen. Durchschnittlich 57 % der Schüler aller Klassenstufen der gymnasialen Oberstufe sind Mädchen. Mädchen und Jungen unterscheiden sich kaum hinsichtlich ihrer Motivationen und Einstellungen zum Studium sowie der beabsichtigten Bildungswanderung. Deutlichere Abweichungen bestehen vor allem bezüglich der geäußerten Studienfachwünsche.

Aus der Öffnung der gymnasialen Oberstufe resultieren keine Veränderungen hinsichtlich der sozialen Herkunft der künftigen Abiturientinnen und Abiturienten, bezogen auf die soziale Stellung der Eltern. Auch hinsichtlich der beruflichen Qualifikation der Eltern (für die neuen Länder noch Hauptindikator der sozialen Herkunft) deuten sich nur minimale Verschiebungen an. Einem leicht höheren Anteil von Eltern mit mittlerer beruflicher Qualifikation steht ein in gleichem Maße geringerer Anteil von Eltern mit Facharbeiterqualifikation gegenüber.

Die Abiturientenjahrgänge 1992 und 1994/95 unterscheiden sich insgesamt nur partiell und in geringem Maßße hinsichtlich der erfragten Haltungen, Absichten und Einstellungen. Das heißt, aus der Öffnung der gymnasialen Oberstufe resultiert keine völlig veränderte Abiturienten- bzw. Studentengeneration in den neuen Bundesländern. Vielmehr gilt, daß die gesellschaftlichen Umbrüche von den beiden untersuchten Jahrgängen fast in ähnlicher Weise aufgenommen werden. Das wird besonders deutlich bei den Studienfachwunschen, der beabsichtigten Bildungswanderung und den Gründen für diese Absichten.

Die Gründe zum Besuch der gymnasialen Oberstufe, die gewisse Ableitungen hinsichtlich des späteren Studienverhaltens ermöglichen, sind bei beiden Jahrgängen fast identisch. Lediglich der eigene Wille zum Abitur, u.a. bedingt durch die ausgeprägtere Befürchtung des Lehrstellenmangels, ist beim Abiturientenjahrgang 1994/95 noch stärker als bei den um zwei Jahre älteren Schülern.

Die Bruttostudierquote könnte sich sehr schnell der in den alten Bundesländern angleichen, jedoch resultiert das eher aus der Gesamtheit der veränderten gesellschaftlichen Verhältnisse, kaum aus der Öffnung der gymnasialen Oberstufe bzw. der Hochschulen. Durchschnittlich 74 % der kunftigen Abiturienten beabsichtigen ein Studium, die Unterschiede nach Jahrgängen sind dabei nicht relevant. Allerdings ist die Intensität der Studienabsicht bei dem älteren Jahrgang höher. Das ist vermutlich altersbedingt.

Im ersten Jahr nach dem Abiturwollen 43 % der befragten Schüler studieren bzw. 57 % von denen mit relativ fester Studienabsicht. In dieser Position bestehen Abweichungen sowohl gegenüber fruheren DDR-Studenten als auch gegenüber den alten Bundesländern. Die Unterschiede nach Klassenstufen bzw. Geschlecht sind gering.

Das beabsichtigte Studium ist primär und stärker als in den alten Bundesländern auf die berufliche Verwertbarkeit im Sinne einer interessanten, aber auch gut bezahlten Tätigkeit gerichtet. Das entspricht der spezifischen Sozialisation, aber auch den aktuellen realen Lebensverhältnissen.

Dementsprechend, aber möglicherweise auch zwangsweise konträr zu den früheren Studienplatzvorgaben und -orientierungen, weichen die Studienwünsche erheblich von der bisherigen Fächerstruktur der DDR, aber auch von der in den alten Bundesländern ab. Insbesondere Ingenieurwissenschaften und Erziehungswissenschaften (einschließlich Lehramt) sind kaum gefragt. Aber fast ein Drittel der Befragten möchte Rechts- und Wirtschaftswissenschaften studieren.

Für künftige Studienorte werden entweder das heimatliche Bundesland (fast 50 %) oder ein altes Bundesland (fast 40 %) favorisiert. Ein Studium in einem anderen neuen Bundesland wird vorerst kaum beabsichtigt. Diese Polarisierung der Wanderungsabsichten würde zu erheblich veränderten Bildungsströmen führen. Allerdings deuten Vergleiche mit der Studienaufnahme in 1991 und auch die von den Befragten angeführten Aspekte der Studienortwahl (insbesondere preiswerte Unterkunft) auf die Grenzen der Verwirklichung dieser Absichten. Die älteren und männlichen Schüler tendieren etwas stärker zu den alten Bundesländern. Hintergrund dessen sind vor allem Ängste bezüglich des Studienniveaus, damit der Anerkennung der Abschlüsse und der späteren Arbeitsmarktchancen.

Nach dem Studium möchten aber insgesamt 70 % im heimatlichen Bundesland wohnen und arbeiten. Insgesamt ist die Heimatverbundenheit hoch. Sie bgründet auch in erster Linie, warum etwa die Hälfte der Befragten vorrangig in den neuen Bundesländern studieren möchten.

Die Größe des Hochschulortes hat bei einer Tendenz zu größeren Städten eine geringe Bedeutung. Bei den Hochschultypen sind bisher vor allem die Universitäten mit breitem Facherkanon, kaum die praxisorientierten Hochschulen gefragt. Allerdings hat sich ein Drittel der Befragten dazu noch nicht positioniert, so daß auch diesbezüglich noch erhebliche Verschiebungen mög-

lich sind. Zunächst scheint das derzeitige Meinungsbild im Widerspruch zu dem benannten engen Zusammenhang von Bildung und Verwertbarkeit zu stehen, erklärt sich aber sowohl aus der bisher geringen Präsenz von Fachhochschulen in den neuen Ländern und dem auch damit zwangsläufig geringen Informationsstand über diesen Hochschultyp.

In der Gegenüberstellung der Bildungsabsichten nach Ländern zeigen sich leichte Unterschiede. Am ausgeprägtesten sind diese zwischen Sachsen und Berlin-Ost, was neben anderem auch auf die differenzierte soziale Herkunft der Schüler zurückzuführen sein dürfte.

Insgesamt gilt, daß die künftigen Studienberechtigten aus den neuen Bundesländern die veränderten wirtschaftlich-sozialen Bedingungen sehr schnell erfaßt haben. Ihre Bildungsabsichten spiegeln das wider, allerdings in noch widerspruchlicher Weise, und geprägt von der spezifischen DDR-Sozialisation, den aktuellen materiellen Lebensumständen sowie den Verunsicherungen aus der Umstrukturierung, insbesondere des Hochschulbereichs.

Irene Lischka: Potentielle Studienberechtigte in den neuen Bundesländern. Reflektionen des wirtschaftlich-sozialen Wandels in den Bildungsabsichten von Schülern der gymnasialen Oberstufe, hrsg. von der Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst (Aristotelessteig 4, O - 1157 Berlin), Projektberichte 2/1992, 67 S.

Über die Hälfte der ehemaligen DDR-Professoren nicht mehr im Amt

Presseinformation des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst vom 30. Juli 1992

Der Sächsische Staatsminister für Wissenschaft und Kunst, Prof. Dr. Hans Joachim Meyer, stellte in einer Pressekonferenz am 30. Juli 1992 gemeinsam mit dem Vorsitzenden der Sächsischen Hochschulkommission, Prof. Dr. Dr. Hans-Ludwig Schreiber, den aktuellen Stand der personellen Erneuerung an den Hochschulen des Freistaates Sachsen vor.

1. Über die Hälfte der 1200 ordentlichen Professoren aus der Zeit vor der Wende sind nicht mehr im Amt.

2. In einem 1. Schritt wurden 409 Professoren (17 Prozent der vorhandenen Stellen) im verkürzten Verfahren berufen, davon 370 im nichtmedizinischen Bereich. Von diesen waren 40 Prozent vorher ordentliche Professoren, die sich einer Überprüfung durch die Fach- und Personalkommissionen unterziehen mußten. Daneben sind noch 440 Professoren alten Rechts im Amt. Diese müssen sich noch einem ordentlichen Berufungsverfahren unterziehen, soweit nicht aufgrund der Empfehlungen der Personal- oder Fachkommissionen eine Abberufung erfolgt.

3. Aus dem akademischen Mittelbau wurden seit Juli 1992 195 Wissenschaftler zu Professoren berufen bzw. zu außerplanmäßigen Professoren ernannt. 28 der außerplanmäßigen Professoren erhielten in einem zweiten Schritt eine Berufung im verkürzten Verfahren.

4. Entlassungen auf der Grundlage von Empfehlungen der Personalkommissionen bzw. von Anhörungen: 383 erfolgten bereits (vorwiegend wissenschaftliches Personal), 625 weitere sind durch Minister bereits entschieden (davon wurden 372 den Hochschulen angekündigt und liegen dem Hauptpersonalrat vor); in 250 Fällen steht die Entscheidung noch aus.

5. Die Verringerung des Personals an den Hochschulen des Freistaates Sachsen beträgt insgesamt bisher rund 40 Prozent: von 28 000 Mitarbeitern sind noch 16 800 beschäftigt. Dazu kommen ca. 1 500 Mitarbeiter der Studentenwerke.

Zahlenmaterial zur personellen Erneuerung des Hochschulwesens im Freistaat Sachsen vom 30. Juli 1992

1. Entwicklung des Personalgesamtbestandes

	Personen	Abbau in %
Personalgesamtbestand (ohne Medizin)		
- Oktober 1989		
* ohne abgewickelte Hochschulen	26 600	
* mit abgewickelten Hochschulen (DHfK, Literaturinst.,LPG-Hochschule)	28 000	
- Juli 1992	16 800	
Im Zeitraum Oktober 1989 bis Juli 1992 wurde folgender Personalabbau erreicht:		
* ohne Einbeziehung abgewick. Hochschulen	9 800	37
* bei Einbeziehung abgewick. Hochschulen	11 200	40
Personalabbau im Zeitraum seit Bestehen der Sächsischen Staatsregierung (Oktober 1990 bis Juli 1992):		
* ohne Einbeziehung abgew. Hochschulen	8 800	33
* bei Einbeziehung abgew. Hochschulen	10.200	36
Personalabbau im Zeitraum Juni 1991 bis Juli 1992	5 900	22

2. Abberufung und Berufung von Hochschullehrern

2.1. Abberufung von Hochschullehrern

Anzahl Professoren (ohne Medizin)	
- Oktober 1989	
* ohne abgewickelte Hochschulen	1 170
* mit abgewickelten Hochschulen (DHfK, Literaturinstitut, LPG-Hochschule)	1 220
- Juli 1992	850
Anteil der im Bestand Juli 92 bereits enthaltenen Professoren, die im verkürzten Verfahren berufen wurden - gerundet	410
Professoren alten Rechts, die noch im Amt sind und die sich um eine der ausgeschriebenen Stellen bewerben können	440
Das entspricht einem Anteil am Ausgangswert des Jahres 1989 von	36%

Die Beendigung der Tatigkeit ehemaliger Amtsinhaber erfolgte auf Grund von Abwicklungen Abberufungen, fristlosen und fristgemäßen Entlassungen.

Bisher erfolgten fristlose und fristgemäße Entlassungen (wissenschaftliches und leitendes Personal)	
- Nach Anhorungen von ca. 400 Hochschulangehörigen im SMWK bis November 1991	182
- Fristlose und fristgemaße Entlassungen bis zum 30. Juli 1992	101
* darunter Professoren	32
Summe	283
Bis zum Jahresende wirksam werdende fristgemäße Entlassungen	
- In der Frist befindliche Entlassungen	100
* darunter Professoren	40
Vollzogene und i. d. Frist befindliche Entlassungen	383
In der Vorbereitung befindliche Entlassungen	
- dem Hauptpersonalrat vorliegende, vom Staatsminister entschiedene Entlassungen	40
- Vom Staatsminister entschiedene, dem Hauptpersonalrat vorzulegende Entlassungen	332
- Vom Staatsminister entschiedene, der Landespersonalkommission vorliegende Falle	53
- dem Staatsminister noch nicht vorgelegte, in Vorbereitung befindliche Falle	200
In Vorbereitung befindliche Entlassungen	625
Realisierte und laufende Entlassungen	383
Gesamtsumme	1008

2.2. Berufung von Hochschullehrern

Für den Hochschulbereich (ohne Medizin) sind insgesamt 2132 Professoren zu berufen.

Im verkürzten Berufungsverfahren sind davon 370 Professoren (ca. 17%) berufen worden.
Im medizinischen Bereich wurden 39 Professoren (Leipzig 21, Dresden 18) berufen.
Da für den medizinischen Bereich noch keine Stellenpläne vorliegen, ist auch die Gesamtzahl der zu Berufenden noch offen.

Insgesamt erhielten im verkürzten Verfahren 409 Professoren eine Beufung.

Die Verteilung auf die Hochschulgruppen stellt sich im Hochschulbereich wie folgt dar:

Hochschulart	zu besetzende Professorenstellen gesamt	durch verkürzte Berufungsverfahren bis zum 16.7.1992 besetzte Stellen	Anteil der im verkürzten Berufungsverfahren besetzten Stellen
Universitäten	1.145	196	17.1%
Künstlerische Hochschulen	185	42	22.7%
Fachhochschulen	802	132	16.5%
Hochschulen gesamt	2.132	370	17.4%

Hinweise zur Zusammensetzung der im verkürzten Berufungsverfahren berufenen Professoren:

- ca. 40% der berufenen Professoren sind bisherige Amtsinhaber, deren persönliche Integrität und Fachkompetenz nachgewiesen wurde.

- ca. 195 Angehörige des akademischen Mittelbaus wurden zu Professoren berufen (107) bzw. zu außerplanmäßigen Professoren (116) ernannt. 28 der außerplanmäßigen Professoren erhielten in einem zweiten Schritt eine Berufung im verkürzten Verfahren.

Hochschulerneuerungsprogramm aufgestockt
2,4 Milliarden DM für die ostdeutschen Hochschulen

Bund und neue Länder haben das Hochschulerneuerungsprogramm um 666,7 Millionen auf 2,427 Milliarden DM, d h. um fast 40 Prozent, aufgestockt. 500 Millionen DM davon trägt der Bund. "Damit wird die Basis für die Entwicklung von Hochschule und Forschung in den neuen Ländern deutlich verbessert", erklärte Bundesbildungsminister Prof. Dr. Rainer Ortleb dazu vor der Presse in Bonn. Der Bund stehe mit seinem Finanzierungsanteil von nunmehr 1,82 Milliarden DM zu seiner gesamtstaatlichen Verantwortung für die Schaffung einer konkurrenz- und leistungsfähigen Hochschul- und Forschungslandschaft und deren Integration in das nationale und internationale Wissenschaftssystem.

Kernpunkte der bereits mit Verabschiedung des Hochschulerneuerungsprogramms im Juli 1991 vereinbarten und für 1992 vorgesehenen Revision sind:

* Verlängerung des Wissenschaftler-Integrationsprogramms bis 1996 und Aufstokkung der Mittel um 200 auf 600 Millionen DM;
* Erhöhung der Mittel für die Fachhochschulentwicklung um 66,7 auf rund 167 Millionen DM;
* Aufstockung der Mittel für Investitionen im Hochschulbereich um 133,3 auf 553 Millionen DM insgesamt;
* Aufnahme eines Bau-, Sanierungs- und Geräteinvestitionsprogramms für die außeruniversitäre Forschung mit einem Umfang von 266,7 Millionen DM.

Damit trägt die Revision den Erfordernissen in den neuen Ländern Rechnung. Die Revision wurde von einer Ad-hoc-Arbeitsgruppe der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) vorbereitet. Die Wissenschaftsorganisationen, insbesondere Wissenschaftsrat und Hochschulrektorenkonferenz, aber auch von der Umstrukturierung Betroffene hatten Anregungen gegeben, die in vielen Punkten berücksichtigt werden konnten.

Wissenschaftler-Integrationsprogramm verlängert

Dies gilt auch für die Verlängerung des Wissenschaftler-Integrationsprogramms (WIP) bis 1996 und die Erhöhung der Finanzmittel. Über die Integration muß bis 31. Dezember 1993 entschieden werden. Damit haben Geförderte und Hochschulen ausreichend Zeit für ihre Entscheidungen.

Die Eingliederung soll nicht zu Lasten des an den Hochschulen tätigen Personals gehen. Die neuen Länder werden deshalb zentrale Stellenpools einrichten bzw. zentrale Mittelzuweisungen an die Hochschulen vorsehen. Aus diesen Stellenpools sollen WIP-Arbeitsgruppen bei erfolgreicher Integration nach Abschluß der Übergangsphase, also spätestens ab 1. Januar 1994, zentral als Personal der Hochschulen bis zum 31. Dezember 1996 gefördert werden. Danach übernimmt das jeweilige Land die weitere Finanzierung.

Fachhochschulaufbau gesichert

Zweiter Eckpfeiler der Revision ist die Aufstockung der Mittel für die Fachhochschulen. Sie gewährleistet, daß in den zentralen Fachbereichen der Betriebswirtschaftslehre, der Ingenieurwissenschaften einschließlich Informatik und des Sozialwesens an allen Standorten Gründungsprofessoren eingesetzt werden können.

Dritter Schwerpunkt der Revision ist die Aufstockung der Investitionsmittel ab 1993. Mit den zusätzlichen Mitteln sollen u. a. der Ausbau von Gastwissenschaftlerwohnraum gefördert werden und - wie vom Wissenschaftsrat empfohlen - an zwölf Hochschulstandorten Gästehäuser und internationale Begegnungszentren eingerichtet werden. Für Investitionen in der außeruniversitären Forschung wurde ein Bau-, Sanierungs- und Geräteinvestitionsprogramm neu aufgenommen. Es soll die Arbeitsfähigkeit der vom Wissenschaftsrat empfohlenen außeruniversitären Forschungseinrichtungen sichern.

Fächerkatalog der Gründungsprofessuren

Gründungsprofessuren und Gastwissenschaftler können ab 1993 auch in der Informatik gefördert werden. Die Revision nimmt damit eine Empfehlung des Wissenschaftsrates auf, den Aufbau der Informatik vorrangig zu fördern.

Ergebnis der Revision

Mit dem revidierten Erneuerungsprogramm sind die Voraussetzungen für den Aufbau leistungs- und konkurrenzfähiger Hochschul- und Forschungseinrichtungen geschaffen worden. Einige der Fördermöglichkeiten sind bisher nur zögernd aufgegriffen worden. Das gilt insbesondere für die Nachwuchsförderung. Nun kommt es darauf an, die gegebenen Möglichkeiten rasch zu nutzen, um die strukturelle und personelle Erneuerung abzuschließen.

(aus: Informationen Bildung und Wissenschaft, hg. vom BMBW, Nr. 7-8/92)

Erklärung des Senats der Universität Leipzig zu den Rentenbezügen emiritierter Hochschullehrer in Ostdeutschland

Mit dem ab Januar 1992 gültigen Rentenüberleitungsgesetz wird die ab August 1991 in Kraft gesetzte Kürzung der Altersbezüge (auf einen Maximalbetrag von 2010 DM monatlich) für emiritierte Hochschullehrer der ehemaligen DDR festgeschrieben, und zwar mit dem ausdrücklichen Hinweis, daß ein Anspruch auf Neuberechnung nicht vor dem 01.01.94 besteht.

Das Gesetz wurde verabschiedet, obwohl bereits in der vorbereitenden Diskussion von zahlreichen Betroffenen - d.h. sowohl von den Emiritierten selbst als auch von deren Hinterbliebenen - begründete Einsprüche erhoben wurden. Damit ergibt sich folgende Situation:

- Die emiritierten Hochschullehrer der ehemaligen DDR erhalten nunmehr maximal etwa 30 % der Bezüge westdeutscher emiritierter Kollegen.
- Durch Einführung der BAT-Tarife an Hochschulen bezieht das wissenschaftliche Personal berechtigterweise eine inzwischen angehobene Vergütung, die erheblich über 2000 DM liegt und schrittweise an das westdeutsche Niveau angeglichen wird.
- Während bei dem aktiven wissenschaftlichen Personal und der ansonsten üblichen Rentenberechnung eine Angleichung an westdeutsches Recht erfolgte und die Tarife prozentual schrittweise angeglichen werden, werden im Ruhestand befindliche Hochschullehrer in der ehemaligen DDR schon vom Grundsatz her erheblich anders behandelt als ihre westdeutschen Kollegen.

Um einer möglichen politischen Begründung für diese Regelung in differenzierter Einzelfallprüfung wirksam zu begegnen, schlägt der Senat vor, daß sich emeritierte Hochschullehrer der ehemaligen DDR auf freiwilliger Grundlage einer Evaluierung durch Personalkommissionen und Fachkommissionen unterziehen können. Für die positiv evaluierten Hochschullehrer sollte eine angemessene neue Regelung getroffen werden.

Leipzig, den 12. Mai 1992

Unter dem 2.7.1992 antwortete das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung auf diese ihm übersandte Erklärung. Im Namen von Minister Blüm unterzeichnete Dr. van Almsick:

Richtig ist, daß die emeritierten Professoren der ehemaligen DDR das Versorgungsniveau ihrer Kollegen in den alten Bundesländern, die beamtet waren bzw. sind, nicht erreichen werden. Dies war - wie sich aus den Festlegungen im 1. Staatsvertrag und im Einigungsvertrag ergibt - auch nicht beabsichtigt. Eine Kritik hieran verkennt die politischen, insbesondere die verfassungspolitischen Grundentscheidungen. Diese bestanden darin, die in Versorgungssystemen der ehemaligen DDR erworbenen Ansprüche und Anwartschaften auch nach dem Untergang der ehemaligen DDR als Völkerrechtssubjekt zu erhalten und - wie in den alten Bundesländern auch - bei einem vorzeitigen Ausscheiden aus einem öffentlich-rechtlichen Versorgungssystem einheitlich für alle Personengruppen in der Rentenversicherung zu sichern. Eine Differenzierung danach zu erlauben, ob eine Tätigkeit an einer Hochschule oder Universität oder in anderer Position ausgeübt wurde, war hiermit unvereinbar. Diesbezügliche Sonderregelungen für emeritierte Professoren hätten zu einer Ungleichbehandlung geführt. Für eine mit einer derartigen Sonderregelung verbundene Besserstellung dieses Personenkreises im Hinblick auf das Gleichbehandlungsgebot des Artikels 3 Grundgesetz sachlich einleuchtende Gründe zu finden, wäre nicht möglich gewesen.

Abgesehen davon, daß die Grundentscheidung bei den parlamentarischen Beratungen des Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetzes von keiner Seite in Frage gestellt wurde und eine andere Regelung nicht auf emeritierte Professoren beschränkbar wäre, werden nicht im Ruhestand befindliche Personen auch nicht ohne weiteres verbeamtet (wobei die Berücksichtigung ihrer vorher zurückgelegten Zeiten sowohl dem Grunde als auch vom Umgang her derzeit noch offen ist).

Darüber hinaus bestünde auch im Vergleich zu Personen in den alten Bundesländern ein Gleichbehandlungsproblem, da vergleichbare günstige Regelungen, die etwa für bestimmte Berufsgruppen immer eine zusätzliche Leistung neben der Leistung der gesetzlichen Rentenversicherung vorsehen, nicht existieren. Ob Hochschullehrer in ein Beamtenverhältnis übernommen werden, liegt allerdings in der Regelungskompetenz der Bundesländer.

Mit der Entscheidung zur Überführung der Versorgungen in die Rentenversicherung gab es innerhalb des Systems der Rentenversicherung rechtlich und rechtssystematisch keine andere Möglichkeit zur Behandlung der Ansprüche und Anwartschaften der Professoren.

Dabei ist ... zu berücksichtigen, daß auch ein Hochschullehrer aus der ehemaligen DDR, der vor dem 19. Mai 1990 in den Westteil der Bundesrepublik übersiedelte und nicht an einer westdeutschen Hochschule als Professor in ein Beamtenverhältnis übernommen wurde, eine Rente aus der Rentenversicherung nach den Regelungen des Fremdrentenrechts erhält, der ebenfalls nur Einkünfte bis zur Beitragsbemessungsgrenze zugrunde liegen. Die Höhe der Leistungen an diese Personenkreise wird also nach Herstellung gleicher Ein-

kommensverhältnisse - abgesehen von den sich aus Pauschalisierung ergebenden Abweichungen - bei vergleichbarem Versicherungsleben nicht mehr unterschiedlich sein. Auch insoweit gibt es folglich keine Ungleichbehandlung.

Emeritierte Hochschullehrer erhalten im Rahmen der Rentenberechnung ihr Einkommen bis zur Beitragsbemessungsgrenze in vollem Umfang berücksichtigt. In diesem Zusammenhang erlaube ich mir den Hinweis, daß bereits die Rentenanpassung zum 1. Juli d.J. dazu führt, daß bei einem Versicherten, der 45 Jahre lang immer ein Einkommen an der Beitragsbemessungsgrenze versichert hatte, der vorläufige Grenzbetrag von 2.010,- DM überschritten wird. Eine so berechnete Rente führt dann schon zu einem Bruttobetrag von rd. 2.152,- DM und nach Abzug des Eigenanteils des Rentners an seiner Krankenversicherung zu einer solchen von rd. 2.016,- DM. Wird dabei noch berücksichtigt, daß das Rentenniveau in den neuen Bundesländern auch nach der Anpassung zum 1. Juli 1992 das der alten Bundesländer noch längst nicht erreicht hat (es liegt dann erst bei rd. 62,3 v.H. bezogen auf die jeweilige Standardrente), wird deutlich, daß bis zur Angleichung auch der absoluten Rentenhöhen sich eine derartige Rente nochmals um knapp 80 v.H. erhöhen wird.

Unabhängig von diesen Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherungen an emeritierte Professoren aber auch an die Angehörigen bestimmter anderer Berufsgruppen mit früherem Zusatzversorgungsanspruch bleibt in den jeweiligen Landesparlamenten unbenommen, durch die Schaffung einer entsprechenden Regelung etwa auf der Grundlage einer Evaluierung durch Personal- und Fachkommissionen die Gewährung zusätzlicher Leistungen an diese Personen zu ermöglichen. Zu beachten wäre dabei allerdings die Finanzierungsproblematik für derartige Leistungen, für die Bundesmittel sicherlich nicht zur Verfügung stehen.

ZITIERT

Dieter Simon, Vorsitzender des Wissenschaftsrates,
in einem Interview mit der "Wochenpost", Berlin (Nr. 27 vom 25. Juni 1992)
- Auszüge -:

WOCHENPOST: *Zwei Dritteln der Akademieforscher im Osten wurde durch den Wissenschaftsrat die »Absolution« erteilt. Aber nur knapp 7000 von insgesamt 17 000 Evaluierten fanden jetzt einen Platz in den neu gegründeten Einrichtungen. Stellt Sie das Ergebnis zufrieden?*

DIETER SIMON: Natürlich nicht. Schließlich hatten wir uns dafür verbürgt, daß im Osten am Ende – bei allen Härten – eine neue, zukunftsweisende Forschungslandschaft entstünde. Mit unseren Empfehlungen hätte man durchaus leben können, wären sie von der Politik umgesetzt worden. Aber das geschah in vielen Fällen nicht. Zum Beispiel bei jenen Instituten, die von mehreren Ländern getragen werden sollen. Die beteiligten Länder sind nicht bereit, die Mittel zur Verfügung zu stellen.

Offenbar ist auch das Wissenschaftler-Integrationsprogramm, das die Rückführung von 2000 Akademieforschern an die Hochschulen fördern sollte, nicht durchsetzbar. Die Rektoren erhalten jetzt von den Finanzministern die Vorgabe, die Hälfte ihres Personals zu entlassen. In dieser Lage ist natürlich niemand bereit, neue Leute aufzunehmen. Da ist jedem das Hemd näher als der Rock. Wir haben vielleicht bei manchen unserer Empfehlungen die Lage falsch eingeschätzt.

WOCHENPOST: *Das heißt, daß die Forschungslandschaft im Osten ausblutet.*

DIETER SIMON: Ja, das denke ich auch. Wir können die Entwicklung im Augenblick schwer abschätzen, aber die Gefahr, daß das Niveau der Forschung im Osten sinkt, ist eher größer als kleiner geworden.

WOCHENPOST: *Aber die sogenannten Blaue-Liste-Institute sind im Osten überdimensional stark vertreten.*

DIETER SIMON: Das war die nackte Verzweiflung. Die potente Forschung fand außerhalb der Universität statt und konzentrierte sich sehr stark auf den Raum Berlin. Und wir sollten alles nach dem Muster der alten Bundesrepublik aufteilen. Grundlagenforschung gab es relativ wenig, so daß für die Max-Planck-Gesellschaft nicht viel in Frage kam. Bei der angewandten Forschung hat die Fraunhofer-Gesellschaft sich engagiert, aber es blieb noch eine riesige Menge übrig. Dafür bot sich größtenteils nur noch die Alternative der Blauen-Liste-Institute an, weil wenigstens der Bund sie zur Hälfte mitfinanziert.

WOCHENPOST: *Mit dem westdeutschen Muster sind dem Osten auch die Mängel »aufgenötigt worden«, wie Sie selbst es nannten. Gab es Entscheidungen, die Sie heute bereuen?*

DIETER SIMON: Die systematische Trennung von Forschung und Lehre in der DDR haben wir verdammt. Die war in dieser radikalen Form sicher nicht gut. Inzwischen diskutiert der Wissenschaftsrat darüber, ob es angesichts der total überlasteten Hochschulen und damit auch überlasteten Professoren nicht ein Gebot der Stunde sei, getrennt Forschungs- und Lehrprofessuren einzuführen. Im Osten ist die ganze Sache viel zu übereilt entschieden worden.

Das gilt etwa auch für das Fernstudium, das haben wir im Grunde genommen aufgelöst. Wir versuchten gar nicht erst, etwas davon zu retten. Und jetzt denken wir wehleidig darüber nach, ob wir in Anbetracht der wachsenden Studentenzahlen nicht unser Fernstudiensystem erweitern und verbessern könnten. Vielleicht gab es im Osten eine Möglichkeit, die wir nicht geprüft haben.

DOKUMENTATION

Nachfolgend verkündet der Konzilvorstand der Technischen Universität "Otto von Guericke" Magdeburg den am 28.4.1992 gefaßten Beschluß:

In der Verantwortung vor Gesellschaft und Wissenschaft hat das Konzil beschlossen

1. Die Technische Universität "Otto von Guericke" Magdeburg fördert keine wissenschaftlichen Projekte, deren Zielstellung ohne Zweifel eine militärische oder menschenverachtende ist, oder deren Durchführung ohne Zweifel militärisch oder menschenverachtend ist. Bestehen Zweifel, so befindet über die Förderung eine Kommission des Konzils der TU Magdeburg.
Näheres wird nachfolgend geregelt.

2. Die genannte Kommission hat gleichwohl die Zielsetzung zu verfolgen, soweit ihr möglich, Mitglieder und Angehörige der TU Magdeburg vor unberechtigten Angriffen in der Öffentlichkeit wegen sogenannter militärischer oder menschenverachtender Forschung zu schützen.

3. Unter Förderung durch die TU Magdeburg ist zu verstehen
* Bereitstellung von Mitteln aus den Haushalt der TU Magdeburg,
* Bereitstellung von Eigentum, insbesondere Inventar oder Räume, der TU Magdeburg zur Nutzung durch Dritte,
* Zuordnung von Planstellen.

4.1. Der Kommission gehören ein Mitglied des Rektorats und ein Mitglied des Vorstandes des Konzils stimmberechtigt an. Weiter gehören der Kommission Vertreter der Statusgruppen an, die durch das Konzil gewählt werden. Insgesamt soll die Zahl der habilitierten Mitglieder um eins größer sein als die Zahl der anderen Mitglieder.

4.2. Die Kommission wird entweder von selbst tätig oder aufgrund einer entsprechenden Empfehlung des Rektorats. Weiter steht es jedem Mitglied der TU Magdeburg, der eine Förderung eines wissenschaftlichen Projekts durch die TU Magdeburg wünscht, frei, die Kommission anzurufen.

4.3. Aufgabe der Kommission ist es zu entscheiden, ob ein wissenschaftliches Projekt durch die TU Magdeburg gefördert werden soll oder nicht, falls im Sinne von 1. Zweifel bestehen. In ihrer Entscheidung sind die Mitglieder der Kommission unabhängig. Zur Meinungsbildung können Fachgutachten herangezogen werden. Der Vertreter des wissenschaftlichen Projekts ist von der Kommission zu hören.

4.4. Der Kommission sind alle geplanten wissenschaftlichen Projekte, die durch die TU Magdeburg Förderung im Sinne von 3. erfahren sollen, anzuzeigen. Dies soll im Zusammenwirken mit dem Rektorat geschehen.

5. Eine Änderung dieses Beschlusses bedarf einer Mehrheit von mehr als zwei Drittel der Mitglieder des Konzils.

6. Der vorstehende Beschluß des Konzils tritt am Tage nach seiner Verkündung durch Mitteilung des Vorstandes des Konzils in Kraft.

Der Konzilvorstand

Der wissenschaftliche Rat der Technischen Hochschule Ilmenau faßte am 18.6.92 mit 25 Stimmen, 7 Gegenstimmen und 8 Enthaltungen **folgenden**, von der studentischen Vertretung dieses Gremiums eingebrachten **Beschluß bezüglich des Verzichts auf militärische Forschung an der THI:**

Der Wissenschaftliche Rat (WR) der Technischen Hochschule Ilmenau (THI) erklärt im Sinne einer Selbstverpflichtung, daß die Forschung an dieser Hochschule ausschließlich zivilen Zwecken dient. Von der THI bzw. von ihren Forschungseinrichtungen sollen keine Aufträge oder Zuwendungen für rüstungsrelevante Forschung entgegengenommen werden. Im Zweifelsfall soll die Antragstellerin oder der Antragsteller den Nachweis führen, daß das beabsichtigte Forschungsziel nicht militärischen Zwecken dient. Können bestehende Zweifel nicht ausgeräumt werden, wird für rüstungsrelevante Forschungsvorhaben die Verwaltung der Mittel von der THI nicht übernommen. Mit hauptamtlichen Mitarbeiterinnen oder Mitarbeitern in solchen Vorhaben, die aus Mitteln Dritter bezahlt werden, schließt die THI keine Arbeitsverträge ab. Weiterhin werden von der hochschulinternen Forschungsförderung keine Mittel zur Durchführung rüstungsrelevanter Forschung bereitgestellt.

Der WR fordert den Kanzler bzw. die betreffenden Mitglieder der THI auf, in Forschungs- und Drittmittelverträgen in Zusammenhang mit der Nennung des Namens der Technischen Hochschule Ilmenau folgende Klausel aufnehmen zu lassen:

"Der Auftraggeber verpflichtet sich, die an der Technischen Hochschule Ilmenau im Rahmen des Vorhabens entstandene Forschungsergebnisse ausschließlich für zivile Zwecke zu nutzen."

Eine diesem Beschluß entsprechende Formulierung möge in die Präambel der neuzufassenden Grundordnung der THI aufgenommen werden.

PUBLIKATIONEN

Gudrun Aulerich / Karin Döbbeling: **Almanach zur Studienberatung 91. Aufgaben, Stand und Perspektiven der Studienberatung in den neuen Bundesländern und im Land Berlin**, hrsg. von der Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst, Berlin 1991, V + 244 S.

Der Almanach bietet zunächst ein Kapitel zur historischen Entwicklung der Studienberatung in Deutschland (u.a. einen Vergleich der Studienberatung in der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik) und befaßt sich mit der Studienberatung im Prozeß der Umgestaltung in den neuen Ländern, ihren Aufgaben, ihrer Organisation und Institutionalisierung sowie den notwendigen Qualifikationen von Studienberatern. Sodann liefert der Almanach ein umfangreiches Verzeichnis der für die Studienberatung hilfreichen Literatur incl. gesetzlicher Bestimmungen und unterbreitet einen Vorschlag für einen Handapparat für die allgemeine Studienberatung. In einem dritten Teil werden die wichtigsten Rechtsvorschriften abgedruckt. Schließlich findet sich auf den letzten ca. 60 Seiten ein Verzeichnis relevanter Anschriften.

Bezug über: Projektgruppe Hochschulforschung, Aristotelessteig 4, O - 1157 Berlin

---

Hochschulrektorenkonferenz: Arbeitsbericht 1991. Bonn 1991, 251 S.

Der Band enthält u.a. sämtliche Stellungnahmen, Empfehlungen und Beschlüsse der HRK im Jahre 1991, darunter zehn Stellungnahmen zu verschiedenen Aspekten des Umbaus der ostdeutschen Hochschul- und Forschungslandschaft.

Kostenlos zu beziehen bei: Hochschulrektorenkonferenz, Ahrstr. 39, W - 5300 Bonn 2

Bundesminister für Forschung und Technologie (Hrsg.): **Deutsche Einheit in Forschung und Technologie**. Bonn 1991, 63 S.

Die Broschüre bietet einen zusammenfassenden Überblick über den Aufbau der institutionell geförderten Forschung und die wirtschaftsbezogene Forschungs- und Technologiepolitik in den ostdeutschen Bundesländern, stellt flankierende Maßnahmen des BMFT zur Verbesserung der Infrastruktur sowie Maßnahmen des BMFT im Rahmen seiner Fachprogramme vor.

Kostenlos zu beziehen bei: BMFT - Öffentlichkeitsarbeit - Postfach 200 240, W - 5300 Bonn 2

Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst / Gertraude Buck-Bechler, Heidrun Jahn (Hrsg.): **Zur Hochschulerneuerung in den neuen Bundesländern. Situationsbericht.** Berlin 1992. 66 S.

Die Herausgeberinnen verstehen ihre Publikation als Zeitdokumentation. Sie geht zurück auf eine am 21. November 1991 von der Projektgruppe Hochschulforschung veranstaltete Tagung unter dem Titel "Hochschulen in den neuen Bundesländern auf dem Wege zur Attraktivität?" Die Themen der Beiträge sind die Randbedingungen der ostdeutschen Hochschulerneuerung, insbesondere die Empfehlungen des Wissenschaftsrates und die Arbeitsweise von Landeshochschulstrukturkommissionen, Aspekte der Personal- und strukturellen Erneuerung sowie neue Modelle für die Hochschulentwicklung in Ostdeutschland, spezifiziert am Fachhochschulmodell Berlin-Ost und am Universitätsprojekt Cottbus. Autoren der Beiträge sind Ulrich Teichler (Kassel), Günther Landgraf (Dresden), Heinrich Fink (Berlin-Ost), Jan Olbertz (Halle/S.), Dietrich Goldschmidt (Berlin-West), Jürgen Tippe (Berlin), Günter Spur (Berlin/Cottbus) sowie die Herausgeberinnen.

Bezug über Projektgruppe Hochschulforschung, Aristotelessteig 4, O - 1157 Berlin

---

Wissenschaftsrat: Empfehlungen und Stellungnahmen 1990, Köln 1991. 657 S.

Der Dokumentationsband enthält u. a. auf 33 Seiten Stellungnahmen zu ostdeutschen Wissenschaftseinrichtungen.

Wissenschaftsrat: Empfehlungen und Stellungnahmen 1991, Köln 1992. 301 S.

Enthält u. a. auf 77 Seiten Stellungnahmen zu ostdeutschen Wissenschaftseinrichtungen.

Wissenschaftsrat: Stellungnahmen zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern und in Berlin. 10 Bde., Köln 1992.

Kostenlos zu beziehen bei: Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates, Marienburger Str. 8, W - 5000 Köln 51

Robert Havemann: **Dialektik ohne Dogma? Aufsätze, Dokumente und die vollständige Vorlesungsreihe zu naturwissenschaftlichen Aspekten philosophischer Probleme**. hrsg. von Dieter Hoffmann, eingeleitet von Hartmut Hecht. Deutscher Verlag der Wissenschaften Berlin 1990, 266 S.

Robert Havemann: **Rückantworten an die Hauptverwaltung "Ewige Wahrheiten"**. hrsg. von Hartmut Jäckel. Deutscher Verlag der Wissenschaften Berlin 1990, 287 S.

Dokumentation eines Werkstattgesprächs der KAW erschienen

Die Konzertierte Aktion Weiterbildung (KAW), in der die Beteiligten der Weiterbildung zur Erörterung übergreifender Fragen der Bildungsarbeit zusammenkommen, hat sich seit 1990 mit den besonderen Anforderungen an Weiterbildung in den neuen Bundesländern befaßt. Nach den Kolloquien im Juni 1990 in Berlin (Ost) und im April 1991 in Potsdam wurden in dem Werkstattgespräch in Schönburg im September 1991 in kleinerem Kreis „Sinnfragen" der Weiterbildung im Kontext der aktuellen Anforderungen erörtert.

Das Gespräch wurde im Rahmen der Konzertierten Aktion Weiterbildung von den Evangelischen Akademien Sachsen-Anhalt und Loccum gemeinsam mit dem Verband der Evangelischen Akademien in Deutschland durchgeführt. Die Vertreterinnen und Vertreter der beruflichen, allgemeinen und politischen Weiterbildung kamen zu etwa gleichen Teilen aus den neuen und alten Bundesländern. Sie waren sich einig, daß das Ziel der Weiterbildung, Handlungsfähigkeit zu vermitteln, nur erreicht werden kann, wenn in die jeweiligen Bereiche Erfahrungen und Elemente aus anderen Weiterbildungsbereichen stärker einbezogen werden.

Die Dokumentation **„Mit Weiterbildung den Herausforderungen der ‚Risikogesellschaft' begegnen"** kann kostenlos beim BMBW, Referat KAW, Postfach 20 01 08, 5300 Bonn 2, angefordert werden. □

Fernstudienbrückenkurse

Am 10. Juni 1992 wurden die ersten 60 Studenten im Fernstudienbrückenkurs „Betriebswirtschaft" an der Fachhochschule für Technik und Wirtschaft (i. G.) in Berlin in zwei Seminargruppen mit dem Studienschwerpunkt „Rechnungswesen, Controlling und betriebliche Steuerlehre" immatrikuliert. Von ihnen sind 58 berufstätig und zwei arbeitslos. Das Alter liegt zwischen 22 und 56 Jahren. Der Anteil der Frauen beträgt 97 Prozent.

Das Semester endet am 31. Oktober 1992. Das Blockseminar wird im September durchgeführt. Die Präsenzveranstaltungen beginnen sofort. Der Übergang ins 2. Semester erfolgt Anfang November 1992. Vom 3. Semester an ist der Fernstudienbrückenkurs im planmäßigen Studienrhythmus der Fachhochschule.

Über den Studienablauf unterrichtet eine **„Studieninformation für Ingenieure, Ökonomen, Ingenieurökonomen zum Erwerb des akademischen Grades Diplom (FH)."** Sie kann von jeder Fachhochschule der neuen Bundesländer bezogen werden. Außerdem ist sie erhältlich bei der Technischen Fachhochschule Berlin — Fernstudieninstitut —, Luxemburger Straße 10, W-1000 Berlin 65, und der Technischen Fachhochschule Berlin — Arbeitsgruppe Fernstudienbrückenkurse —, Annaberger Straße 119, O-9048 Chemnitz. (Adressierten und frankierten Rückumschlag C5 beifügen). □

aus: Informationen Bildung Wissenschaft (hrsg. vom BMBW) 7-8/1992

ZUM SCHLUSS

Sächsischer Landtag, 49. Sitzung, Dresden, 9. Juli 1992:

Tagesordnungspunkt 14
2. Lesung der Entwürfe
- Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Struktur des Hochschulwesens und der Hochschulen im Freistaat Sachsen, Drucksache 1/1767, Antrag der Fraktion der SPD
- Gesetz über die Fachhochschule der sächsischen Verwaltung, Drucksache 1/1593, Antrag der Staatsregierung
Beschlußempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft und Hochschulen, Drucksache 1/2091

---

1. Vizepräsident Dr. Rudorf: Die Redezeit für die Fraktionen wird auf 3 Minuten vorgeschlagen, die Reihenfolge: Linke Liste/PDS, Bündnis 90/Grüne, F.D.P., SPD, CDU. Ich bitte nun die Fraktionen Linke Liste/PDS, das Wort zu nehmen. - kein Redebedarf?

(Zuruf von der Linken Liste/PDS: Doch! - Leroff, CDU: Der Herr Professor muß erst aufwachen.)

Prof. Dr. Porsch, Linke Liste/PDS: Ich war überrascht, daß ich der erste bin. Ich hatte noch über die Kürze nachgedacht. -

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nachdem uns die Staatsregierung im Frühjahr ein "Landtagsvergewaltigungs-Folgebeseitigungs-Gesetz" vorgelegt hat, das die rechtswidrig bereits vollzogene Gründung der Fachhochschule der sächsischen Verwaltung nachträglich legalisieren sollte, und dafür auch verdientermaßen Schelte von allen Seiten bekommen hat, hat die CDU-Fraktion fleißig gearbeitet. Das sei anerkannt.

(Zuruf von der CDU: Wie immer!)

- Wie immer nicht, aber diesmal schon. Sie hat ja auch die Unterstützung des Ausschusses gehabt. - Die Zahl der Scheltenden hat sich dann auch etwas verringert. Sie hat meines Erachtens einen schlampigen, den Ansprüchen in keinem Punkt genügenden Gesetzentwurf so verändert, daß tatsächlich so etwas wie eine Fachhochschule Konturen erhält. Aber dennoch muß ich sagen, wesentliche Mängel blieben erhalten - ich glaube, sie wurden offensichtlich bewußt erhalten - , so daß unsere Fraktion diesem Gesetz nicht wird zustimmen können.

Etwas vorab: Wir wissen auch um die Bedeutung einer guten und effektiven Verwaltung. Wir wollen eine solche Verwaltung. Wir wissen, daß eine solche Verwaltung gut ausgebildete Personen braucht. Und wir wollen auch dies. Und wir wollen Sachsen, männlich und weiblich, in dieser Verwaltung und meinen, daß sich die Ausbildung auch in Sachsen vollziehen sollte. Aber nicht so, wie hier vorgesehen.

Übrigens meine ich, daß die gleiche Eile bei einer Fachhochschule Vogtland vielleicht genauso angebracht gewesen wäre wie bei einer Fachhochschule für die sächsische Verwaltung.

(Beifall bei Linke Liste/PDS und SPD)

Verwaltungswissen ist Herrschaftswissen, und das darf nicht intern und für einen exklusiven und kontrollierten Personenkreis vermittelt werden. Alle Experten, die in der Anhörung des Ausschusses für Wissenschaft und Hochschulen zur Problematik gesprochen haben, waren sich einig: Eine Verwaltungsfachhochschule muß eine externe Hochschule sein gemäß den Regelungen des sächsischen Hochschulerneuerungsgesetzes.

Dem zum Trotz aber geht die CDU einen anderen Weg. Der vorliegende Gesetzentwurf schafft eindeutig eine interne Fachhochschule. Sie ist intern, weil sie keine eigene Rechtsfähigkeit besitzt - vergleichen Sie § 3! - und weil sie besondere Zulassungsbedingungen setzt. Sie läßt nur beruflich und finanziell Privilegierte zu - vergleichen Sie § 16! -, nämlich im wesentlichen Beamtenanwärter und Beamtenanwärterinnen. Zwar will die CDU uns weismachen, daß sie gerade mit diesem § 16 und mit der Beschlußempfehlung die Öffnung zu einer externen Fachhochschule vorprogrammiert hat, aber in Wirklichkeit öffnet dieser § 16 zwar zunächst den Kreis der möglichen Studienbewerber und -bewerberinnen von Beamtenanwärterinnen und -anwärtern auch auf andere öffentliche Bedienstete, damit ist der Kreis aber zugleich entgültig geschlossen. Damit wird jedes Gerede über Öffnungsversuche Augenwischerei.

- Ich bin gleich fertig. - Der MDR hat heute gemeldet, daß auf der Tagesordnung die Hochschulerneuerung stünde. Das war ein Irrtum. Vielleicht war es auch kein Irrtum, denn in diesem Gesetz wird bei der Bestellung von Professoren der Verwaltungsfachhochschule mehr Autonomie eingeräumt als den normalen Hochschulen nach Hochschulerneuerungsgesetz - vergleiche § 12 Abs.3 -. Von Vertretern des Innenministeriums wurde das damit begründet, daß die Fachhochschulen die Probleme der anderen Hochschulen mit dem Personal nicht hat. Damit ist offensichtlich das Ziel sächsischer Hochschulerneuerung unter Aufsicht der CDU definiert. Erst wenn alle Hochschulangehörigen, Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, Studentinnen und Studenten, Beamte sind, beamtenrechtlichen Regelungen und damit dem Innen- und Polizeiminister unterstehen, erst dann wird Autonomie gewährt werden. Herzlichen Dank für diese "Offenheit"!

(Beifall bei Linke Liste/PDS - Zurufe von der CDU)

1. Vizepräsident Dr. Rudorf: Die Fraktion Bündnis 90/Grüne. Herr Weber bitte schön.

Michael Weber, Bündnis 90/Grüne: Herr Porsch, das sehe ich auch so, ausnahmsweise mal.

(Zuruf des Abg. Dr. Rößler, CDU)

- Naja, dort haben sie ja auch nicht viel geleistet, Herr Rößler, das werde ich gleich sagen. Meine Damen und Herren! Der Gesetzentwurf der Staatsregierung - das gebe ich gern zu

(Zurufe von der CDU)

- Ja, ja, das haben Sie jetzt auch schon bemerkt. Ja, das ist richtig. -

Der Gesetzentwurf der Staatsregierung ist gegenüber dem Entwurf verbessert, das gebe

ich gern zu. Es ist aber nach wie vor kein Gesetz über eine Hochschule im Sinne des Hochschulrahmengesetzes. Wir halten nach wie vor die Installierung einer solchen Hochschule für sachwidrig, unmodern und zu teuer.

Wir lehnen den Gesetzentwurf ab und schließen uns gleichzeitig dem Gesetzentwurf der SPD an. Für mich ist völlig rätselhaft, lassen Sie mich das noch sagen, warum man nicht endlich mal in Deutschland Verwaltungswissenschaft den Rang zuweist, den sie in den meisten europäischen Ländern, wie in den USA auch, hat. Ich kann nicht glauben, meine Damen und Herren der CDU-Fraktion, daß Sie es wirklich ernst meinen, wenn Sie glauben sagen zu dürfen, Verwaltungen sollten schlanker, effizienter und qualifizierter werden. So nicht. Danke schön.

(Beifall bei Bündnis 90/Grüne, Linke Liste/PDS und vereinzelt bei der SPD)

1. Vizepräsident Dr. Rudorf: Das Wort hat jetzt Prof. Fröhlich von der F.D.P.

Prof. Dr. Fröhlich, F.D.P.: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Es liegt uns heute das Gesetz über die Gründung der Fachhochschule der sächsischen Verwaltung in Meißen vor. Wir hatten bei der ersten Lesung dieses Gesetzes deutlich unsere Zweifel an dem damalig vorliegenden Entwurf dargestellt. Wir glauben wohl, daß unsere deutlichen Hinweise von damals ein gewisses Nachdenken in diesem Hause angeregt haben und daß wir durch unsere nicht so vornehmen Artikulierungen dies erreicht haben.

(Dr. Rösler, CDU: Vielen Dank.)

- ja, ich sage immer die Wahrheit. Zunächst einmal ein gewisses Negativum, nämlich die Unterstellung der Fachhochschule unter das Innenministerium. Das haben wir damals kritisiert. Wir können aber durchaus damit leben, weil die anderen negativen Dinge von damals durch Positiva korrigiert worden sind, und ich darf jetzt auf die positiven Dinge nocheinmal eingehen.

Ich hatte damals gesagt, daß es sich hier um eine Beamtenquetsche handelt.

(Heiterkeit im Saal)

Wir sind nunmehr der Meinung, daß sich diese Fachhochschule dem annähert, was wir unter Fachhochschule verstehen wollen. Es gibt dort anstelle der hauptamtlichen Lehrkräfte nunmehr Professoren und Dozenten. Es gibt auch eine öffentliche Ausschreibung dieser Professorenstellen, und die Berufung erfolgt dann durch den Staatsminister des Innern im Einvernehmen mit dem Wissenschaftsminister. Damit ist die wissenschaftliche Kontrolle - wie wir meinen - möglich. Es gibt auch einen Kanzler anstelle eines hauptamtlichen Angestellten, der diese Sache leitet. Es tendiert auch in der Anlage immer mehr auf eine Fachhochschule, wie wir sie meinen, zu.

Die Laufbahnprüfungen, die hier vorgesehen sind, sind auch normal. In anderen Fachrichtungen, wie zum Beispiel der Juristerei und im Lehrwesen, gibt es Staatsprüfungen, und diese Laufbahnprüfungen sind eben Staatsprüfungen. Auch haben wir damals Diplomprüfungen anstelle dieser "Leutnantspatente" der sächsischen Verwaltung zu machen. Es gibt auch Diplomprüfungen, die die erste wissenschaftliche Leistung der betreffenden Studenten sind. Auch sind wir in diesem Zusammenhang der Meinung, und dies geht an die Adresse der zukünftigen Fachhochschule, daß der Lehrkörper dort auch wissenschaftlich arbeiten muß im Vorgang zu diesen Diplomarbeiten. Wir meinen, daß es für einen sächsischen Hochschullehrer eine Ehre sein sollte, sich mit wissenschaftlichen Dingen zu befassen.

(Beifall bei der CDU)

Auch sind wir mit dem Sitz in Meißen einverstanden, wobei ja das Sozialwesen in Leipzig angesiedelt werden soll. Auch dagegen kann man nichts haben, da namentlich bereits in Leipzig eine versicherungswissenschaftliche Ausbildung angelaufen ist. So wird ein gewisses Nehmen und Geben von beiden möglich sein. Die F.D.P.-Fraktion will sich nicht dem Gesetzentwurf entgegen stellen und wird ihn positiv bewerten.

(Beifall bei der F.D.P. und CDU)

1. Vizepräsident Dr. Rudorf: Ich rufe jetzt die SPD-Fraktion, Herrn Prof. Förster, bitte.

Prof. Dr. Förster, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zur inneren Struktur dieser Fachhochschule ist ja schon viel gesagt worden. Ich kann mich dem anschließen, vor allem, was Herr Porsch dazu gesagt hat. Es ist bezeichnend, daß in einer 2. Lesung dieses Gesetzes wo eine Fachhochschule der öffentlichen Verwaltung verabschiedet werden soll, das Staatsministerium für Wissenschaft und Hochschulen nicht einmal durch einen Bürovorsteher vertreten ist. Nun gibt es dafür sicherlich mehrere Gründe. Der eine Grund könnte sein, Herr Dr. Rößler, daß der Herr Minister ihren Anblick und den ihrer Knappen nicht mehr ertragen kann. Das könnte ich nachfühlen.

(Schallendes Gelächter bei SPD und Linke Liste/PDS)

Es könnte natürlich auch sein, daß Herr Meyer damit dokumentieren will, daß er mit dieser Fachhochschule nicht das geringste zu tuen hat und das diese Einrichtung tatsächlich eine Einrichtung des Innenministers ist.

Ich möchte mich im Prinzip nur einem Problem zuwenden, nämlich den Studenten. Wir installieren hier eine Fachhochschule, deren Absolventen nicht in Europa arbeiten können, weil ihre Abschlüsse nicht anerkannt werden. Das tuen wir zum gleichen Zeitpunkt, wo wir uns zu Europa bekennen. Wir haben nichts aus der Geschichte gelernt.

(Beifall bei SPD, Linke Liste/PDS und Bündnis 90/Grüne)

Wir kämpfen um die Anerkennung der Absolventen der Fachschulen, der Ingenieurhochschulen und der Technischen Hochschulen deutschlandweit und installieren gleichzeitig wieder eine Fachhochschule, die ihre Abschlüsse nicht durchsetzen kann. Herr Rößler, ich will mich der Lobrednergemeinschaft anschließen. Sie haben vieles getan und zumindest die schlimmsten SED-Jargon-Passagen der Staatsregierung herausgenommen, wie zum Beispiel, daß zu jeder Senatsberatung und Fachbereichsberatung ein Vertreter des Innenministeriums einzuladen ist. Dies steht wahrlich nicht mehr drin. In diesem Gesetzentwurf kommt jetzt auch das Wort Professor vor, welch hohe Auszeichnung.

Warum macht die Staatsregierung und die sie tragende Partei ein derartiges Gesetz? Warum sagt sie nicht, warum sie diese Absolventen haben will? Warum läßt sie sich diese Fachschule 11 Millionen DM jährlich mehr kosten gegenüber einer normalen Ausbildung? Es blieb wieder einmal Herrn Vaatz überlassen, die Katze aus dem Sack zu lassen, und

zwar, durch eine Anzeige in der FAZ die Meinung der Staatsregierung kundzutun. Da steht ausdrücklich: Sie wollen ja gar keine Fachhochschuler oder Absolventen einer Hochschule, sondern sie wollen Sachbearbeiter. Sachbearbeiter für den gehobenen Dienst. Und so ist das Gesetz angelegt. Die Leute sollen nicht mehr wissen, damit sie für die Verwaltungsjuristen nicht gefährlich sind. Das ist das Motiv. Dafür gibt der Freistaat 11 Millionen DM aus. Sie haben viele Verbesserungen gemacht, Herr Rößler. Zu dem anderen Gesetz werde ich dann ganz kurz sprechen, aber es ist nun einmal so: Man kann einer Leiche noch so viele Goldzähne einsetzen - der Gestank bleibt.

(Schallendes Gelächter bei SPD und Linke Liste/PDS)

Eine SPD-geführte Staatsregierung, ich kann Ihnen das sagen, wird die Leiche begraben.

(Starker Beifall bei SPD und Linke Liste/PDS)

1. Vizepräsident Dr. Rudorf: Als letzte Fraktion die CDU-Fraktion, Herr Dr. Rößler, bitte schön.

Dr. Roßler (CDU): Verehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit dem Gesetz über die Fachhochschule der sächsischen Verwaltung Meißen gründet der Freistaat Sachsen seine erste neue Hochschule und beschreitet neue Wege in der wissenschaftlichen Ausbildung unserer eigenen sächsischen Beamten.

(vereinzelt Beifall bei der CDU)

Der Gesetzentwurf, Herr Förster, stand teilweise unter berechtigter Kritik der Opposition. Die CDU-Fraktion hat diese Kritik aufgenommen. Die sehr emotionale Diskussion, die Sie hier weiterhin anheizen, hat den Gesetzentwurf so umgestaltet, daß ihn selbst die Staatskanzlei kaum wiedererkennen kann. Die SPD beharrt auf ihrer Fundamentalopposition zu einer Beamtenausbildung, die sie im Westen eifrig betreibt. Und, Kollege Förster, die letzten 80 Jahre deutscher Geschichte zeigen allerdings, daß sich die SPD in der Regierungsverantwortung - was Gott in Sachsen verhüten möge -

(Stürmischer Beifall bei der CDU)

immer am Bewährten orientiert.

Auch Sie werden, wenn die Hochschule einmal strukturiert ist, nichts verändern können. Sie werden sie nicht mehr grundsätzlich umkrempeln. Grundsätzlich beharren wir auf einer ministeriumsinternen Struktur der Fachhochschule und der Rechtsaufsicht durch das Staatsministerium des Innern.

Wir erwarten auch, daß die Staatsregierung unseren in der Beschlußempfehlung festgeschriebenen Modellversuch mit Teilstudiengängen für externe Bewerber wirklich durchführt.

Über Beschlußempfehlungen dieses Hohen Hauses sollte sich niemand leichtfertig hinwegsetzen. Da stimme ich Ihnen übrigens zu, Kollege Förster.

(Prof. Dr. Förster, SPD: Auch der Ministerpräsident, nicht? - Vereinzelt Beifall bei der CDU)

- Auch der Ministerpräsident nicht! - In einer gemeinsamen Fachhochschule fassen wir die Bereiche Allgemeine Verwaltung, Steuer- und Finanzverwaltung, Rechtspflege und Sozialverwaltung und Versicherung zusammen. Innovative und zukunftsorientierte Bestrebungen der einzelnen Fachbereiche dürfen diese komplexe Einteilung nicht sprengen. Ansonsten hätten wir wie in Ihrem Brandenburg eine Atomisierung in viele, viele kleine ministeriumsinterne Fachhochschulen.

(Proteste bei der SPD)

Diese Orientierung auf bewährte Strukturen hat die CDU-Fraktion - und das haben sie richtig eingeschätzt, meine Vorredner hier - mit zukunftsorientierten Entwicklungsmöglichkeiten versehen. So gewährleisten Professoren, die der Staatsminister für Wissenschaft und Kunst berufen wird, die Wissenschaftlichkeit der Ausbildung. Und, Herr Kollege Förster, dann geht's um Stipendien, und da ist der Staatsminister auch nicht da. Das hat mit der Fachhochschule für Verwaltung überhaupt nichts zu tun.

Die Fachhochschule für sächsische Verwaltung verleiht den Diplomgrad nur, wenn der Student eine wissenschaftliche Leistung erbringt. Darauf sind wir stolz. Wir wissen, daß die Betroffenen - Professoren, Studenten - diesen Weg mitgehen wollen, trotzdem sie mehr Arbeit dadurch haben.

Die Wahl des Rektors, des Prorektors, Vorschlagsrecht für Professoren und Dozenten und die eigenständige Studentenvertretung sind eine Stärkung der Hochschulautonomie. Ich glaube, daß wir das in den Gesetzentwurf eingebracht haben.

Ein letzter Satz, verehrter Herr Präsident. Ich möchte mich an dieser Stelle für die bewährte Zusammenarbeit mit den Beamten aus dem Innen-, Finanz-, und Sozialministerium bedanken. Wir haben in intensiven Diskussionen viel gelernt. Wir hoffen, daß zu diesen fachkompetenten Kollegen aus den alten Bundesländern möglichst bald unsere eigenen sächsischen Beamten treten mögen, die diesen kreativen Kollegen zumindest ebenbürtig sein möchten.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Binus, CDU: Bravo! - Beifall bei der CDU)

1. Vizepräsident Dr. Rudorf: Gibt es noch den Wunsch des Berichterstatters? - Nicht. Noch eine Wortmeldung.

Prof. Dr. Förster, SPD: Ich möchte eine sachliche Richtigstellung machen. Die Professoren werden vom Innenminister bestellt nach dem Gesetzentwurf. Die Rektoren, Prorektoren und Fachbereichsleiter werden vom Innenminister bestellt und nicht gewählt.

1. Vizepräsident Dr. Rudorf: Wird von der Staatsregierung das Wort gewünscht?

(Dr. Buttolo, Staatssekretär: Nein!)

Dann kommen wir zur Abstimmung über beide Entwürfe. Entsprechend der Beschlußempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft und Hochschulen stimmen wir zuerst über das Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Struktur des Hochschulwesens und der Hochschulen im Freistaat Sachsen in der Drucksache 1/1767 ab, Antrag der SPD. Es gibt keine Änderungsanträge. Ich stimme zuerst über den Artikel 1 ab. Es liegt Ihnen vor. Wer dem Artikel 1 seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wir stimmen jetzt ab über das Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Struktur des

Hochschulwesen s und der Hochschulen im Freistaat Sachsen, einegbracht von der SPD-Fraktion, Drucksache 1/1767

(Binus, CDU: Wieso stimmen wir das jetzt erst ab? - Unruhe im Saal)

Die Beschlußempfehlung sagt: Der Landtag wolle beschließen, das Gesetz abzulehnen, und wir stimmen daruber ab, ganz einfach, entsprechend der Beschlußempfehlung. Der Ausschuß empfiehlt Ihnen, das Gesetz abzulehnen, und ich stelle es zur Abstimmung. Wer ihm zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen, dem Gesetz.

(Zuruf: Der Bechlußempfehlung!)

- Danke schon. Meine sehr verehrten Damen und Herren Angeordnete, wir konnen nicht daruber abstimmen, ob ein Ausschuß recht hat oder nicht. Der Ausschuß empfiehlt uns etwas, und das stimmen wir ab. Das ist eine eindeutige Sache.

(Bewegung im Saal)

Ich weiß nicht, was Sie wollen. Ja, bitte schon.

Dr. Grüning CDU: Herr Prasident, beim Pressegesetz sind wir aber anders verfahren.

1.Vizeprasident Dr. Rudorf: Ich möchte Ihnen noch als ein Beispiel erlautern. Wenn ein Anderungsantrag die Sache so verändert, daß das Plenum einem Entwurf doch zustimmt, dann wurde dieser Beschlußempfehlung nicht entsprochen. Ich möchte Sie bitten, meinen Gedanken noch mal zu folgen. Wir stimmen ab uber das Gesetz. Die Beschlußempfehlung sagt, es abzulehnen. - Muß es sein?

Leroff, CDU: Ja, es muß sein. Ich kann es nicht nachvollziehen. Wir waren in der Abstimmung. Sie haben nach den Ja-Stimmen gefragt. Ich kann uberhaupt nicht verstehen, daß Sie eine Diskussion jetzt noch zugelassen haben während der Abstimmung.

1.Vizeprasident Dr. Rudorf: An der Stelle haben Sie ja recht, aber es hatten einige Abgeordnete gerägt, woruber wir abstimmen. Das mußte ich nocheinmal erlautern. Gut, also die Beschlußempfehlung des Ausschusses sagt, es abzulehnen. Ich stelle es zur Abstimmung. Wer dem Artikel 1 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schon. Wer ist dagegen? - Das ist die Mehrheit. Wer enthält sich der Stimme? - Wenige Stimmenthaltungen. Damit ist der Artikel 1 abgelehnt.

Artikel 2: Das Gesetz tritt am soundsovielten in Kraft. Wer stimmt dem zu, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schon. Wer ist dagegen? - Auch hier die Mehrheit dagegen, damit ist es abgelehnt.

(Frau Georgi, F.D.P.: Enthaltungen?)

Enthaltungen, bitte schon. - Wenige Enthaltungen. - Entschuldigung!

Ich komme nun zu Punkt 2 der Beschlußempfehlung. Diese lautet, den Antrag der Staatsregierung, 1/1593, in der Fassung der Beschlußempfehlung des Ausschusses anzunehmen. Da keine Anderungsanträge vorliegen, möchte ich anfragen, ob sich Widerstand erhebt, wenn ich uber alle Artikel und Paragraphen - -

(Prof. Dr. Forster, SPD: Die SPD-Fraktion möchte uber den § 15 gesondert abstimmen.)

Gut, dann stimmen wir über den Titel und die §§ 1 bis 14 ab. Wer diesen Artikeln seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke.

(Unruhe im Saal)

Das ist der Gesetzentwurf der Staatsregierung, und ich stimme uber die Synopse des Ausschusses ab. Der Ausschuß hat empfohlen, diese Synopse anzunehmen. Klar? - So. Wer dem seine Zustimmung geben will in den §§ 1 bis 14 und der Überschrift, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Das ist die Mehrheit.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Wer ist dagegen? - Danke schön. Das ist die Minderheit. Wer enthält sich der Stimme? - Eine Stimmenthaltung, so angenommen.

Ich komme zur Abstimmung über den § 15, Studentenvertretung. Wer diesem Paragraphen seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Das ist die übergroße Mehrheit. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimme. Wer enthält sich der Stimme? - Einige Stimmenthaltungen, so angenommen.

Ich komme zur Abstimmung über diesen gesamten Gesetzentwurf in der Beschlußempfehlung, in der Synopse des Ausschusses für Wissenschaft und Hochschulen. Wer ihm die Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Eine große Anzahl von Gegenstimmen. Stimmenthaltungen, bitte schon? - Eine Stimmenthaltung. Damit ist dieses Gesetz so angenommen.

Ich komme nun zur Abstimmung über den Punkt 3 der Beschlußempfehlung. Das ist verzeichnet in der Drucksache 1/2091, "Die Staatsregierung wird ersucht, Perspektiven einer Öffnung der internen Struktur zu beobachten ..." Wer dieser Beschlußempfehlung seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schon, das ist die Mehrheit. Wer ist dagegen? - Ohne Gegenstimme. Stimmenthaltungen? - Eine große Anzahl von Stimmenthaltungen. Damit ist der Beschlußempfehlung des Ausschusses im Punkt 3 entsprochen, und der Tagesordnungspunkt ist beendet. - Dort gibt es eine Wortmeldung von Herrn Prof. Dr. Porsch.

Prof. Dr. Porsch, Linke Liste/PDS: Ich möchte eine Erklarung zu meinem Abstimmungsverhalten geben.

Ich habe mich soeben der Stimme enthalten, obwohl ich naturlich gerne Perspektiven einer Öffnung dieser Hochschule kennengelernt hatte, nach § 16 aber, wie ich vorhin ausgefuhrt habe. Da es die Zulassungsbedingungen beschreibt, scheint mir eine solche Perspektive von vornherein nicht gegeben zu sein, und einem bloß demagogischen Akt kann ich meine Stimme nicht geben. Ich habe mich der Stimme enthalten.

[ ]

hochschule ost

Wissenschafts- und Hochschulgeschichte der DDR * Kritische Begleitung des Umbauprozesses * Perspektiven der ostdeutschen Forschungs- und Hochschullandschaft * Analysen * aktuelle Berichte * Rezensionen * Literaturinformation * Dokumentation

Herausgeber:
Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeit beim StuRa der Uni Leipzig

bisherige Themen:

Die ostdeutschen Hochschulgesetze * Lage der Sozialwissenschaften in (Ost-) Deutschland * Die Erneuerung und ihre Kriterien * DDR-Wissenschaftsgeschichte * Hochschulstruktur in Sachsen * Heinrich Fink und der Umgang mit unserer Vergangenheit * Anhörung des Bundestagsausschusses Bildung und Wissenschaft Perspektiven der Hochschulentwicklung * Ostdeutsche Geschichtswissenschaft zwischen Gestern und Morgen * Jürgen Teller Honorarprofessor * Fortsetzung zum "Fall Fink" * Hochschulrahmenrecht nach der deutschen Neuvereinigung * Europa-Universität Frankfurt/Oder * Ehrenpromotion Hans Mayer in Leipzig * HRG - Genesis im Westen und Wirkung im Osten * Kirchliche Hochschulen zwischen Nische und Fusion * BdWi-Fruhjahrsakademie: Kritische Geistes- und Sozialwissenschaften nach dem Ende des Sozialismus * Wissenschaft Ost 1989/90 * Europäische Universität Erfurt

in hso veröffentlichten und veröffentlichen:

Wolfgang Nitsch, Bernd Okun, Horst Poldrack, Rosemarie Will, Mattthias Middell, Georg Nolte, Larissa Klinzing, Kurt Nowak, Peer Pasternack, Fritz Klein, Wolfgang Kuttler, Wolfgang Ernst, Jürgen Teller, Elke Uhl, Frank Geisler, Ilko-Sascha Kowalczuk, Torsten Bultmann, Hans-Uwe Feige, Rudolf von Thadden, Hans Joachim Meyer, Christoph Kähler, Rudolf Mau, Martin Onnasch, Christian Dahme, Helmut Haberlandt, Monika Gibas, Horst Klinkmann, Joachim Ronde, Christian Fuller, Uta Starke, Marlis Durkop
u a

hso erscheint monatlich
jeweils ca 75 Seiten

Kopiervorlage

Bestellung

Bitte senden Sie mir "hochschule ost":

1. ein Exemplar zum Kennenlernen

2. ..... mal das Journal im Normal-Abonnement für 55.- DM

3. ..... mal im Abo für ostdeutsche PrivatbezieherInnen/ StudentInnenabonnement für 33.- DM

4. ..... mal im Abonnement für in der akademischen/ studentischen Selbstverwaltung in den FNL aktive Studierende (tätig in folgendem Gremium .....) für 20.- DM

Die Bezahlung erfolgt nach Rechnungslegung mit dem ersten Heft.

Habe ich mich für Variante 2., 3. oder 4. entschieden, so erkläre ich mich damit einverstanden, daß sich mein Abonnement jeweils um ein Jahr verlängert, wenn ich es nicht bis vier Wochen (Poststempel) vor Ablauf der Bestellfrist kündige.

.....

Name

.....

Adresse

.....

.....

Datum Unterschrift

Es ist mir bekannt, daß meine Bestellung erst wirksam wird, wenn ich sie gegenüber dem Anbieter nicht innerhalb von sieben Tagen (Poststempel) schriftlich widerrufe.

.....

2. Unterschrift

Bitte senden an: Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeit beim StuRa Uni Leipzig, Augustusplatz 9, PSF 920, O - 7010 Leipzig